



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Der Zypernkonflikt im Lichte der Politik der Vereinten
Nationen und der Europäischen Union

Verfasser

Badi Niyazi

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, Oktober 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A-300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Univ.-Doz. Dr. Gernot Stimmer

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Danksagung	3
1. Themenstellung	4
1.1. Ziel der Arbeit	4
1.2. Begriffsdefinition	5
1.3. Überblick über die verwendeten Theorien	8
1.3.1. Postmodernes Konfliktverständnis	8
1.3.2. Nationalismus, eine Annäherung	10
1.3.3. Historisch-genetische Methode	14
1.4. Forschungsleitende Hypothesen	17
2. Hinführung zum Thema	18
2.1. Die geographische Lage Zyperns	18
2.2. Die Bevölkerung Zyperns	19
3. Zypern unter Fremdherrschaft	22
3.1. Archaische Zeit (750 bis 475 v. Chr.)	22
3.2. Klassische Zeit (475 bis 325 v. Chr.)	23
3.3. Hellenistische Zeit (325 bis 58 v. Chr.)	23
3.4. Römische Zeit (58 v. Chr. bis 395 n. Chr.)	24
3.5. Byzantinische Zeit (395 bis 1191 n. Chr.)	24
3.6. Die Zeit der Kreuzritter und Lusignans (1191 bis 1489 n. Chr.)	25
3.7. Venezianische Zeit (1489 bis 1571 n. Chr.)	26
3.8. Osmanische Zeit (1571 bis 1878 n. Chr.)	27
3.9. Britische Zeit (1878 bis 1960 n. Chr.)	30
4. Zyperns Unabhängigkeit und Teilung der Insel	34
4.1. Die Gründung der Republik Zypern	34
4.2. Eskalation des Konfliktes und Teilung der Insel: 1964 bis 1974	38
4.3. Entwicklungen im Konflikt nach der Teilung der Insel	42
5. Nationale Identitäten auf der Insel Zypern	45
5.1. Der griechisch-zypriotische Nationalismus	45

5.2.	Der türkisch-zypriotische Nationalismus	54
5.3.	Conclusio	59
6.	Zypern und die Vereinten Nationen	61
6.1.	Beginn der Internationalisierung der Zypernfrage	61
6.2.	Das Scheitern der Republik und die Vereinten Nationen	64
6.2.1.	Die Resolution 186	66
6.2.2.	Konsolidierungsversuche der Vereinten Nationen 1965 bis 1974	70
6.2.3.	Die Vereinten Nationen und die Teilung der Insel	76
6.3.	Die Vermittlungsversuche der Vereinten Nationen 1974 bis 1990	78
6.3.1.	Das historische Abkommen von 1977	81
6.3.2.	Ära der ergebnislosen Verhandlungen	83
6.4.	Die Vermittlungsversuche der Vereinten Nationen 1991 bis 2004	86
6.5.	Der Annan-Plan	88
6.6.	Die Vermittlungsversuche der Vereinten Nationen nach 2004	92
6.7.	Conclusio	94
7.	Zypern und die Europäische Union	96
7.1.	Die Beziehungen der EG/EU und Zypern 1972 bis 1990	96
7.2.	Der Beitrittsantrag	98
7.3.	Kopenhagener Kriterien	101
7.4.	Der Amsterdamer Vertrag	102
7.5.	Die Beitrittsverhandlungen	106
7.6.	Die EU und Zypern nach 2004	112
7.7.	Das EU-Hilfspaket für die TRNZ	113
7.8.	Conclusio	116
8.	Schluss und Ausblick	120
9.	Bibliographie	125
9.1.	Literaturverzeichnis	125
9.2.	Internetquellen	131
10.	Anhang	133
10.1.	Abstract	133
10.2.	Lebenslauf	134

Vorwort

Da ich aufgrund meiner Herkunft, als Sohn eines türkischsprachigen Zyprioten und einer Österreicherin, Teil einer zypriotischen Familie bin, habe ich schon sehr früh Interesse an Zypern im allgemeinen entwickelt. Meine Familie und ich sind jährlich nach Zypern gereist und ich habe die Offenheit und Herzlichkeit der Zyprioten sehr zu schätzen gelernt.

Obwohl ich in Österreich aufgewachsen bin und nur Grundkenntnisse der türkischen Sprache beherrsche, wurde ich in Zypern immer als Mitglied der Gemeinschaft angesehen und akzeptiert.

Auch in Österreich halte ich Kontakt zu griechisch- und türkischsprachigen Zyprioten und habe die Erfahrung gemacht, dass gerade die Auslandszyprioten eine starke Verbindung zu einander verspüren, unabhängig davon, welcher Volksgruppe sie angehören. Unter anderem teilen beide Volksgruppen die gleiche traditionelle Handwerkskunst und oftmals sehr ähnliche Bräuche bzw. Riten. Zum Beispiel haben türkisch-sprachige und griechisch-sprachige Zyprioten sehr ähnliche Hochzeitszeremonien. Nicht zu vergessen ist die gemeinsame Küche und gemeinsame Lebensart.

Der religiöse und sprachliche Unterschied der beiden Volksgruppen scheint in vielen Hinsichten keine Rolle zu spielen, sodass es mir ein Anliegen ist, verbindende Elemente aufzuzeigen und nicht das in den Vordergrund zu stellen, was griechisch- und türkischsprachige Zyprioten von einander unterscheidet.

Danksagung

Mein Dank gilt in erster Linie Herrn Univ.-Doz. Dr. Gernot Stimmer, welcher mich in der Wahl meines Diplomarbeitsthemas von Anfang an unterstützt hat und immer bereit gewesen ist, mich bis zum Abschluss meiner Diplomarbeit mit Ratschlägen und Ideen zu unterstützen.

Besonderen Dank möchte ich darüber hinaus meinen Eltern aussprechen, die mir mein Studium ermöglicht haben und mir im Laufe meines Studiums mit Rat zur Seite gestanden sind.

Spezieller Dank gilt Frau Yvonne Sokol, die mir auch bei der Formatierung der Diplomarbeit behilflich gewesen ist, sowie Frau Beatrix Sokol, mit welchen ich viele angeregte Gespräche zur Thematik geführt habe.

1. Themenstellung

1.1. Ziel der Arbeit

Das Ziel meiner Diplomarbeit lässt sich in zwei Teile gliedern. Erstens möchte ich die Herausbildung und Forcierung der verschiedenen nationalen Identitäten auf der Insel Zypern untersuchen, ein Prozess, der bereits vor der Unabhängigkeitswerdung der Insel begonnen hat.

Zweitens möchte ich den Zypernkonflikt anhand der politischen Entscheidungen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union erörtern, um den Konflikt über seine Internationalisierung greifbar zu machen.

Ich möchte analysieren, aus welchem Grund die Republik Zypern von der Staatengemeinschaft als einzig legitime Vertretung der Insel nach 1974 anerkannt wurde und warum die Versuche der Vereinten Nationen bzw. der Europäischen Union, die geteilte Insel Zypern wieder zu vereinigen, gescheitert sind.

Diese Hintergründe beleuchtend, möchte ich auch herauszuarbeiten, welchen Einfluss das Scheitern des Annan Plans bzw. die Aufnahme der Republik Zypern in die Europäische Union im Jahr 2004 auf zukünftige Lösungsperspektiven hat.

Aus diesem Blickwinkel heraus, habe ich folgende Fragestellungen entwickelt:

1. Welchen Einfluss hatte die Herausbildung zwei verschiedener nationaler Identitäten in Zypern auf die Eskalation des Konfliktes und die Teilung der Insel?

2. Warum konnte mit Hilfe der Mediationsversuche der Vereinten Nationen und der Europäischen Union im Zypernkonflikt keine dauerhafte Einigung erreicht werden?

1.2. Begriffsdefinition

Bevor ich meinen theoretischen Zugang näher erörtere, möchte ich mich noch mit einigen Begriffen auseinandersetzen, die im Zusammenhang mit dem Thema der hier vorliegenden Arbeit wichtig sind.

Zuallererst zum Begriff Politik, welcher sich vom griechischen „polis“ ableitet und in erster Linie für das Handeln in staatlichen Angelegenheiten steht. Es sind viele verschiedene Definitionen des Politikbegriffes vorgenommen worden, welche jedoch meist nur bestimmte Teilaspekte und Sachverhalte hervorheben und keine umfassende Erklärung des Begriffes liefern.

Sonja Blum meint dazu, dass diese vom Bemühen um eine gute Ordnung über die bloße Unterscheidung zwischen Freund und Feind, bis hin zur gebräuchlichen Definition als Handeln reichen, welches verbindliche Regeln für eine Gesellschaft formulieren will.

In der deutschen Sprache kommt die Erschwernis hinzu, dass für die komplexen und verschiedensten Erscheinungsformen nur je ein einziger Begriff existiert (vgl. Blum 2009: Seite 13).

„In der Politikwissenschaft ist es daher üblich, durch die Verwendung der englischen Termini policy, politics und polity zu einer schärferen Differenzierung zu gelangen. Unter policy fallen dabei die konkreten Inhalte der Politik (...). Die Kategorie politics umfasst politische Prozesse (...). Unter polity wird schließlich der Bereich der politischen Ordnungen und Verfassungen zusammengefasst.“ (Blum 2009: Seite 13f.)

Die Termini policy, politics und polity können zusammenfassend wiederum als die Trias der Politik bezeichnet werden. Im Vordergrund der hier vorliegenden

Arbeit wird der Bereich der politics stehen, also die politischen Prozesse, welche mit Hilfe der Evaluierungsforschung untersucht werden.

„Unter Politikevaluierung (...) sind Analyseverfahren zu verstehen, die darauf gerichtet sind, die Zielerreichung und Wirkungen staatl. Politik bzw. polit.-administrativen Handelns zu erfassen und zu bewerten“ (Nohlen 2003: Seite 388).

Auch die Begriffe Krieg und Konflikt sind im Zusammenhang mit dem Thema dieser Arbeit essentiell. Allgemein kann der Begriff Konflikt als Streit oder Auseinandersetzung verstanden werden, welcher sich zwischen Staaten ebenso wie zwischen Volksgruppen, Arbeitnehmern und Arbeitgebern, Familienmitgliedern etc. ergibt. Dieter Nohlen unterscheidet Konflikte nach ihrem Gegenstand, der Ursache, Ebene, Erscheinungsform, Intensität und Gewaltsamkeit (vgl. Nohlen 2003: Seite 255).

Je nachdem, wie stark die Elemente, Intensität und Gewaltsamkeit, ausgeprägt sind, kann ein Konflikt auch als Krieg bezeichnet werden.

Einschub: Der Zypern Konflikt zeichnet sich zwischen 1960 und 1974 durch eine zunehmende Bereitschaft der Konfliktparteien zu einer bewaffneten Konfliktaustragung aus. Die Ursache des Konfliktes wird von den Protagonisten unterschiedlich wahrgenommen, was sich in den unterschiedlichen Perzeptionen der beteiligten Seiten widerspiegelt. Für die türkisch zypriotische Bevölkerung stehen die Ereignisse im Jahre 1963 und die darauffolgenden zehn Jahre bis zur Teilung der Insel im Vordergrund.

Die Schuld lastet dabei auf Seiten der griechisch zypriotischen Elite, die bei ihrem Versuch der Erlangung der Kontrolle über den gesamten Staatsapparat und der Aushebelung der partnerschaftlichen Verfassung von 1960 auch den Einsatz von Gewalt forcierte.

Im Gegenzug wird diese Periode in der griechisch-zypriotischen Geschichtsschreibung bewusst vernachlässigt. Für diese steht die „Invasion“ der türkischen Armee im Jahr 1974 im Vordergrund (vgl. Klute 1999: Seite 24).

„An die Stelle organisierter zwischenstaatlicher Gewaltanwendung tritt ein neuer Kriegstyp, in dem sich Momente des klassischen Krieges, des Guerillakrieges, des bandenmäßig organisierten Verbrechens, des transnationalen Terrorismus und der weitreichendes Verletzung der Menschenrechte miteinander verbinden“ (Etzersdorfer 2007: Seite 36).

Da der Zypern-Konflikt zwischen 1960 und 1974 mit zunehmender Gewalt ausgetragen wurde, kann man ihn auch als Krieg bezeichnen. Im Zypernkonflikt treten viele der Eigenschaften auf, die Etzersdorfer als einen neuen Kriegstyp bezeichnet.

Ob eine gewaltsame Auseinandersetzung als Krieg bezeichnet wird, hängt in der Praxis von politischen Interessen, rechtlichen Interpretationen und/oder ideologischen Standpunkten ab. In der hier vorliegenden Arbeit werde ich bewusst vom Zypernkonflikt sprechen, da der Begriff Konflikt auch Gewaltanwendung (Krieg) beinhalten kann und meiner Meinung nach für diese Abhandlung besser geeignet ist.

In aller Kürze werde ich noch auf den Begriff Akteur eingehen, welchem man im Zusammenhang mit politikwissenschaftlichen Arbeiten oft begegnet. Der Begriff stammt aus dem Französischen (acteur) beziehungsweise aus dem Englischen (actor) und bezeichnet in erster Linie eine handelnde Person bzw. einen Schauspieler.

Im politischen Sinne bestehen handelnde Einheiten jedoch nicht nur aus individuellen Personen, sondern auch aus den verschiedensten Arten von Zusammenschlüssen und Organisationen. Man kann also zwischen komplexen und individuellen Akteuren unterscheiden (vgl. Blum 2009: Seite 52).

Beispiele für komplexe Akteure sind Staaten und überstaatliche Zusammenschlüsse wie die Vereinten Nationen oder die Europäische Union. Aber auch Unternehmen, Gewerkschaften sowie gesellschaftliche und religiöse Organisationen stellen komplexe Akteure dar.

1.3. Überblick über die verwendeten Theorien

1.3.1. Postmodernes Konfliktverständnis

Theoretischer Ausgangspunkt meiner Analyse ist ein postmodernes Konfliktverständnis, welches ich in den folgenden Zeilen erörtern möchte. Da jeder Mensch seine Umwelt auf eigene subjektive Art und Weise wahrnimmt, geht postmodernes Konfliktverständnis davon aus, dass wir Menschen keinen Zugang zu einer objektiven Realität haben.

Es gibt zwar Realität und Reales, jedoch können wir diese als solche nicht erkennen und fassbar machen. Vielmehr wird das, was für uns Realität ist, durch Diskurse konstruiert (vgl. Diez 2005: Seite 188).

Selbst eine Unterscheidung zwischen Moderne und Postmoderne ist eine konstruierte. Diez meint hierzu:

„Sie entspringt aber in erster Linie der Art und Weise, wie wir über die Welt, in der wir leben, denken, lesen und schreiben, und nicht aus irgendwelchen vorgegebenen Realitäten.“ (Diez 2005: Seite 188).

Meiner Ansicht nach zeigt Thomas Diez in dieser Textpassage sehr anschaulich, dass wir zwar keinen Zugang zu einer objektiven Realität haben, sich jedoch unsere Sichtweisen und Wahrnehmungen, durch die Art und Weise wie wir über die Welt reflektieren, manifestieren. Gerade für die Konfliktforschung ist dieser Denkansatz sehr wichtig und kann zu einer besseren Analyse von Konflikten beitragen.

Ein Kernthema in der postmodernen Theorie ist Identität bzw. wie diese durch Zugehörigkeit und Abgrenzung konstruiert und reproduziert wird. Gerade für einen Staat ist die Konstruktion des „Selbst“ und des „Anderen“ zentral und

führt zu einer Negierung eigener Probleme und zur Schaffung eines klaren Feindbildes.

Gerade bezogen auf den Zypernkonflikt erscheint mir ein Fokus auf Identität sehr zielführend, da sich Zypern nach der Entlassung in die Unabhängigkeit 1960 neu definieren hätte müssen.

Gerade im Zypernkonflikt sind jene konstruierten Identitäten sehr stark mit dem Phänomen Nationalismus verbunden. Diese werde ich in meiner Arbeit noch näher beleuchten.

Die Reproduktion nationaler Identitäten und die damit einhergehenden Feindbilder während des Zypern-Konfliktes ersichtlich zu machen, ist daher ein Ziel meiner Abhandlung. Doch wie kommt es von einem identitätsschaffenden Prozess zu einer bewaffneten Konfliktaustragung?

Für Vivienne Jabri, ist ein gewaltsamer Konflikt das Resultat ganz bestimmter Entscheidungen, die von Akteuren in einem spezifischen Kontext getroffen werden. Die Akteure nehmen Gewalt als Mittel ihrer Interessensdurchsetzung wahr und wenden diese auch an. Dies passiert sowohl auf innerstaatlicher, als auch auf internationaler Ebene und sei, so Jabri, nicht auf die politische Ebene begrenzt.

Die politischen Führungen eines Staates, oder auch die einer staatlichen Ebene können „materielle“ und „menschliche Ressourcen“ mobilisieren, um ihre Interessen mit Gewalt durchzusetzen.

Eine Identitätskonstruktion beinhaltet immer Trennung, Klassifizierung und striktes Gebundensein und impliziert somit ein Schema von Inklusion und Exklusion (vgl. Diez 2005: Seite 190f.).

Auf mein Fallbeispiel Zypern bezogen, möchte ich herausfinden, welche Identitätskonstruktionen einen Einfluss auf große Teile der Bevölkerung gehabt haben und wer in den verschiedenen Zuschreibungen ausgeschlossen wurde beziehungsweise welche Feindbilder konstruiert wurden, um eigene Interessen durchzusetzen.

1.3.2. Nationalismus, eine Annäherung

„Wenn man von Nation (Nationalität, Nationalismus) spricht, so gilt erstens: Der Nationsbegriff ist erst seit dem 19. Jahrhundert von Europa aus im Zuge des Kolonialismus in der übrigen Welt implantiert worden, wo er seither viele neue Formen hervorbringt“ (Gingrich 2001: Seite 104).

Wenn man sich mit dem Phänomen Nationalismus auseinandersetzt, bemerkt man, dass dieser meist in den Köpfen von Menschen entsteht und keine realen Gegebenheiten widerspiegelt. Dieser geht oft mit dem Phänomen der Nation einher. Doch was ist nun Nationalismus?

„Nationalismus ist eine Form des politischen Denkens, die auf der Annahme beruht, dass soziale Bindung von kultureller Übereinstimmung abhängt. (...) Im Extremfall wird die kulturelle Übereinstimmung als notwendige und einzig hinreichende Bedingung legitimer Mitgliedschaft betrachtet“ (Gellner 1997: Seite 17).

Gellner zeigt also auf, dass das Phänomen Nationalismus eng mit dem politischen Denken verbunden ist. Wenn politisches Denken und Handeln das Ziel verfolgt soziale Bindungen durch eine sogenannte kulturelle Übereinstimmung zu erzeugen, beginnt sich demnach eine Art von Nationalismus zu formieren.

Je nachdem wie intensiv und umfassend dieser praktiziert wird, gelten seine Prämissen als Maßstab legitimer Mitgliedschaft.

„Like ethnic ideologies, nationalism stresses the cultural similarity of its adherents and, by implication, it draws boundaries vis-à-vis others, who thereby become outsiders. The distinguishing mark of nationalism is by definition its relationship to the state. A nationalist holds that political boundaries should be coterminous with cultural boundaries, whereas many ethnic groups do not demand command over a state“ (Eriksen 1995: Seite 6).

Eriksen vergleicht die Mechanismen, mit denen Nationalismen arbeiten, mit jenen Mechanismen mit denen auch ethnische Ideologien funktionieren. Beide

gesellschaftlichen Phänomene versuchen unter ihren „Mitgliedern“ eine Art von Verbundenheit und ein Zusammengehörigkeitsgefühl zu erzeugen, welches diese strikt definierte Gruppe von „den Anderen“ unterscheidet, die so zu Außenseitern gemacht werden.

Außerdem zeigt Erikson auf, dass Nationalismus durch seine Verbindung zu einem Staat oder zu einem Land definiert wird. In den Augen von Nationalisten werden also politische und kulturelle Grenzen gleichgesetzt, was ethnische Ideologien zu nationalistischen Ideologien transformiert.

Nationalismus erzeugt also eine gemeinsame Identität zwischen seinen Mitgliedern, die sich strikt von denen unterscheiden, welche als „die Anderen“ konstruiert werden. Gellner entkräftet diese Sichtweise und meint:

„Aber wenn Staaten nicht universell sind, dann kann es der Nationalismus erst recht nicht sein. Es trifft einfach nicht zu, dass Menschen zu allen Zeiten und an allen Orten die Vorstellung gehabt hätten, die Grenzen sozialer Gemeinschaften müssten mit den kultureller Gemeinschaften identisch sein, (...)“ (Gellner 1997: Seite 21).

Viele Nationalisten wollen nur unter Ihresgleichen leben und damit die als die Anderen konstruierten, von einem gemeinsamen gesellschaftlichen Leben ausschließen. Aus diesem Grund wird dann Nationalismus mit einer Art von ethnischer Klassifikation gekoppelt.

„Ethnic classifications are also social and cultural products related to the requirements of the classifiers. They serve to order the social world and to create standardized cognitive maps over categories of relevant others. (...) Ethnic classification can thus be seen as a practical way of creating order in the social universe“ (Eriksen 1995: Seite 60f.).

Geschichtlich gesehen lebten Menschen oft in Gemeinschaften zusammen, die, dieser Sichtweise entgegen, auf einer Vielfalt und Andersartigkeit ihrer Mitglieder beruhte. Nationalismus kann also nicht als universelle Tatsache angesehen werden. Beide Phänomene, die Nation und der Nationalismus, haben ein Ablaufdatum.

Nationalismus versucht sich meist als einen naturgegebenen Zustand zu präsentieren, der oftmals auf Abstammung zurückgeführt wird. Auf diese Weise wird den Individuen Gleichheit und Andersartigkeit zugeschrieben. Rebecca Bryant meint, dass sich, das was der Nationalismus als Abstammung bezeichnet, signifikant mit den Prozessen verändert, die mit der Formierung von Nationalismen einhergehen. Dies geschieht dadurch, dass Nationalismus meist mit territorialen Ansprüchen verbunden ist.

Dadurch werden Vorstellungen vom Mutter- bzw. vom Vaterland geprägt, welche einem gewissen Volk die einzig rechtmäßige Nutzung des Landes gestatten. Wo kein Land ist, dort kann keine Nation und kein Nationalismus entstehen (vgl. Bryant 2004: Seite 190).

Diese Ausführungen sollen einige Facetten des Phänomens Nationalismus aufzeigen und eine Grundlage für eine theoretische Auseinandersetzung mit dieser Thematik bilden.

„Nationalistische Auseinandersetzungen haben direkt oder indirekt immer wieder großes Leid verursacht. (...) Selbst wenn man sich nicht a priori einem bestimmten Lager verbunden fühlt, muss einen die durch den Nationalismus verursachte Verwüstung, das Leiden, die Ungerechtigkeit beunruhigen“ (Gellner 1997: Seite 168).

Gerade in Zypern ist die Herausbildung der verschiedenen nationalistischen Strömungen und der damit verbundene Bürgerkrieg bzw. der Genozid zwischen 1963 und 1974 sehr bedauerlich, wird doch die zypriotische Gesellschaft historisch meist sehr pluralistisch charakterisiert. Costas P. Kyrris zum Beispiel bezeichnete die zypriotische Gesellschaft als eine Art Symbiose, in welcher es viele Überlappungen und Interaktionen zwischen den diversen Volksgruppen gab. In gemischten Dörfern entwickelte sich meist zwischen orthodoxen Christen und Muslimen ein gemeinsames Dorfleben. Außerdem kooperierte man auch gegen eine korrupte Administration, unter der beide Gruppen zu leiden hatten.

Bestehende Oppositionen waren, laut Kyrris, auf der Insel Zypern meist klassenbedingt. Die verschiedenen Klassen sind in jeder Volksgruppe der Insel vorhanden und unabhängig von der sogenannten ethnischen Zugehörigkeit (vgl. Baier-Allen 2004: Seite 54f.).

Dies änderte sich mit der Herausbildung von nationalen Identitäten auf der Insel Zypern, da Nationalismus mit Mechanismen arbeitet, die die Gesellschaft aufgrund von sogenannten ethnischen Zugehörigkeiten trennt.

„Nationalism stresses solidarity between the poor and the rich, between propertyless and the capitalists. According to nationalist ideology, the sole principal of political exclusion and inclusion follows the boundaries of the nation – a category of people defined as members of the same culture“ (Eriksen 1995: Seite 102).

Auch Gülbeyaz unterstreicht die eigentlich guten Verhältnisse zwischen Orthodoxen und Muslimen in Zypern. Da der Reichtum der Orthodoxen und der Muslime auf Zypern auf der Vertreibung der Lateiner (Venezianer) beruhte, kam es kaum zu Feindschaften im Bezug auf die Besitzverhältnisse.

Laut Gülbeyaz profitierte auch das einfache Volk von der großzügigen Landverteilung, da es dadurch die Möglichkeit hatte, das Land zu kaufen, welches es bewirtschaftete. Mit der Ansiedlung türkischer Bevölkerung, ab dem 16. Jahrhundert, auf Zypern entstand eine Gesellschaft mit zwei herausragenden Gemeinden: den türkischen und den griechischen Zyprioten.

Das Zusammenleben verlief äußerst friedlich. Bis in das 19. Jahrhundert ist kein Zwischenfall unter den beiden Bevölkerungsgruppen bekannt, deren Grund die ethnische Herkunft gewesen wäre (vgl. Gülbeyaz 2004: Seite 29).

Zweifellos hat der Nationalismus beziehungsweise die Herausbildung nationaler und ethnischer Identitäten auf der Insel Zypern zur Transformation der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse auf der Insel beigetragen. Aus diesem Grund habe ich diesen theoretischen Zugang gewählt, um den Prozess der Entfremdung der beiden Volksgruppen zueinander erklären zu können.

1.3.3. Historisch-genetische Methode

Ergänzend, zu dem bereits erwähnten theoretischen Zugang, habe mich dazu entschlossen, die Fragestellung der hier vorliegenden Arbeit, mit Hilfe der historisch-genetischen Methode zu analysieren.

Dieter Nohlen beschreibt die historisch-genetische Methode als klassisches Verfahren der historischen Geschichtswissenschaft, welches mit Hilfe von Kritik, Interpretation und Darstellung aus der Überlieferung, den Quellen, historische Erkenntnis gewinnt. Ihr Hauptaugenmerk liegt aus diesem Grund auf der Auswertung und Analyse der herangezogenen Textquellen (vgl. Nohlen 2010: Seite 368).

Die historisch-genetische Methode ist also ein Verfahren, welches in der Geschichtswissenschaft entstanden ist. In diesem werden schriftliche Quellen kritisch hinterfragt und interpretiert, um aussagekräftige historische Zusammenhänge aufzuzeigen.

Reinhard Härpfer zeigt in seiner Abhandlung über die Politikwissenschaft als historisch-systematische Sozialwissenschaft die Bedeutung des historisch-genetischen Ansatzes für die Politikwissenschaft auf. In diesem Zusammenhang bringt er ein Zitat Kosellecks, welches den Stellenwert dieses Forschungsansatzes für die Sozialwissenschaften im Allgemeinen unterstreicht: „Insofern bleibt die Historie als Forschungsmethode, dort mehr, da weniger, ein unentbehrliches Hilfsmittel im Kosmos unserer Wissenschaften. Alle Wissenschaften leben aus der Geschichte ihrer selbst heraus. Die Sozial- und Geisteswissenschaften können speziell von ihrem Forschungsbereich her auf die Subsidiarität der historisch-genetischen Methode nicht verzichten“ (Härpfer 1980: Seite 32f.).

Laut Koselleck stellt also die historisch-genetische Methode einen integralen Bestandteil der sozial- und geisteswissenschaftlichen Forschung dar. Doch wonach fragt die historisch-genetische Methode, um an spezifische Erkenntnisse zu gelangen?

Hierzu meint Dieter Nohlen in seinem Handbuch über politische Theorien: „Historisch-genetische Theorien fragen danach, wie und warum sich ein Sachverhalt/ eine Institution/ eine Handlung in einem gegebenen Zeitraum von einem Ausgangszustand in einen neuen Zustand verändert hat. Geht der Anspruch über die Deskription historischer Darstellung hinaus, zielen historisch-genetische Erklärungen auf die Formulierung von allgemeinen Aussagen über die Entwicklungsbedingungen des untersuchten Sachverhaltes, z.B. generalisierte Aussagen über den Wandel von Parteien und Parteiensystemen im Prozess der Industrialisierung von Gesellschaften wie Demokratisierung politischer Herrschaft, (...)“ (Nohlen 1995: Seite 654).

In der hier vorliegenden Arbeit werde ich mich hauptsächlich auf die deskriptive historische Darstellung des Zypernkonfliktes konzentrieren, da der Konflikt zwischen den beiden zypriotischen Volksgruppen, der 1974 zur Teilung der Insel führte und bis in die Gegenwart noch nicht gelöst ist, nur über seine historische Tiefe zu fassen ist.

Neben der deskriptiven historischen Darstellung werde ich auch allgemeine Aussagen über den untersuchten Sachverhalt, in Form von einer Überprüfung der von mir aufgestellten Hypothesen, treffen.

Aus diesem Grund stellt die historisch-genetische Methode meiner Ansicht nach einen geeigneten Ansatz zur Erklärung des Zypernkonflikts dar, da sie versucht historische Zusammenhänge in ihrer Entstehung zu erfassen und sich stark mit den Ursachen und Hintergründen von spezifischen Entwicklungen auseinandersetzt.

„Genetische Erklärungen, die in der Geschichtswissenschaft eine größere Rolle spielen (...), betrachten die zu erklärende historische Tatsache als Endglied einer längeren Entwicklung. Auf die Frage »Wie war es möglich, dass...?«, wird mit einer Abfolge einzelner Erklärungsargumente geantwortet, (...)“ (Nohlen 2010: Seite 221).

Nach Dieter Nohlen umfasst die historisch-genetische Methode drei Arbeitsschritte bzw. drei Komponenten:

1. Zu Beginn erfolgt eine historisch-kritische Prüfung der verschiedenen Quellentexte mit dem Ziel historische Einzeltatsachen zweifelsfrei darzulegen.
2. Als zweiter Arbeitsschritt sind die ermittelten Einzeltatsachen vom Historiker interpretativ zu verknüpfen und einzuordnen, um so ein Verstehen der Zusammenhänge zu erreichen und historische Phänomene erklären zu können.
3. Als letzter Arbeitsschritt sind die Ergebnisse des Verstehensaktes vom Historiker in Form einer beschreibend erklärenden Geschichtserzählung zu vermitteln (vgl. Nohlen 2010: Seite 369).

Nur aus der kritischen Prüfung und dem Vergleich verschiedener Quellentexte können bestimmte historische Einzeltatsachen auf ihre Gültigkeit überprüft werden.

Dies ist notwendig, um ein Verstehen von Zusammenhängen erreichen und Einzeltatsachen interpretativ miteinander verknüpfen zu können. Die Ergebnisse dieser Analyse sind dann vom Wissenschaftler in beschreibender und erklärender Weise zu präsentieren.

Hierbei kommt der Kategorie des historischen Verstehens eine zentrale Bedeutung zu. Dieses Verstehen basiert auf zwei Eigenschaften, welche der Geschichte zugeschrieben werden.

Erstens besteht Geschichte aus jenen Stoffen, die durch Menschenhand geformt und hergestellt worden sind. Zweitens machen menschliche Ausdrucksformen, zum Beispiel die Sprache, die sittliche Gemeinsamkeit der menschlichen Zusammenschlüsse aus. Dies ermöglicht es dem Wissenschaftler den äußeren geschichtlichen Ablauf von seinen inneren Triebkräften her zu verstehen und zu erklären (vgl. Nohlen 2010: Seite 369).

1.4. Forschungsleitende Hypothesen

Auf dem beschriebenen theoretischen Hintergrund aufbauend habe ich folgende forschungsleitende Hypothesen für die Beantwortung meiner Fragestellung entwickelt, die im Zuge dieser Abhandlung geprüft werden sollen:

1. Die Herausbildung und Forcierung zwei verschiedener nationaler Identitäten auf der Insel Zypern hat maßgeblich zur Entfremdung der griechisch-sprachigen und der türkisch-sprachigen Zyprioten voneinander beigetragen, was die Teilung der Insel erst möglich gemacht hat.
2. Wegen der fortlaufenden Ungleichbehandlung der beiden Konfliktparteien durch die Vereinten Nationen bzw. der Europäischen Union konnte keine dauerhafte Lösung des Zypernkonfliktes, in denen von der UNO und von der EU initiierten Verhandlungen, erreicht werden.

2. Hinführung zum Thema

2.1. Die geographische Lage Zyperns

Zypern umfasst eine Gesamtfläche von 9.251 km² und ist somit die drittgrößte Insel im Mittelmeer, an dessen nordöstlichem Ende sie liegt. Die geographische Lage Zyperns deutet auf einen Schnittpunkt der drei Kontinente Asien, Afrika und Europa hin (vgl. Niyazi 1999: Seite 11).

Der antike Geschichtsschreiber Strabon schreibt in seinem Werk ‚Geographica‘, welches er um das Jahr 23 nach Christus vollendet hatte:

„We have still to make the circuit of the island of Cyprus, which lies on the south of this peninsula (Asia Minor). We have said that the waters which are enclosed by Egypt and Phoenicia and Syria and the rest of the coast as far as that of Rhodes are made up of the Egyptian Sea, the Pamphylian and that over against the gulf of Issus. In these lies Cyprus, of which the northern parts, for on this side it is nearest to the mainland, are close to Cilicia Tracheia. Its eastern parts face the gulf of Issus, the western are washed by the Pamphylian Sea, the southern by that of Egypt (...)“ (Cobham 1908: Seite 1).

Entlang der Nordküste der Insel befindet sich die Kyrenia-Gebirgskette, die auch als ‚Fünffingergebirge‘ bekannt ist. Die höchste Erhebung dieses Gebirges beträgt 1024m. Im Südwesten der Insel erhebt sich das großflächige Gebirgsmassiv des Trodos, dessen höchste Erhebung knapp bei 2000 Meter liegt. Dazwischen liegt eine fruchtbare Ebene, welche Mesarya (griech. Mesaoria) genannt wird.

Der türkisch-zypriotische Teil im Norden der Insel beträgt ungefähr 38% der Gesamtfläche der Insel. Das Klima in Zypern ist typisch für den mediterranen Bereich, mit heißen Sommern und milden Wintern (vgl. Niyazi 1999: Seite 11f.).

Durch die geostrategische Lage und dem natürlichen Reichtum (im speziellen Kupfer, Silber und Holz) rückte Zypern in das Interesse der umliegenden Länder beziehungsweise der vorherrschenden Macht im östlichen Mittelmeerraum.

„The history of the island, immune from the invasion by land, is the result of occupation and colonization by successive maritime powers. In the early days of navigation the island was visited by sailors from the nearest natural harbours, the Aegan islands, the coast of Phoenicia and, to a lesser extent, from Egypt. As Ships became capable for longer voyages, the island was occupied successively by the maritime powers of Europe and she became subject tp protection by the strongest naval power in the Mediterranean Sea” (Parker 1962: Seite 187).

Susanne Baier-Allen bringt Zyperns strategische Bedeutung Zyperns in der Levante folgendermaßen zu Geltung:

„ (...) any power advancing on the East must start with Cyprus and any power advancing on the West must do likewise. However, Cyprus was more than just a military base for conquests into Europe, North Africa, and the Middle East, it was also an important trading post” (Baier-Allen 2004: Seite 51).

2.2. Die Bevölkerung Zyperns

Wie durch archäologische Spuren belegt ist, kamen die ersten Siedler von den umliegenden Küsten mit Booten nach Zypern. Zu Beginn hatten diese Gesellschaften einen insulären Charakter.

Jedoch vergrößerte sich durch die Entwicklung des Handels der Kontakt mit der Außenwelt und die Insel wurde zu einem Mittler im östlich-westlichen Kulturaustausch (vgl. Niyazi 1999: Seite 15).

„Die Bevölkerung entwickelte aus der Fülle der Einflüsse eine kulturell eigenständige, zypriotische Identität, während sie gleichzeitig zunehmend

kosmopolitisch wurde – ein Charakter durch den sie bis heute geprägt ist“ (Niyazi 1999: Seite 15).

Als Zypern, unter der Dynastie der Ptolemäer, ins Ägyptische Reich eingegliedert wurde, kam es zur Einführung der griechischen Sprache und Schrift, welche sich rasch durchsetzte. Der Beginn der Christianisierung geht bis in die apostolische Zeit zurück. Die Einbindung Zyperns in das oströmische Reich hatte zur Folge, dass die Bevölkerung der Insel in die griechisch-orthodoxe Kirche eingebunden wurde. Gleichzeitig hatte die Bevölkerung auch schon seit der Frühzeit des Islam Berührungspunkte mit diesem, welche bis zur osmanischen Eroberung immer wieder ihre Fortsetzung fanden.

Die Eingliederung Zyperns in den osmanischen Herrschaftsbereich brachte neue Einwanderer aus Anatolien. Von nun an bestanden das Christentum und der sunnitische Islam unmittelbar nebeneinander.

Ab dieser Zeit galten auch das Griechische und das Türkische als die offiziellen Landessprachen. Unter der britischen Herrschaft wurde noch Englisch als Verkehrssprache hinzugefügt (vgl. Niyazi 1999: Seite 15f.).

Der habsburgische Erzherzog Ludwig Salvator berichtete wie folgt von seinem Aufenthalt auf der Insel:

„Die Gassen sind sehr verworren und führen viele Namen auf einer kurzen Strecke; denn man pflegt eigentlich nicht die Gassen, sondern die Gegend zu bezeichnen. Die betreffenden Namen sind weiss auf einer blau angestrichenen Blechplatte türkisch und griechisch aufgeschrieben; ebenso die Hausnummern“ (Salvator 1873: Seite 13f.)

Neben dem griechisch-orthodoxen und islamischen Teil der Bevölkerung gibt es in Zypern noch einige christliche Minderheiten wie Kopten, Maroniten und Armenier. Der Zensus der Osmanen, der nach der Eroberung Zyperns im Jahre 1572 durchgeführt wurde, belegt von dieser Zeit an die Existenz dieser Minderheiten auf der Insel (vgl. Gazioglu 1990: Seite 96).

Die verschiedenen religiösen Gemeinschaften konnten sich auf der Insel frei ansiedeln. So lebten die Angehörigen der verschiedenen Bekenntnisse oft in enger Nachbarschaft miteinander.

Die Armenier, welche oft Kaufleute waren, siedelten sich hauptsächlich in den städtischen Gebieten an und lebten oft mit den Muslimen in gleichen Stadtvierteln und Straßen(vgl. Niyazi 1999: Seite 17f.).

„The population of Cyprus has been increasing for some two hundred years and is now estimated at 527,000. Of this total about four-fifths speak Greek as their mother tongue, belong by upbringing if not conviction to the Orthodox Church and consider themselves to be Greeks. Most of the remainder have been educated as Muslims, often though not invariably speak Turkish, and consider themselves to be as much Turks as the Orthodox consider themselves Greeks. There are also small Groups of Maronites and Armenians. Cyprus is in its fullest sense a plural society, for the two principal communities are distributed over the whole island. Both are represented in each of the six towns, that is the district capitals; and villages inhabited by one or the other community exclusively, or in which the two are mixed in varying proportions, are found everywhere” (Beckingham 1957: Seite 165).

Beckingham veranschaulicht in dieser Textpassage sehr gut den pluralistischen Charakter, durch welchen die zypriotische Gesellschaft für Jahrhunderte, wenn nicht noch länger, geprägt war.

3. Zypern unter Fremdherrschaft

Für ein besseres Verständnis des Zypernkonflikts ist es notwendig, sich mit der Geschichte der Insel genauer auseinanderzusetzen. Aus diesem Grund werde ich in diesem Kapitel einen Überblick über die verschiedenen Etappen der zypriotischen Geschichte unter fremder Herrschaft geben.

„Almost all works on the Cyprus conflict contain a historical account. (...) The historical account of this book reaches further back (...) in order to trace the formation of a bi-communal structure of Cypriot society and uncover the complex layers – domestic, regional, and international – of what came to be known as the Cyprus conflict” (Baier Allen 2004: Seite 49).

Meiner Ansicht nach zeigt Susanne Baier-Allen in dieser Textpassage sehr klar auf, wie wichtig es ist, den Zypernkonflikt über seine historische Tiefe zu verstehen. Nur diese liefert uns Aufschluss über die pluralistische zypriotische Gesellschaft und über den komplexen Hintergrund des Konfliktes, der zur Teilung der Insel im Jahre 1974 führte.

3.1. Archaische Zeit (750 bis 475 v. Chr.)

In dieser Zeitspanne wurde Zypern nun endgültig zum Spielball der Machtpolitik im Nahen Osten. Die Insel sollte immer von demjenigen Reich kontrolliert werden, welches das jeweils stärkste im östlichen Mittelmeerraum war. Das Studium der Geschichte macht deutlich, dass diese Situation bis heute gegeben ist, wohl aufgrund der geopolitischen Lage Zyperns.

Um die Jahre 709 bis 707 v. Chr. kam Zypern unter assyrische Herrschaft, welche aber mehr theoretischen als praktischen Wert gehabt haben dürfte. Im Jahr 569 v. Chr. fiel Zypern für kurze Zeit unter ägyptische Herrschaft, 545 v.

Chr. kam die Insel jedoch unter persische Oberhoheit (vgl. Schmidt 1989: Seite 13f.).

3.2. Klassische Zeit (475 bis 325 v. Chr.)

In dieser Zeitperiode kam es zu einem Aufstand der ionischen Küstenstädte Kleinasiens gegen die Perser. Dieser hatte zur Folge, dass es in Zypern zu einer Polarisierung in pro-griechische und pro-persische Städte gekommen ist. Den Persern ist es jedoch gelungen diesen Aufstand niederzuschlagen und als Konsequenz wurde auf Zypern das phönizische Element gestärkt beziehungsweise vermehrt phönizische Stadthalter eingesetzt.

Dennoch kam es in dieser Zeit auch zu einer Ausrichtung auf die griechische Kultur, Kunst und Religion. Diese ist aber nicht im Sinne einer Dominanz zu verstehen. In vielen Bereichen wurden weiterhin phönizische, assyrische und ägyptische Motive bevorzugt. Die zypriotischen Könige stellten Alexander dem Großen bei der Schlacht von Tyrus 130 Kriegsschiffe zur Verfügung. Dadurch konnten die zypriotischen Stadtstaaten für kurze Zeit die Unabhängigkeit erlangen, welche jedoch nicht von langer Dauer war (vgl. Niyazi 1999: Seite 27f.).

3.3. Hellenistische Zeit (323 bis 58 v. Chr.)

Unter Ptolemäus wurde Zypern im Jahre 310 v. Chr. eine ägyptische Provinz. Die Stadtkönigtümer, die unter persischer Herrschaft relativ viel Autonomie genossen hatten, wurden durch eine ägyptische Militärbürokratie ersetzt und von Paphos aus verwaltet.

Durch diesen Machtwechsel kam es auch verstärkt zu einer Hellenisierung, wobei der religiöse Freiraum der Bevölkerung weitgehend unangetastet blieb. Jedoch ist feststellbar, dass alexandrinische Vorbilder die lokalen Traditionen

langsam verdrängten. Außerdem kam es wieder zu einer Belebung des Handels, Zypern war unter anderem bekannt für seine qualitativ hochwertigen Webereien (vgl. Schmidt 1989: Seite 16).

3.4. Römische Zeit (58 v. Chr. bis 395 n. Chr.)

Im Jahre 58 v. Chr. wurde die Insel Zypern von römischen Truppen besetzt, um kurz darauf in die Provinz Kilikien eingegliedert zu werden. Zypern erhielt 22 v. Chr. den Status einer eigenständigen senatorischen Provinz, nachdem die Insel zuvor ausgeplündert worden ist.

Als Folge dessen kam es zu einer neuen Friedensperiode, die der Insel zu einer neuen Blütezeit verholfen hatte. In dieser Zeitspanne kam es auch zur Entstehung des Christentums und Zypern war unter den ersten Zielen christlicher Missionsreisen.

Im Zuge des großen jüdischen Aufstandes, welcher auch auf Zypern stattgefunden hatte, kam es zur Vertreibung sämtlicher Juden auf der Insel. Seitdem fehlt das jüdische Element auf der Insel (vgl. Schmidt 1989: Seite 16f.)

„Als der römische Kaiser Konstantin das Christentum angenommen hatte und es zur Staatsreligion erklärte, verlegte er auch die Hauptstadt des Römischen Reiches an den Bosphorus (...) Nun setzte auch die Entwicklung der byzantinischen Kultur als Synthese von römischem Staatsdenken, griechischer Philosophie und christlich-orientalischer Religion ein. Im Jahre 391 verbot Kaiser Theodosius alle vorchristlichen Kulte und so mußte auch das Aphroditeheiligtum in Paphos geschlossen werden“ (Niyazi 1999: Seite 30).

3.5. Byzantinische Zeit (395 bis 1191 n. Chr.)

Durch die Teilung des Römischen Reiches kam Zypern unter oströmische Herrschaft. Nachdem die zypriotische Kirche ihren apostolischen Ursprung

nachweisen konnte, erhielt diese im 5. Jahrhundert ihre Eigenständigkeit. Außerdem wurde die Insel Zypern unter Kaiser Justinian zu einer eigenständigen Provinz erhoben und direkt der Hauptstadt Konstantinopel unterstellt. Ab dem 7. Jahrhundert, kurz nach der Entstehung des Islam, begann sich der Islam auch auf byzantinischen Territorium auszubreiten.

So wurden die Städte der Insel bis ins 9. Jahrhundert wiederholt durch Streifzüge heimgesucht. Zypern musste dem Kalifen zeitweise Tribut zahlen, wie auch Byzanz. Erst im 10. Jahrhundert ist es Byzanz gelungen die arabische Macht zurückzudrängen (vgl. Papavassiliou 1987: Seite 102f.)

Doch langsam und unaufhaltsam waren Zerfallerscheinungen im Byzantinischen Reich bemerkbar. Parallel dazu eroberten die Selcuken weite Teile Anatoliens, besiegten die Byzantiner in einigen Schlachten, was sie motivierte, in Kleinasien weiter in den Westen vorzudringen (vgl. Niyazi 1999: Seite 31f.).

3.6. Die Zeit der Kreuzritter und Lusignans (1192 bis 1489 n. Chr.)

Richard Löwenherz eroberte im Jahr 1192 die Insel Zypern, die als wichtiger Stützpunkt für die Kreuzzüge diente. Zypern wurde zu einem Feudalstaat nach europäischem Vorbild und die Bevölkerung der Insel in die Leibeigenschaft gedrängt.

Die lateinische Kirche übernahm die Oberherrschaft auf der Insel. Als Folge dessen mussten griechisch-orthodoxe Bischöfe dessen Oberhoheit anerkennen. Außerdem waren sie Verfolgungen ausgesetzt und wurden an entlegene Orte der Insel verbannt, um ihre Macht einzuengen (vgl. Niyazi 1999: Seite 32f.).

„The Catholic lords and the Greek Orthodox serfs, could surely never look eye to eye, at a time when schism between the Western and the Eastern Church, divided Europe into two hostile worlds“ (Maratheftis 1969: Seite 27).

Dem luxuriösen Leben des Adels und der meist italienischen Kaufleute stand die Armut der zypriotischen Bevölkerung gegenüber. Diese bildeten meist die Diener- und Arbeiterschicht. Im 14. Jahrhundert galt Famagusta als reichste und bedeutendste Handelsstadt im östlichen Mittelmeerraum.

Im Jahr 1453 eroberte der osmanische Sultan Mehmet II. Konstantinopel und setzte der byzantinischen Dynastie ein Ende. Dieses Ereignis ist auch als mögliche Zäsur für das Ende des Mittelalters zu sehen (vgl. Niyazi 1999: Seite 34).

3.7. Venezianische Zeit (1489 bis 1571 n. Chr.)

Die Venezianer führten das Feudalsystem weiter und das Leben der zypriotischen Bevölkerung wurde noch beschwerlicher. Das Osmanische Reich konnte zwischenzeitlich zu einer Weltmacht aufgestiegen (vgl. Niyazi 1999: Site 34).

„Nachdem es im frühen 15. Jahrhundert die türkischen Fürstentümer Anatoliens in seine Herrschaft eingegliedert hatte, konnte es auch den Iran, Syrien und das Mamlukenreich erobern.

Da es nun die Kontrolle über die muslimischen Heiligen Stätten, Mekka insbesondere, erlangt hatte, war Selim I. zum Kalifen und damit zum Oberhaupt der muslimischen Welt geworden. Unter Sultan Süleyman I. wurden fast die gesamte Balkanhalbinsel und Ungarn erobert. Auch die Inseln der Ägäis und des östlichen Mittelmeerraumes waren nun in osmanischer Hand. Die Eingliederung von Zypern war also nur mehr eine Frage der Zeit und der Konflikt vorprogrammiert“ (Niyazi 1999: Seite 34).

Venedig wusste, dass die Osmanen Zypern in absehbarer Zeit in ihr Reich einfügen wollten. Aus diesem Grund setzten sie alles daran die veralteten Verteidigungsanlagen zu modernen Artilleriefestungen auszubauen. Dies war nur mit einer Erhöhung der Steuern bis auf ein Drittel des Ertrages zu erreichen. Nikosia, Kyrenia und Famagusta wurden zu starken Festungen

ausgebaut, um einen osmanischen Angriff standhalten zu können (vgl. Gazioglu 1990: Seite 17).

Im Jahre 1570 landeten die osmanischen Streitkräfte im Süden der Insel und eroberten die Insel in hohem Tempo. Oftmals arbeitete die Bevölkerung mit den Osmanen zusammen und einige schlossen sich ihnen sogar an. Kyrenia ergab sich sogar kampflos.

Famagusta jedoch lieferte erbittert Widerstand. Im August 1571 kam es zur Kapitulation und die Osmanen hatten nun die ganze Insel unter ihre Herrschaft gebracht (vgl. Niyazi 1999: Seite 36).

3.8. Osmanische Zeit (1571 bis 1878 n. Chr.)

Nach der osmanischen Eroberung waren 20.000 Soldaten auf der Insel geblieben, die in den Garnisonen dienten und zeitweise auch das Land bewirtschafteten. Einige Christen, Venezianer und alteingesessene Zyprioten wurden Muslime und änderten auch ihren Namen, um sich von nun an in den Dienst der Osmanen zu stellen. Diese wurden mit Grundbesitz belehnt (vgl. Gazioglu 1990: 73).

Durch die Machtübernahme der Osmanen waren die Zyprioten generell von der Leibeigenschaft, welche der osmanischen Administration fremd war, und der Zwangsarbeit befreit. Der Landerwerb war nun allen Bewohnern erlaubt, unabhängig davon welcher Konfession sie angehörten. Außerdem wurde der orthodoxen Kirche ihr Kirchenbesitz zurückgegeben, welchen die Latiner konfisziert hatten.

Nach islamischem Recht mussten Nichtmuslime eine höhere Steuer zahlen. Dadurch erhielten sie jedoch die Garantie der freien Religionsausübung und die Befreiung vom Militärdienst. Auch konnten sie Geldgeschäfte tätigen, die den Muslimen verboten waren (vgl. Niyazi 1999: Seite 37).

„Nach den Bestimmungen des Religionsgesetzes stand auch dem islamischen Staat von den nichtmuslimischen Untertanen, den sog. Schutzgenossen

(zimmi), eine besondere Personensteuer (harac) zu, die im osmanischen Reich jedoch durch die Entrichtung der Kopfsteuer (cizye) der arbeitsfähigen männlichen Nichtmuslime abgegolten wurde. Es wäre jedoch verfehlt, von solchen finanziellen bzw. steuerlichen Sondergegebenheiten auf eine Diskriminierung der nichtmuslimischen Untertanen im Osmanischen Reich zu schließen, wenngleich die harac- bzw. cizye-Steuer in der osmanischen Spätzeit von der Betroffenen als Diskriminierung empfunden wurde. Es handelte sich faktisch um die Ersatzleistung für den Militärdienst, der im Bereich des Islams lediglich für die muslimischen Männer obligatorisch war. Dafür konnten die Nichtmuslime jedoch ein mehr oder weniger unbehelligtes Leben führen, vorausgesetzt, dass es den Prinzipien des Islam nicht widersprach. Die Grundlage dieser toleranten osmanischen Religionspolitik bildete nicht nur das islamische Religionsgesetz. Auch der Umstand, dass der Osmanenstaat auf die Produktion und die Steuerleistungen der christlichen und jüdischen Untertanen angewiesen war, spielte dabei eine Rolle.

Außerdem sollte die Integration neuerworbener Gebiete, insbesondere mit christlicher Bevölkerung, nicht durch religiöse Unduldsamkeit zusätzlich erschwert werden. Trotz der letztlich eher praktischen Beweggründe ist es dennoch bemerkenswert, dass der Osmanenstaat religiöse Duldsamkeit zu einer Zeit praktizierte, als im christlichen Europa Andersgläubige den schlimmsten Verfolgungen ausgesetzt waren. (...) Das Osmanenreich war zu Beginn des 16. Jahrhunderts zweifellos eines der am besten organisierten, vielleicht sogar zeitweilig das bestorganisierte Staatswesen im Weltmaßstab.“ (Mautz 1990: 112f).

Insgesamt kamen nach der osmanischen Eroberung mehr als 30.000 Einwanderer vom Festland. Diese mussten jenen Beruf ausüben, für den sie gekommen waren und sie durften ihre Beschäftigung nicht ändern. Die Mehrheit von ihnen ist nicht freiwillig gekommen.

Die Muslime waren, trotz ihrer verschiedenen Hintergründe und ethnischen Zugehörigkeiten, durch ihr Bekenntnis zum Islam zu einer homogenen Gemeinde zusammengewachsen. Als Grund hierfür ist anzumerken, dass die

osmanische Administration die Bevölkerung ihres Reiches nicht nach ethnischen Kriterien einteilte, sondern nach dem religiösen orientierten *millet*-System (vgl. Niyazi 1999: Seite 38f.).

„Compared to the Lusignan and Venetian periods, the Orthodox Church was clearly able to revitalize and exert considerable influence over a large segment of the population. This revival was made possible by the Ottoman millet system, which gave all monotheistic religious communities throughout the Empire the right to autonomously organize their internal affairs“ (Baier-Allen 2004: Seite 55).

Der zypriotischen Kirche, welche im Byzantinischen Reich ihre Unabhängigkeit erlangt hatte, wurde auch unter der osmanischen Herrschaftsperiode weitgehende Autonomie eingeräumt. Der Erzbischof von Zypern führte den Titel `Ethnarch`. Damit hatte er auch die politische Führung der Orthodoxen inne.

Auf Ansuchen der griechisch-orthodoxen Geistlichkeit wurde im Jahre 1785 eine Gesetzesänderung durchgeführt. Die Insel wurde von nun an vom osmanischen Großvezir zur Steuerpacht an den Meistbietenden vergeben. Dieser trieb die Steuern für die hohe Pforte ein, während die Administration direkt dem Sultan oblag. Durch diese Gesetzesänderung bekam der orthodoxe Klerus in Zypern mehr Macht und Autorität, da diese nun Steuerpächter waren. Außerdem hatte der Erzbischof nun direkten Zugang zum Sultan erlangt (vgl. Niyazi 1999: Seite 40).

„Einer der Hauptgründe, warum es zwischen Orthodoxen und Muslimen im Bezug auf Besitzverhältnisse kaum zu Feindschaften kam, ist sicher die Tatsache, dass der Reichtum der Orthodoxen und der Muslime auf der Vertreibung der Lateiner beruhte“ (Gülbeyaz 2004: Seite 29).

Im 18. Jahrhundert kam es zu einigen Reformen innerhalb des osmanischen Reiches.

Im Jahre 1839 kam es unter anderem zu einer Gleichstellung der Anhänger aller Religionsgemeinschaften. Der Bevölkerung des Reiches wurde völlige Religionsfreiheit zugesichert. Außerdem sah die Gesetzesänderung vor, dass es

von nun an uneingeschränkter Zugang zu allen öffentlichen Ämtern und zum Militärdienst geben soll. Gleichzeitig besaß jeder Bürger auch das Recht, sich von diesem wieder freizukaufen. Die Steuerpacht wurde in diesem Jahr endgültig abgeschafft (vgl. Mautz 1990: Seite 225).

In Zypern ist die Aufhebung der Steuerpacht besonders von der griechisch-orthodoxen Geistlichkeit kritisiert worden. Daher wurde diese kurze Zeit später wieder zugelassen (vgl. Gazioglu 1990: Seite 111).

Allgemein gesprochen wurde das Osmanische Reich im 19. Jahrhundert der europäischen Zivilisation beziehungsweise dem Kapitalismus gegenüber geöffnet. Ausländer hatten nun das Recht auf Landbesitz im Osmanischen Reich und dieses diente Europa schließlich als Rohstofflieferant und Absatzmarkt.

Der Berliner Kongress 1878 bedeutete einen weiteren Schritt hin zur völligen Entmachtung des osmanischen Reiches. Die Verfügungsgewalt über Zypern fiel dabei an Großbritannien, als Kompensation der Pforte für die maßvolle englische Kongresspolitik.

Von diesem Zeitpunkt an war die Administration und das Nutzungsrecht der Insel eine Angelegenheit der Briten, deren Strategie die Handelsrouten im östlichen Mittelmeerraum gesichert wissen wollte. Formell stand Zypern weiterhin unter der Souveränität der Hohen Pforte (vgl. Mautz 1990: 239f.).

3.9. Britische Zeit (1878 bis 1960)

Als erstes kamen britische Administratoren auf die Insel, um die Situation Zyperns vor Ort in Erfahrung zu bringen und auch das osmanische Recht gründlich zu studieren. Dies war für den Aufbau der Verwaltung dringend notwendig.

„When W. Hepworth Dixon wrote in 1879, he quoted the first British Administrator, Sir Garnet Wolseley, who expressed his surprise about the justice and humanitarian nature of the Turkish laws: (...) In truth the more I

master the body of these Turkish laws, the more I am surprised at their humanity and justice" (Gazioglu 1990: 101f).

Als die Briten die Insel administrativ übernommen hatten, wussten sie noch nicht genau wie lang sie diese verwalten würden. Eine Rückgabe Zyperns an die Osmanen erschien immer möglich zu sein. Aus diesem Grund wurden nur wenige Änderungen an den institutionellen und administrativen Strukturen vorgenommen (Baier-Allen 2004: Seite 59).

Dadurch dass die Türkei im Jahre 1914 an der Seite Deutschlands und der Habsburgermonarchie in den ersten Weltkrieg eintrat, fühlte sich Großbritannien nicht mehr an den Vertrag von 1878 gebunden und annektierten aus diesem Grund die Insel Zypern (vgl. Mautz 1990: 276).

Im Vertrag von Lausanne aus dem Jahre 1923 wird dieser Schritt bestätigt. In diesem verzichtete die Türkei auf alle Forderungen, die Insel Zypern betreffend. Zwei Jahre später wurde Zypern zur Kronkolonie erklärt. Die britischen Statistiken hatten etwa 78% griechische Zyprioten, 18 % türkische Zyprioten und 4 % Zyprioten anderer Zugehörigkeiten gezählt (vgl. Niyazi 1999: Seite 43).

„In spite of enosis being a continuous theme on the political agenda, the two communities continued to live – aside from two minor incidents in 1912 and 1922 - peacefully together until the mid-1950s (...)At the end of the Second World War, the Greek-Cypriot desire for enosis developed into a mass social movement" (Baier-Allen 2004: Seite 60).

Bis in die 1950er Jahre gab es also so gut wie keine Probleme zwischen der griechischsprachigen und der türkischsprachigen Gemeinde auf der Insel Zypern. Diese existierten für fast 400 Jahre friedlich nebeneinander. Durch die gezielte Forcierung von Nationalismen spitzte sich die Situation ab dem Jahr 1954 immer mehr zu. Auf diese Situation werde ich in Kapitel 5 noch genauer eingehen.

Die griechischzypriotische Forderung nach `enosis´ fand bei der britischen Kolonialverwaltung kein Gehör. Ein Grund hierfür war unter anderen, dass die Forderung nach einem Anschluss Zyperns an Griechenland die Sicht der

türkischsprachigen Gemeinde komplett ignorierte. Im Jahr 1956 kam es zu den ersten gewaltvollen Auseinandersetzungen zwischen griechisch- und türkischsprachigen Zyprioten.

In der darauffolgenden Zeit wurde den Briten klar, dass sie nicht die Kontrolle über die ganze Insel werden halten können. Solange sie militärische Basen auf der Insel Zypern haben, sahen sie ihre strategischen Interessen auch in einem unabhängigen Zypern gewahrt (vgl. Baier-Allen 2004: Seite 62f.).

Dies ebnete den Weg für die Unabhängigkeitswerdung der Insel im Jahre 1960. Nach jahrtausendelanger Fremdherrschaft sollte Zypern endlich sein Schicksal selbst bestimmen können.

Meiner Ansicht nach geht aus diesem Kapitel sehr eindeutig hervor, dass die zypriotische Gesellschaft von einem pluralistischen Charakter geprägt ist. Die Insel war schon seit jeher Spielball europäischer, asiatischer und afrikanischer Großmächte. Für dreieinhalb Jahrhunderte lebten die griechisch- und die türkischsprachige Bevölkerung friedlich nebeneinander.

„During the Ottoman period, both communities coexisted relatively harmoniously, and it was only towards the end of Ottoman rule that the two communities began to grow apart when ethno-religious differences started to become politicized with the foundation of the Greek state and the emergence of Greek nationalism. Under British rule these differences were reinforced and institutionalized, (...), upon which opposing nationalisms could fester” (Baier-Allen 2004: Seite 67).

Sobald die religiösen und sprachlichen Unterschiede der beiden Volksgruppen politisiert wurden, verhärteten sich die damit eihergehenden Nationalismen. Aus diesem Grund gab es zur Gründung der Republik 1960 wenig Elemente, die beide Volksgruppen miteinander verbinden würden.

Außerdem zeigt dieses Kapitel auf, dass der Zypernkonflikt nicht rein über interne Dimensionen fassbar gemacht werden kann, sondern dass unter anderem Prozesse in den jeweiligen Mutterländern einen großen Einfluss auf die Entwicklungen Zyperns gehabt haben. Auch die Politik der jeweiligen

Macht, die über die Insel die Kontrolle inne hatte, spielt in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle.

„(...), it is important for the understanding of the Cyprus conflict to include these cross-boundary ties and spillover effects, with the Greek and Turkish Cypriots forming the primary conflict parties and Greece and Turkey having an important role as secondary conflict parties“ (Baier-Allen 2004: Seite 68).

Dieser Umstand wird im folgenden Kapitel noch klarer sichtbar werden, in welchem ich einen kurzen historischen Abriss über die Unabhängigkeitswerdung Zyperns beziehungsweise über die Teilung der Insel und ihre Folgen darlegen werde.

4. Zyperns Unabhängigkeit und Teilung der Insel

4.1. Die Gründung der Republik Zypern

Die Verfassung von 1960 bildete den Grundstein für die Unabhängigkeitswerdung Zyperns. Diese wurde von einer Kommission erarbeitet, der Repräsentanten Griechenlands und der Türkei angehörten. Außerdem waren an der Entstehung der Verfassung ein neutraler Beobachter aus der Schweiz beziehungsweise griechisch- und türkisch-zypriotische Delegationen beteiligt, um zu einer Lösung zu kommen, die keine der beiden Seiten benachteiligt. Die Basis des Vertrages bilden die Abkommen von London und Zürich (vgl. Baier-Allen 2004: Seite 64).

Um die Konstitution zu schützen, in welcher die türkischsprachigen Zyprioten aufgrund ihrer historischen Rolle als zweites Staatsvolk und nicht als Minderheit anerkannt worden waren, wurden im Londoner Abkommen drei Garantiemächte bestimmt: die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien, Griechenland und die Türkei (vgl. Niyazi 1999: Seite 44).

Susanne Baier-Allen beschreibt die Aufgaben der im Verfassungsabkommen verankerten Garantiemächte folgendermaßen:

„It provided for consultation between the three guarantor powers in order to resolve any situation resulting from a breach of the treaty provisions and, failing such consultation and concerted action, each guarantor power had the right to act separately to restore the state of affairs created by the Treaty. (...) The resulting constitution was based on two founding communities. Its bi-communal character was evident in almost every article” (Baier-Allen 2004: Seite 65).

Im Schutz der vertraglichen und verfassungsmäßigen Ordnung besteht also die Hauptfunktion der drei Garantiemächte. Diese haben also das Recht bei

Verfassungsbrüchen einzugreifen. Außerdem war die 1960 gegründete Republik Zypern gekennzeichnet durch einen starken verfassungsmäßigen Bikommunalismus und ihren stark ausgeprägten präsidentialen Charakter. Rechtlich wurde die Bevölkerung in zwei Teile geteilt. Der Präsident (ein griechischsprachiger Zypriot), der Vizepräsident (ein türkischsprachiger Zypriot) und das Parlament wurden von den Bevölkerungsgruppen getrennt gewählt. Ämter in der Exekutive, in der Legislative und im öffentlichen Dienst wurden zwischen griechisch- und türkischsprachigen Zyprioten nach der Formel 7:3 aufgeteilt.

Präsident und Vizepräsident standen an der Spitze des Staates und verfügten über sehr ähnliche Kompetenzen und Machtbefugnisse. Diese hatten weitreichende Vetomöglichkeiten und bestimmten die Mitglieder des Kabinetts.

Der Präsident ernannte sieben Minister und der Vizepräsident drei Minister, welche von ihnen abhängig waren. Auch die 50 Abgeordneten des Repräsentantenhauses wurden nach im Verhältnis 7:3 aufgeteilt und waren somit faktisch geteilt zwischen den beiden Volksgruppen.

Ein grundlegender Gedanke der Verfassung von 1960 war es, dass beide Volksgruppen der Insel als gleichberechtigte Staatsvölker gesehen werden. Dies spiegelt sich auch an einem hohen Maß an Autonomie für beide Gruppen in zentralen Politikfeldern wieder (vgl. Edlinger 2006: Seite 40f.).

So sieht Schneckener in der fehlenden integrativen Wirkung der Verfassung den Hauptgrund für das Scheitern der Republik von 1960. Schneckener meint, dass diese zu wenig Anreize zur Kooperation zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen bietet.

Diese sei notwendig, um die weitreichende Segmentierung des politischen Lebens auszugleichen. Außerdem weist die Verfassung unzureichende Mechanismen und Möglichkeiten zur Konfliktbeilegung zwischen den beiden Volksgruppen auf (vgl. Schneckener 2002: Seite 281).

Persönlich erachte ich den Erklärungsansatz von Gowher Rizvi für das Scheitern der Verfassung als relevanter. Dieser erachtet mögliche Schwächen in der Verfassung als sekundär.

Aus diesem Grund argumentiert Rizvi, dass das Fehlen einer nationalen Integration beziehungsweise das Nichtvorhandensein eines „nation-building“ Prozesses für die Entwicklungen in Zypern nach 1960 und das Scheitern der Republik ausschlaggebend waren (vgl. Baier Allen 2004: Seite 74).

„In his view, “the Greek Cypriot leaders in pursuing their struggle against British rule ignored the fact that Cyprus was a plural society: the Greek and Turkish Cypriots while coexisting peacefully under colonial rule had not developed any national consciousness” (Baier-Allen 2004: Seite 75).

Rizvi betont, dass nicht die konstitutionelle Struktur per se für den Zypernkonflikt verantwortlich zu machen ist. Sein Ansatz bringt eine überzeugende Erklärung dafür, wie griechisch- und türkisch-zypriotische Nationalismen, bei dem Versuch ihre politischen Sichtweisen auf staatlicher Ebene durchzusetzen, das Funktionieren der Verfassung unmöglich gemacht hatten. Vor allem die griechisch-zypriotische Führung versuchte die Verfassung zu ihren Gunsten zu manipulieren (vgl. Baier-Allen 2004: Seite 75).

„Seit der Gründung der Republik bekriegten sich die Türkisch- und Griechischzyprioten nicht mehr mit Waffen, sondern auf allen zivilen Ebenen des neugegründeten Staates“ (Gülbeyaz 2004: Seite 112).

Außerdem kam es schon zu Beginn der Republik zu einer Radikalisierung auf beiden Seiten. Vor allem auf der griechischsprachigen Seite ließen sich große Teile der Bevölkerung für paramilitärische Gruppen finden.

Die griechischsprachige Führung, die mit dem Gedanken eines Anschlusses an Griechenland sympathisierte, plante die Verfassung zu ihren Gunsten abändern zu lassen. Aus diesem Grund verzeichnete auch die türkisch zypriotische „Nationale Front“ starken Zustrom (vgl. Edlinger 2006: Seite 41).

„Die Griechischzyprioten zeigten zu keinem Zeitpunkt Verständnis dafür, dass die Inseltürken, die lediglich 18 Prozent der Inselbevölkerung ausmachten, 30 Prozent der Ämter besetzten“ (Gülbeyaz 2004: Seite 106).

Aus diesem Grund hatte die griechisch-zypriotische Führung vor, die Verfassung zu ihren Gunsten abändern zu lassen, um schließlich den ganzen Staatsapparat alleine beherrschen zu können.

„The Greek leadership was determined to replace the existing constitutional order with a unitary system completely under their control. Their propaganda activities within and outside Cyprus aimed at creating an impression to the world that the Constitutional system had become unworkable because of the irresponsible and excessive use of the veto power of the Turkish Cypriot Community” (Tamkoc 1988: Seite 73).

Im Jahr 1963 wollte Makarios, welcher Erzbischof Zyperns und erster Präsident der Republik war, mit einem 13 Punkte Vorschlag eine Abänderung der Verfassung bewirken. Zentrale Punkte waren unter anderem die Wahl des Präsidenten durch die Gesamtbevölkerung bzw. die Abschaffung der präsidentiellen und parlamentarischen Vetorechte. Außerdem wollten sie die 7:3 Regel im öffentlichen Dienst eliminieren. Makarios wollte also die Verfassung so abändern, dass aus Zypern ein Einheitsstaat wird, der auf dem Mehrheitsprinzip beruht. Gewisse Rechte hätte er den Minderheiten eingeräumt. Damit negierte er den Gedanken zweier gleichberechtigter Staatsvölker (vgl. Edlinger 2006: Seite 42).

„Although it may be true that some of the proposals gave the Turkish Cypriots more protection than before, neither Turkey nor the Turkish Cypriots could accept constitutional changes that practically abolished the very partnership principle upon which the Republic of Cyprus was based” (Baier-Allen 2004: Seite 72).

Als im Dezember 1963, ausgehend von der Hauptstadt Nikosia, eine Offensive bewaffneter Gruppen gegen die türkischsprachige Zivilbevölkerung ihren Anfang nahm, reagiert die türkischsprachige Führung mit einem Rückzug von den gemeinsamen Staatsorganen, was ein endgültiges Scheitern der bikommunalen Verfassung von 1960 mit sich brachte.

4.2. Eskalation des Konfliktes und Teilung der Insel: 1964 bis 1974

Wie bereits erwähnt, forcierte die griechischsprachige Führung der Republik die Übernahme des ganzen Staatsapparates entgegen der partnerschaftlichen Verfassung von 1960. Dies versuchte man mit der Doktrin der Notwendigkeit zu begründen und zu legitimieren, da sich die türkischsprachigen Zyprioten aus allen politischen Ämtern zurückzogen beziehungsweise wegen ihrer so bezeichneten „Selbst-Ghettoisierung“ (vgl. Klute 1999: Seite 11f.).

Es stellt sich jedoch die Frage, ob sich eine Volksgruppe absichtlich selbst entmachtet beziehungsweise „selbst-ghettoisiert“, was ich negieren würde. Die Herausbildung von Ghettos wurde sicherlich von einer Angst ums Überleben begleitet.

„Because of the economic embargo the Republic of Cyprus imposed on the enclaves, which also included restrictions on Turkish-Cypriot freedom of movement preventing them from working on their land, the enclaved people became dependent on the United Nations Peacekeeping Force in Cyprus (UNFICYP) for humanitarian assistance and Turkey for financial support“ (Baier-Allen 2004: Seite 77).

Bereits im Jahr 1964 hatte die Türkei mit einer Intervention gedroht, da die Gewalt bis August ungebrochen anhielt. Besonders nachdem sich auch vom griechischen Festland entsandte Truppen an militärischen Aktionen gegen türkischsprachige Dörfer und Enklaven auf Zypern beteiligten.

Dieser Rückzug auf rund 10 Prozent des Territoriums (bei einem Besitz von rund 34 Prozent der Landfläche der Insel) war im Sommer 1964 bereits weitgehend abgeschlossen. Dadurch unterstanden ungefähr 90 Prozent der türkischzypriotischen Bevölkerung nicht mehr der effektiven Kontrolle der offiziellen Regierung (vgl. Edlinger 2006: Seite 43).

„Schon im Jänner 1964 war es zu ersten Gesprächen zwischen Glafkos Klerides, damals Präsident des Repräsentantenhauses und Rauf Denktas, Präsident der türkisch-zypriotischen Kommunalkammer gekommen, bei denen klar die

unterschiedlichen Standpunkte hervorgetreten waren: Klerides forderte einen Einheitsstaat, Denktas die Rückkehr der Verfassung von 1960, sowie die Föderalisierung des Landes“ (Edlinger 2006: Seite 44).

Die internationale Gemeinschaft reagierte auf die Gewalt mit der Entsendung der United Nations Force in Cyprus UNFICYP, welche bis heute auf Zypern aktiv geblieben ist, durch die Resolution 186 des Sicherheitsrates.

Eine zentrale Aufgabe der UNFICYP war es in dieser Zeitspanne die Bewohner in den Enklaven mit den notwendigsten Nahrungsmitteln zu versorgen, da diese einer massiven Bewegungseinschränkung durch die griechischsprachigen Truppen ausgesetzt waren.

Außerdem mussten sie unter einer verhängten wirtschaftlichen Blockade leiden. Viele Enklaven der türkischsprachigen Zyprioten wurden daran gehindert Güter aus- bzw. einzuführen (vgl. Baier-Allen 2004: Seite 77).

Einen weiteren entscheidenden Wendepunkt im Zypernkonflikt stellt das Jahr 1967 dar. Im erwähnten Jahr verschlechterten sich die Beziehungen zwischen den beiden Volksgruppen aufs Neue und es kam wieder vermehrt zu Angriffen auf Enklaven der türkischsprachigen Zyprioten. Dadurch fühlte sich die Türkei zu Warnflügen bzw. zur Bombardierung angreifender griechischer und griechisch-zypriotischer Truppen veranlasst.

Die Türkei stellte der griechischen Militärjunta, welche durch einen Putsch am 21.4.1967 an die Macht in Griechenland gekommen war, ein Ultimatum. Die junge griechische Militärjunta war in erster Linie an einer innerstaatlichen Machtstabilisierung interessiert und hatte nicht vor sich auf einen außenpolitischen Konflikt mit der Türkei einzulassen. Aus diesem Grund kam es vorübergehend zu einer Beruhigung der Lage auf der Insel Zypern. Wirtschaftliche Blockaden gegen die türkischsprachigen Enklaven wurden teilweise gelockert und es kam teilweise zu einem Rückzug der griechischen Truppen (vgl. Edlinger 2006: Seite 44).

Als direkte Folge und unter der Schirmherrschaft der Türkei und Griechenlands kam es zu Gesprächen zwischen Klerides, dem Präsident der

Republik Zypern, und Denktas, dem Präsident der türkischsprachigen Zyprioten.

Die türkisch zypriotische Delegation zeigte viel Entgegenkommen, aus der Situation heraus verständlich, und war zu einer Reihe wichtiger Zugeständnisse bereit. Im Gegenzug erwartete man sich verschiedene Formen lokaler Autonomie. Trotzdem scheiterte die erste Runde der Gespräche 1971 an der Ablehnung der griechisch sprachigen Zyprioten. Der immer stärker unter Druck geratene Makarios hatte großen Anteil am negativen Ausgang der Gespräche, selbst zu der Enttäuschung von Klerides (vgl. Dodd 1998: Seite 27f.). Im darauffolgenden Jahr 1972 wurden die Gespräche zwischen den beiden Volksgruppen wieder aufgenommen, diesmal jedoch unter erschwerten Umständen. Insbesondere im griechisch-zypriotischen Lager waren einige Kräfte darum bemüht, den Verhandlungsprozess erfolglos zu machen. Dieser stark nationalistische gefärbte Flügel warf Makarios Verrat am „Enosis“-Gedanken vor. Bereits ein Jahr zuvor, 1971, gründete der General Grivas die Terrororganisation EOKA.

Diese hatte das Ziel mit allen Mitteln einen Anschluss der Insel Zypern an Griechenland herbeizuführen und wurde von der griechischen Militärjunta und der griechisch zypriotischen Nationalgarde unterstützt. Sie überzogen die ganze Insel mit einer Welle von Gewaltanschlägen (vgl. Edlinger 2006: Seite 45). Im Jahr 1974 kam es zu einem offenen Bruch zwischen der griechischen Militärjunta und Makarios. Ausschlaggebend dafür war, dass Makarios einen vollständigen Rückzug der von Griechenland entsandten Militärverbände forderte.

Die griechisch zypriotische Nationalgarde und die griechischen Militärverbände nahmen dies zum Anlass Makarios am 15.7.1974 zu stürzen. Makarios konnte mit britischer Hilfe ins Ausland flüchten. Der rechtsextrem gesinnte Nikos Sampson wurde als neuer Präsident eingesetzt. Er war für seine Gewalttaten gegenüber der türkischsprachigen Bevölkerung, weit über die Grenzen Zyperns hinaus, bekannt.

In den darauffolgenden Tagen wurden politische Gegner von der neuen Staatsführung verfolgt. Diese Aktion hatte vor allem „Enosis“-Gegner und Anhänger von Makarios betroffen (vgl. Tamer 2004: Seite 17).

Zeitgleich war die türkische Führung, vor allem der Premierminister Bülent Ecevit, darum bemüht, Großbritannien für eine gemeinsame Militäraktion im Sinne des Garantievertrages zu gewinnen, um die türkischsprachige Bevölkerung vor Übergriffen zu schützen und wieder eine gemeinsame und gleichberechtigte Staatsführung herstellen zu können.

Dies wurde jedoch von der britischen Regierung, die zu dieser Zeit auf mehreren Kontinenten Probleme in entkolonialisierten Gebieten hinterlassen hat, abgelehnt. Somit war die Türkei die einzig Verbleibende, der in der Verfassung von 1960 festgelegten Garantiemächte, welche dazu bereit war eine militärische Intervention auf der Mittelmeerinsel durchzuführen, um die türkischsprachige Minderheit Zyperns vor einem weiteren Genozid zu schützen.

„Der griechischzypriotische Geistliche Papatsestos resümierte später: »Es fällt schwer, es auszusprechen, aber es ist wahr, dass uns die türkische Invasion vor einem schonungslosen Bürgerkrieg bewahrt hat. Sie (die Sampson-Regierung) hatte schwarze Listen mit allen Anhängern von Makarios erstellt, und sie hätten sie alle ermordet«“ (Gülbeyaz 2004: Seite 153).

Am 20.7.1974, fünf Tage nach dem Staatsstreich und der Machtübernahme des rechtsextremen Flügels, landeten die ersten türkischen Truppen im Norden der Insel. Diese eroberten rund 8% der Gesamtfläche der Insel in der ersten Offensive und sicherten diese Landfläche militärisch ab. Bereits drei Tage nachdem die türkischen Truppen auf der Insel eintrafen, wurde ein Waffenstillstand vereinbart.

Als direkte Folge des türkischen Militäreinsatzes brachen die auf Zypern eingesetzte Militärjunta bzw. das Militärregime in Athen in sich zusammen. Daraufhin wurde Klerides als vorübergehender Präsident eingesetzt.

Erneut fanden erfolglose Gespräche zwischen den beiden Seiten und den drei Garantiemächten statt. Trotzdem kam es in den folgenden Wochen, außerhalb

der von der Türkei besetzten Gebiete, weiterhin zu Angriffen auf die türkischsprachige Zivilbevölkerung der Insel, die zu massiven Vertreibungen und Massakern führten.

Daraufhin reagierte die Türkei mit einer zweiten Offensive, in welcher türkische Truppen am 14.8.1974 circa 37% der Gesamtfläche der Insel sicherten. Mit diesem Schritt wurden jene Rahmenbedingungen geschaffen, die bis heute kennzeichnend sind (vgl. Edlinger 2006: Seite 45).

4.3. Entwicklungen im Konflikt nach der Teilung der Insel

Die 1974 erfolgte Teilung der Insel brachte für griechische und türkische Zyprioten große Umsiedlungsaktionen mit sich. Dies führte letztlich zu einem muslimischen Norden und einen christlich-orthodoxen Süden.

„Nach Abschluss dieser Aktion waren etwa 180.000 griechische Zyprioten, welche vorher im Norden wohnhaft waren (...) in den Süden und rund 60.000 türkische Zyprioten in die umgekehrte Richtung umgesiedelt“ (Albrecht 1993: Seite 22).

Die Teilung der Insel und die damit verbundene Wahrnehmung der Ereignisse ist von beiden Volksgruppen völlig unterschiedlich.

„Während für viele griechische Zyprioten die Vertreibung und der Verlust ihrer Besitztümer im Norden zu einem Kernpunkt der kollektiven Erinnerung wurde, schien für viele Zyperntürken der Konflikt mit der ‘Friedensoperation’ der Türkei beendet, das physische Überleben nicht mehr gefährdet, die Leidenszeit in den belagerten Enklaven endgültig vorbei“ (Edlinger 2006: Seite 46).

Sicherlich haben die Ereignisse des Jahres 1974 zu einer Stabilisierung des Konfliktes beigetragen. Durch die Trennung der zypriotischen Volksgruppen war die Gefahr eines Genozides gebannt. Trotzdem stellt die physische Trennung der griechisch- und türkischsprachigen Zyprioten sicherlich keine

geeignete Lösung des Problems dar, da die pluralistische zypriotische Bevölkerungsstruktur von einem Tag auf den anderen komplett in ihrer Basis verändert wurde.

Die Teilung der Insel änderte nichts am Anspruch der griechisch-zypriotischen Führung, die einzig legitime Regierung der 1960 gegründeten Republik zu sein. Da jedoch die Realität und die Verfassungsänderungen seit 1963 im Widerspruch dazu zu sehen sind, wird dieser Schritt mit der 'doctrine of necessity' erklärt. Diese blieb auch für die internationale Gemeinschaft die einzig rechtmäßige Regierung auf der Insel. Jedoch wies sie immer wieder darauf hin, dass eine von beiden Volksgruppen ausgearbeitete Lösung notwendig sei (vgl. Dodd 1998: Seite 78).

Der Nordteil der Insel blieb in seinem Überleben von der Unterstützung der Türkei abhängig, da die Verwaltung dieses Inselteiles international keine Anerkennung fand.

„Es entstanden de facto zwei getrennte Staaten auf dem Gebiet der Insel mit getrennten Regierungen, getrennter Verwaltung, Justiz, Polizei und Armee, bei fast vollständiger Abwesenheit von sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen jeglicher Art“ (Edlinger 2006: Seite 47).

Am 13. Februar 1975 wurde im Nordteil der 'Föderative Türkisch-zypriotische Staat Nordzypern' ausgerufen, welcher aber international auf keine Resonanz stieß. Dieser sollte einen Teil einer zukünftigen partnerschaftlichen Föderation mit dem Süden bilden. Denktas, der erste Präsident des neugegründeten Staates, ließ einen ersten Verfassungsentwurf und damit die Teilstaatlichkeit durch ein Referendum von der Bevölkerung bestätigen.

Im Jahr 1977 unterzeichneten Makarios und Denktas ein Abkommen, in welchem sie einer Lösung auf Basis eines Föderalstaates zustimmten. Dieser Vertrag wurde von seinem Nachfolger Kyprianou im Jahr 1979 bestätigt.

Diese bilden bis in die Gegenwart, abgesehen von den Verträgen von London und Zürich zur Staatsgründung, die einzigen politischen Übereinkünfte zwischen den Vertretern beider Volksgruppen.

Makarios und Denktas einigten sich auf vier Richtlinien, die für weitere Verhandlungen entscheidend sein sollten. Sie wollten im Rahmen der Pläne der Vereinten Nationen eine unabhängige, blockfreie, bikommunale und föderale Republik bilden (vgl. Gülbeyaz 2004: Seite 163ff.).

Die internationalen Facetten des Zypernkonfliktes, insbesondere die gewählten politischen Strategien der Vereinten Nationen beziehungsweise der Europäischen Union zur Beilegung des Konfliktes, werden in dieser Arbeit noch genauer thematisiert.

Davor werde ich mich im nächsten Kapitel mit der Entstehung und der Forcierung des griechisch- und des türkisch-zypriotischen Nationalismus genauer beschäftigen. Diese sind maßgeblich für die Entfremdung der beiden Volksgruppen voneinander verantwortlich und führten letztlich zur Teilung der Insel im Jahre 1974.

5. Nationale Identitäten auf der Insel Zypern

5.1. Der griechisch-zypriotische Nationalismus

Die Zeitspanne zwischen 1821 und 1829 wird von vielen Historikern als Beginn des griechischen Nationalismus auf Zypern gesehen. Ein wichtiger Punkt, der diesem Prozess als Katalysator diene, war die Unabhängigkeitswerdung Griechenlands. Auch der Enosis-Gedanke hat seinen Ursprung in dieser Zeit und steht für einen Anschluss Zyperns an Griechenland.

Der 1830 errichtete unabhängige griechische Staat umfasste nur einen kleinen Teil des heutigen griechischen Staatsgebietes. Dadurch konnte sich die megali-Idee (die große Idee) sehr rasch als die dominante Ideologie im neu gegründeten Staat durchsetzen. Ihr Ziel war es alle antiken griechischen Gebiete zu rehellenisieren und aus dem osmanischen Reich auszugliedern, um ein griechisches Großreich zu schaffen (vgl. Baier-Allen 2004: Seite 56f.).

„Die Schwäche des Osmanischen Reiches förderte überall die nationalistischen Bestrebungen. Auch auf Zypern flammte der Wunsch nach einem Anschluss an Griechenland wieder auf, teilweise angestachelt von den Festlandhellenen. (...) Die griechische Expansionspolitik fand auf Zypern offene Ohren und sorgte hier für die Geburt der griechisch-zypriotischen »Enosis-Bewegung«, die mehr als 100 Jahre andauern sollte.“ (Gülbeyaz 2004: Seite 43).

Diese Ideologie des Pan-Hellenismus stieß in Zypern auf fruchtbaren Boden, da die griechisch-sprachigen Zyprioten viele ihrer Traditionen über die Religion aufrechterhalten konnten. Mit der zunehmenden Schwäche der osmanischen Herrschaft einhergehend, verzeichnete die pan-hellenistische Ideologie starken Zustrom unter der griechisch-sprachigen Bevölkerung Zyperns. Bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts hat der griechisch-zypriotische Nationalismus konkrete Formen angenommen.

„So, by a combination of various historical factors, state-controlled education, propaganda and political demagogy, Greek nationalism and patriotism came to mean by the 1860s: pride in being a member of a Superior nation, belief in the necessity of extending the boundaries of the Greek State to include all historically Greek lands, and consequently the assertion of the duty to support a just struggle against the Turkish conquerors” (Stavrinides 1999: Seite 13).

Nach dem Zusammenbruch der Osmanischen Herrschaft gab es in Zypern zwei große Volksgruppen, die griechischen und die türkischen Zyprioten, wobei Letztere schätzungsweise ein Viertel der Bevölkerung ausmachten. Obwohl beide Volksgruppen für dreihundert Jahre friedlich zusammengelebt hatten und es Anzeichen einer gemischten Kultur gab, tauchten erstmals Gruppen auf, die Zyperns Zukunft in einer Vereinigung mit Griechenland sahen.

Die Idee des Pan-Hellenismus wurde, von der griechisch-zypriotischen klerikalen und politischen Elite ausgehend, in der Masse der Bevölkerung verbreitet (vgl. Baier-Allen 2004: Seite 57).

Die Kirche hatte eine besondere Stellung bei der Herausbildung nationaler Identitäten in Zypern, da sie einen großen Einfluss auf die orthodoxe Bevölkerung der Insel hatte.

„By this time the Greek Cypriot elite, including the influential church leaders, had absorbed both Greek nationalism and the Megali (Great) Idea, the reunification of all Greeks in the Near East in a single state whose capital would be Constantinople” (Dodd 2010: Seite 3).

Viele griechische Zyprioten begrüßten den Wechsel von osmanischer zu britischer Herrschaft, da sich viele davon erhofften, einer Vereinigung mit Griechenland einen Schritt näher zu kommen.

„Der Bischof Kyprianos von Kition formulierte in seiner Begrüßungsrede: »Wir begrüßen den Regierungswechsel, insofern wir darauf vertrauen, dass Großbritannien so wie einst den Ionischen Inseln auch Zypern helfen wird, sich mit seinem Mutterland Griechenland zu vereinigen«“ (Gülbeyaz 2004: Seite 48).

Durch die ganze britische Herrschaftszeit hindurch forderten die griechischen Zyprioten, vor allem der orthodoxe Klerus, einen Zusammenschluss mit

Griechenland. Diese Bestrebungen forcierten den Zustrom zu nationalistischen Richtungen im griechisch zypriotischen Lager.

Die Erwartungshaltung der griechisch-sprachigen Zyprioten, dass die Briten einer Vereinigung von Griechenland und Zypern positiv gegenüberstehen, war nicht unbegründet. Britische Kolonialbeamte versuchten immer Verständnis für die megali-Idee zu zeigen, jedoch ließen sie auch keinen Zweifel daran, nichts am rechtlichen Status von Zypern in irgendeiner Weise ändern zu wollen.

Von 1895 an versuchten die griechisch-sprachigen Zyprioten kontinuierlich die Enosis-Idee auch auf politischer Ebene durchzusetzen. Jedoch scheiterten solche Petitionen an den britischen und türkischzypriotischen Gegenstimmen bei Ratsversammlungen. Dieser Umstand diente dem griechischen Nationalismus als Katalysator und schaffte große Unzufriedenheit mit der britischen Kolonialherrschaft in Zypern. Aber auch die Änderungen, die die britische Kolonialverwaltung am zypriotischen Bildungswesen vorgenommen hatte, waren mit groben sozialen Auswirkungen verbunden. Das eingeführte Schulsystem wurde nach religiösen und sprachlichen Kriterien organisiert und unterteilt (vgl. Baier-Allen 2004: Seite 58).

Dies hatte zur Folge, dass Aus- und Abgrenzung zwischen den zypriotischen Volksgruppen immer mehr florierete. Die Schulen wurden benutzt, um nationale Identitäten zu konstruieren, die nur die eigene sprachliche und religiöse Gruppe inkludierten. Sicherlich haben solche politischen Entscheidungen dazu beigetragen, dass nationalistische Identitäten in Zypern, gerade in dieser Zeit, durch Diskurse forciert wurden.

Rebecca Bryant bezeichnet die Rhetorik der griechisch-sprachigen Elite in dieser Zeitspanne folgendermaßen:

„This was a rhetoric of race and regeneration, in which the »eternal enemy« was always the Turk“ (Bryant 2004: Seite 93).

Nicht überraschend ist der Umstand, dass gerade die griechisch-sprachigen Schulen einen Nährboden für die Rekrutierung der EOKA Kämpfer, in den 50ern des 20. Jahrhunderts, bildeten. Diese waren maßgeblich an Zyperns Kampf um Autonomie beteiligt, als dieser plötzlich auch mit Gewalt

ausgetragen wurde. Doch schon zuvor wurde die Schule benutzt, um die Enosis-Idee zu verbreiten.

„In the Greek Cypriot schools, staffed with many Greek teachers, many of the young were recruited to the enotist cause. (...) Despite, or because of, measures like these, by 1931 the situation worsened” (Dodd 2010: Seite 6).

Wichtig ist zu ergänzen, dass Versuche die Enosis-Idee in Zypern, vor den 1950er Jahren, durchzusetzen, nur vereinzelt stattgefunden haben bzw. nicht wirklich genug Unterstützung in der Bevölkerung gefunden haben. Susanne Baier-Allen meint, dass der Enosis-Gedanke erst nach dem zweiten Weltkrieg den Großteil der griechisch-zypriotischen Bevölkerung auf Zypern begeistern konnte und sich zu einem Massenphänomen entwickelte.

„Die ENOSIS existierte als ideologische Strömung fast 100 Jahre auf der Insel; ihr historisches Erbe prägt u.a. bis heute die Konfliktkonstellationen zwischen den beiden Gemeinschaften und die politische Kultur der griechischen Zyprioten. Dabei waren ihre Funktion und Bedeutung nicht immer gleich, sondern veränderten sich mit den ökonomischen, sozialen, und politischen Entwicklungen der zypriotischen Gesellschaft” (Choisi 1993: Seite 83).

Die griechisch zypriotische Elite begann die Massen immer intensiver zu mobilisieren und auch international war sie bemüht Unterstützung zu finden. In diesem Prozess spielte die orthodoxe Kirche, mit Makarios an ihrer Spitze, eine zentrale Rolle. Viele geistige Würdenträger und politisch Führende bemühten sich darum, die Enosis-Idee diskursiv im griechisch-sprachigen Teil der Bevölkerung zu manifestieren (vgl. Baier-Allen 2004: Seite 59f.).

„In the meanwhile, the urban-based Greek establishment developed a cultural orientation towards Greek antiquity. They thought of themselves as direct descendants of Plato, Sophocles, Pheidias, Pericles and Alexander the Great, and heirs to their splendid intellectual, artistic, political and military tradition” (Stavrinides 1999: Seite 11).

Nachdem Makarios 1950 zum Erzbischof gekrönt wurde, bemühte er sich auch vermehrt die „Zypernfrage“ bzw. die Enosis-Idee zu internationalisieren. Mit Makarios erhielt die Enosis-Bewegung neuen Aufschwung, da er darum

bemüht war einen Anschluss an Griechenland mit allen Mitteln durchzusetzen. Die Kolonialmacht Großbritannien und auch die Türkei vertraten den Standpunkt, dass ein Anschluss von Zypern an Griechenland nicht in Frage käme. Beide Länder hatten die Befürchtung, dass die türkisch-sprachige Bevölkerung Zyperns unterdrückt werden würde, im Falle eines Anschlusses an Griechenland.

Um öffentliche und internationale Diskurse zu dieser Thematik zu intensivieren, versuchte man ab 1955 mithilfe von Anschlägen gegen die britische Kolonialverwaltung mehr Aufmerksamkeit zu bekommen.

Für den Großteil dieser Anschläge war die EOKA verantwortlich, eine bewaffnete Organisation unter der Leitung von Oberst Grivas. Zu diesem Zeitpunkt ging die EOKA nicht gegen die türkisch-sprachigen Zyprioten vor. Neben der Kolonialverwaltung konzentrierte sie sich darauf gegen griechisch-sprachige „Querdenker“ vorzugehen, die sich nicht mit den Idealen der EOKA identifizieren wollten (vgl. Baier-Allen 2004: Seite 60f.).

So waren im ersten Jahr der Anschläge der EOKA die meisten Opfer griechisch-zypriotischer Herkunft. „Wer die Enosis ablehnte, war ein »nationaler Verräter«, ein »schlechter Grieche«“ (Gülbeyaz 2004: Seite 43).

Diskurse dieser Art sind es, die dazu beitragen, dass bestimmte Identitäten konstruiert und von der Masse aufgenommen werden. In diesem Fall wird die Zugehörigkeit zum Hellenentum als nationale Identität konstruiert, der nur ein Teil der Inselbevölkerung angehören kann. So werden die türkisch-sprachigen Zyprioten als das Andere konstruiert und aus einer gemeinschaftlichen Identität, die der ganzen Bevölkerung zugrunde liegt, exkludiert.

Mit der Gründung der Republik wurden die Kampfhandlungen überwiegend eingestellt und viele Kriegsflüchtlinge, auf beiden Seiten, kehrten in ihre Dörfer zurück. Zum ersten Mal seit ungefähr 2000 Jahren Fremdherrschaft hatte die zypriotische Bevölkerung die Möglichkeit selbst zu regieren.

Die meisten Anführer der griechisch-sprachigen Zyprioten erachteten die Abkommen von London und Zürich als eine aufgezwungene Ungerechtigkeit. Daher zogen sie weiterhin einen Anschluss an Griechenland einem

unabhängigen Staat Zypern vor. Keine der beiden Konfliktparteien sah in einer gemeinsamen Republik die Erfüllung ihrer Träume. Viele griechisch-sprachige Zyprioten sahen sich als Teil Griechenlands und hatten kein Interesse an einem unabhängigen hellenischen Staat. Anhänger der Enosis-Bewegung sahen oftmals in der gegründeten Republik eine Niederlage. Von nun versuchten sie eine »Befreiung aus der Unabhängigkeit« zu erreichen (vgl. Gülbeyaz 2004: Seite 109).

Seit der Gründung der Republik bekriegten sich die beiden Volksgruppen weniger mit Waffen, als auf allen zivilen Ebenen des neugegründeten Staates. Die griechisch-zypriotische Seite hatte schnell das Gefühl mit der Gründung der Republik sich in eine Sackgasse begeben zu haben, da die Durchsetzung der Enosis-Idee in weite Ferne gerückt war.

Unter der Leitung des Innenministers, Georkatzis, gründeten die griechisch-sprachigen Zyprioten die »Nationale Organisation Zyperns«. Intern wurde diese einfach die »Organisation« genannt. Ziel der Organisation war es eine Durchsetzung der Enosis zu erreichen, gegebenenfalls auch mit Waffengewalt. Um in die Organisation aufgenommen zu werden musste man einen Eid leisten:

„Ich schwöre, meinen Glauben an einen unteilbaren hellenistischen Staat zu wahren, den Gesetzen der Organisation zu gehorchen und meiner Obrigkeit treu ergeben zu sein. Ich werde meine blau-weiße Fahne nicht aus der Hand geben und sie ehrfürchtig beschützen. Ich werde immer, bis zum letzten Blutstropfen, für die Enosis kämpfen und dafür mit dem Mutterland Griechenland zusammenzuarbeiten“ (Gülbeyaz 2004: Seite 113).

Aus einem postmodernen Konfliktverständnis heraus erscheint es als klar ersichtlich, dass solche Eide und die Diskurse die sie schaffen, stark zu einer Konstruktion von Identität beitragen, die auf einem Prinzip von Inklusion und Exklusion beruht. Nur wer den Eid schwört ist kein Verräter. Dieser Eid der Organisation inkludiert in seinem Wortlaut alle der »griechischen Kultur« angehörenden Bewohner und schließt alle muslimischen Bewohner der Insel aus einer Gemeinschaft aus.

Ein weiteres Ziel der »Organisation« war die Bekämpfung der Kommunisten, die als politische Gegner angesehen wurden. Fast alle griechisch-zypriotischen Minister haben in der »Organisation« bestimmte Aufgaben übernommen. Wie nie zuvor geriet die gesamte griechisch-zypriotische Inselgemeinde in den Sog des Nationalismus.

Nach dem Scheitern der Republik geriet der Zypernkonflikt in eine neue Phase. Die bewaffneten Auseinandersetzungen auf der Insel Zypern ab 1963 hatten nichts mehr mit einem Kampf gegen den Kolonialismus zu tun, sondern beruhten allein auf dem Nationalismus der zwei Volksgruppen, welche beide das Gebiet der Insel als ihr zu Hause erachteten.

Die bewaffneten Auseinandersetzungen übertrafen bald alle vorangegangenen an Brutalität. Bei Auseinandersetzungen im Dezember 1963 sind etwa 1000 türkische-sprachige Zyprioten und 200 griechisch-sprachige Zyprioten ums Leben gekommen. Diese Ereignisse hatten als Folge, dass sich die türkisch-zypriotischen Abgeordneten und politische Beamte aus ihren Ämtern zurückzogen. Eine Militarisierung widersprach eklatant den Vereinbarungen der Verträge von London und Zürich, trotzdem landeten, nach einem Machtwechsel in Athen, 10.000 griechische Truppen auf der Insel um die Enosis-Bewegung zu unterstützen.

Nationalistische Bewegungen hatten in den 1960er Jahren bereits breite Zustimmung in der griechisch-zypriotischen Bevölkerung und so konnte eine zunehmende Nationalisierung stattfinden (vgl. Gülbeyaz 2004: Seite 199 ff.).

Das Misstrauen der beiden Volksgruppen gegeneinander erreichte einen Höhepunkt im Jahr 1963. Es brauchte nur einen kleinen Zwischenfall, um die inter-kommunale Spannung zum ausbrechen zu bringen. Außerdem kamen die Beziehungen zwischen den beiden Volksgruppen zu einem absoluten Stillstand. Von diesem Zeitpunkt an durchliefen die griechisch- und die türkisch-sprachige Bevölkerung der Insel voneinander getrennte politische und ökonomische Entwicklungen.

Mit dem Ziel der Enosis haben die griechisch-sprachigen Zyprioten eindeutig versucht, Kontrolle über die ganze Insel zu bekommen. Um dieses Ziel zu erreichen haben sie vor keiner Form von Gewalt zurückgeschreckt.

Georgios Papandreou war einer der Politiker, der ganz stark zur Radikalisierung der griechisch-zypriotischen Bevölkerung beigetragen hat. Im Unterschied zu seinem Vorgänger Karamanlis hat Papandreou kein Geheimnis daraus gemacht, dass er die Enosis-Idee vertrete und unterstütze.

Somit hat er auch dazu beigetragen, dass die Enosis-Idee sich immer stärker in Gesellschaft und Politik manifestierte. Außerdem bezeichnete er das Züricher und das Londoner Abkommen, die maßgeblich für die Unabhängigkeit Zyperns waren, als einen Betrug (vgl. Baier-Allen 2004: Seite 80).

Neben Papandreou war Makarios einer jener Politiker, welche dazu beigetragen haben wider der Zypriotischen Verfassung die Position der türkisch-sprachigen Bevölkerung auf der Insel vor allem im politischen Feld zu verschlechtern.

„Makarios had violated the Constitution on two points – by changing the cabinet to nine Greeks and one Turk, and by marking ministerial appointments without the approval of Dr. Kutchuk.(...) Kutchuk protested but, as usual, Makarios paid no attention” (Gibbons 1997: Seite 226).

Gerade politischen Führern ist es möglich die Bevölkerung für nationalistisches Gedankengut zu begeistern und Änderungen im politischen Bereich vorzunehmen, um die eigene Position zu stärken. Obwohl Kutchuk gegen die Verfassungsbrüche, die Makarios initiierte, protestierte, hatte dies keinen Einfluss auf die politische Realität.

Durch diesen Umstand wird auch die Verhärtung des griechisch-sprachigen Nationalismus deutlich. Der Großteil der griechisch-sprachigen Bevölkerung der Insel stand hinter den Maßnahmen von Makarios. Ein Aspekt der diesen Prozess sicherlich beschleunigte, war das auch politische Andersdenkende aus den eigenen Reihen verfolgt wurden.

Ein Faktor der die Militarisierung auf Zypern vorangetrieben hat und dadurch die konstruierten Identitäten der beiden Volksgruppen mehr und mehr voneinander distanzierte, war das seit Anfang April 1964 Soldaten der Armee

Griechenlands auf Zypern gebracht wurden. Andreas Papandreou, der Sohn von Georgios Papandreou, spricht in seinem Buch »Democracy at Gunpoint« von 20.000 Soldaten, welche illegal und ohne dem Wissen der Öffentlichkeit nach Zypern gebracht wurden. Bei einer Bevölkerung von einer halben Million Menschen ist dies eine beachtliche Menge.

Die Logik dahinter war es die Anzahl der türkisch-sprachigen Bevölkerung mit militärischen Operationen zu verkleinern. In diesem erzeugten zwischenmenschlichen Klima konnte der Samen des Hasses gegen die türkisch-zypriotische Volksgruppe immer besser gedeihen, wie Gibbons es in seinem Werk umschreibt (vgl. Gibbons 1997: Seite 236).

Im Jahr 1967 kam es in Athen zu einem Militärputsch. Das griechische Militärregime nahm in den ersten Tagen seiner Machtübernahme die bisher radikalste Haltung in der Zypernfrage ein, da man den türkisch-sprachigen Zyprioten überhaupt keine Zugeständnisse machen wollte.

Auch ihren politischen Gegnern und Griechen die nicht mit diesem Gedankengut übereinstimmten machte man mit Hilfe von Einschüchterung klar, dass es keine Diskurse über gemäßigttere Sichtweisen geben werde. Der Bevölkerung blieb nur übrig mit dem Strom zu schwimmen:

„Zypern wird vereint werden mit dem wiedererstarkten Griechenland, das die Revolution (damit ist der Militärputsch gemeint) neu geschaffen hat. Die Verräter des hellenischen Volkes, die es zu verhindern versuchen, werden ihre Tat bereuen, und zwar bald. Schneller als sie denken“ (Gülbeyaz 2004: Seite 131).

Durch öffentliche Aussagen wie dieser, konnte sich in Zypern eine nationalistische Identität konstruieren, da die Bevölkerung sonst mit Verfolgung rechnen musste. Nach dem Prinzip von Inklusion und Exklusion wurden die Menschen in zwei Teile geteilt. Gleichzeitig versuchte die griechisch-zypriotische Elite auch gegen sogenannte Verräter aus den eigenen Reihen vorzugehen, um das eigene Machtmonopol zu stärken.

5.2. Der türkisch-zypriotische Nationalismus

Die türkischsprachigen Zyprioten radikalisierten sich in den letzten zehn Jahren des 19. Jahrhunderts zunehmend, da sie eine Vereinigung Zyperns mit Griechenland entschieden ablehnten.

1891 wurde die Organisation „das Osmanische Kaffeehaus“ gegründet und eine türkischsprachige Zeitung herausgegeben, welche den türkisch-zypriotischen Nationalismus anheize sollte. Dies geschah als Gegenreaktion, um griechisch-zypriotischen Forderungen an die britische Verwaltung entgegen zu handeln (vgl. Gülbeyaz 2004: Seite 55).

Im Gegensatz zu den griechisch-sprachigen Zyprioten war die türkisch-zypriotische Gemeinde, was nationalistische und ethnische Bestrebungen betrifft, in den ersten Jahrzehnten der britischen Herrschaft noch nicht aktiv.

Nach ihrem Machtverlust suchten sie den Schutz durch die britische Kolonialverwaltung. Durch ihre loyale Haltung der britischen Verwaltung gegenüber konnten sie sicherstellen, dass die Enosis-Bewegung keine Zustimmung fand. Sie forderten dass Zypern entweder unter britischen oder unter türkischer Herrschaft stehen sollte, als Antwort auf griechisch-zypriotische Forderungen. Aus Angst zu einer Minderheit degradiert zu werden, lehnten sie die Herrschaft einer gewählten Mehrheit in Zypern entschieden ab.

Die türkisch-zypriotischen Abgeordneten arbeiteten konsequent gegen eigene mögliche Vereinigung mit Griechenland und blieben so auch der britischen Kolonialverwaltung gegenüber loyal. Diese war schließlich der einzige Garant nicht von der politischen Bühne Zyperns zu verschwinden oder als Minderheit abgestempelt zu werden (vgl. Baier-Allen 2004: Seite 58).

„Dafür hatte die Gemeinde von den Briten Privilegien in der Form von Überrepräsentation bei der Polizei und im Verwaltungsapparat erhalten, was zum Abbau der Feindschaft zwischen den beiden Volksgruppen nicht gerade beitrug“ (Gülbeyaz 2004: Seite 68).

Mit der britischen Herrschaft in Zypern beginnt sich auch die türkisch-zypriotische Identität verstärkt zu manifestieren. Ihre Entwicklung und Formierung ist unter anderem aus der Angst entstanden, dass sich die Enosis-Idee durchsetzen könnte und Zypern ein Teil Griechenlands wird.

Selbst im osmanischen Reich kam das Selbstverständnis der türkischsprachigen Bevölkerung, sich als ethnische Türken zu sehen, sehr spät zur Geltung. Zu Beginn des ersten Weltkrieges dürfte das Identitätsmuster unter den ethnisch-türkischen Untertanen noch nicht sehr weit verbreitet gewesen sein. Ab dem Jahr 1889 traten die „Jungtürken“ auf die politische Bühne des osmanischen Reiches, deren Gedankengut auch auf die türkischsprachigen Zyprioten einen Einfluss hatte. Ihr Hauptanliegen war es den Staat zu stärken, jedoch waren sie in ihrem Bestreben wenig ideologisch nationalistisch ausgerichtet (vgl. Dodd 2010: Seite 7).

„The fears of the Turkish Cypriots about their own possible fate awakened them to their identity as Ottomans and gradually, as Turks. Young Turkish Cypriot intellectuals became receptive to the more purely Turkish nationalist ideals as these began to develop under the Young Turks in their opposition to Ottoman rule“ (Dodd 2010: Seite 7).

Auch die ideologische Strömung des „Kemalismus“ hatte große Auswirkungen auf die Herausbildung eines türkisch-zypriotischen Identitätsbewusstseins. Die Basis des „Kemalismus“ stellte wohl die Hinwendung zum Westen und die Schaffung einer souveränen Nation dar. Die „Kemalisten“ versuchten dies auf zwei Wege zu erreichen. Zum einen über eine Modernisierung des Staates und zum anderen durch die Herstellung einer einheitlichen nationalen Identität unter Zurückdrängung des Faktors Religion.

Durch die Formierung der „Kemalisten“ in den 1920er Jahren wurde die türkisch-zypriotische Gemeinde in zwei Hälften gespalten, da ideologisch die „Brittenfreunde“ den „Kemalisten“ gegenüberstanden. Obwohl die Traditionalisten bei weitem besser organisiert waren und mehr Präsenz in Vereinen etc. aufwiesen, gelang es den „Kemalisten“ zu Beginn der 1930er Jahre großen Rückhalt in der Bevölkerung zu bekommen.

Sie forcierten nationalistisches Gedankengut in der Bevölkerung und waren stark daran beteiligt, eine Identität der türkisch-sprachigen Zyprioten zu manifestieren (vgl. Gülbeyaz 2004: Seite 68f.).

„Auch wenn die Kemalisten in der türkischzypriotischen Gemeinde nicht die uneingeschränkte Macht hatten, war es eine Tatsache, dass inzwischen beide Volksgruppen die Lösung des Konflikts im Anschluss Zyperns an ihre Mutterländer sahen (...) Die Kemalisten hatten jedoch gegenüber den Briten keine so tiefe Feindschaft, wie die Griechischzyprioten dies taten“ (Gülbeyaz 2004: Seite 69).

Der „Kemalismus“ vereinte die junge türkisch-zypriotische Bevölkerung und sorgte für einen Aufschwung des Nationalismus und für das späte Erwachen eines gemeinsamen türkischen Nationalbewusstseins. Diese Generation übernahm auch bald in ihrer Gemeinde die Führung.

In diesem Zusammenhang ist wieder die Rolle der Schule eine Entscheidende:

„As the Kemalist regime established itself after the war younger Turkish Cypriots began very quickly to absorb Turkish nationalist sentiments.

This was greatly aided by the employment of Turkish teachers in Turkish Cypriot schools. (...) The Turkish Cypriots were deeply perturbed by the Greek Cypriot uprising in 1931, which brought to them the seriousness of the threat of enosis“ (Dodd 2010: Seite 8).

Mit der zunehmenden Schwächung der britischen Herrschaft auf der Insel und dem Erstarken der Enosis-Bewegung wurden die Existenzängste der türkisch-sprachigen Zyprioten immer größer.

„Unter der Führung des Arztes und Zeitungsherausgebers Dr. Fazıl Küçük fanden sie zu einer Vereinigung zusammen und gründeten am 18. April 1943 die »Organisation der türkischen Minderheit«, genannt »KATAK« (...) Die neugegründete türkischzypriotische Organisation besaß jedoch weder klar definierte Ziele noch ein konkretes politisches Programm“ (Gülbeyaz 2004: Seite 78).

Die Organisation fand in der türkischzypriotischen Bevölkerung große finanzielle und geistige Unterstützung und konnte für ihre Anliegen einen

Großteil der Bevölkerung mobilisieren. Hauptanliegen von KATAK war es, eine Organisation des Widerstandes zu gründen, welche unter allen Umständen eine Enosis verhindern sollte. Der türkischzypriotische Nationalismus wurde angeheizt, um geschlossen gegen griechisch-zypriotische Forderungen aufzutreten.

„The Turks saw themselves as fighting against Greek ‘terrorists’ who were trying to bring about enosis and so make the Turks an impotent and unprotected minority in a State dominated by enemy people” (Stavrínides 1999: Seite 30).

In dieser Zeit wird die gewünschte nationale Einigkeit der türkischzypriotischen Gemeinde erreicht, durch eine Mobilisierung der Bevölkerung. Die KATAK hatte Büros, über die ganze Insel verteilt, errichtet und konnte so flächendeckend die Bevölkerung erreichen. In der Mitte der 1950er Jahre wurde auch der türkisch-zypriotische Nationalismus verstärkt öffentlich propagiert.

„As a response to Greek-Cypriot nationalism, a Turkish-Cypriot variant emerged encapsulated in the slogan ‘Cyprus is Turkish’. For the Turkish Cypriots, there were two alternatives, both anathemas to the Greek-Cypriot side: either Cyprus was returned to Turkey or the island was divided between the two communities.” (Baier-Allen 2004: Seite 62).

Baier-Allen meint also, dass der türkischzypriotische Nationalismus eine Reaktion auf griechisch-zypriotische Bestrebungen waren. Zu dieser Zeit, im Jahr 1956, kam es auch zu den ersten gewaltvollen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Volksgruppen der Insel, welche hauptsächlich in den Städten stattgefunden haben.

So folgten weitere Kampagnen wie »Türkische Namen für Türkische Dörfer« und »Bürger sprich türkisch«.

Diese richteten sich nach dem politischen Konzept der Teilung (TAKSIM), welches zeitgleich auch von Ankara vertreten wurde. Um ein Gegengewicht gegen die griechisch-zypriotische Organisation EOKA zu bilden, wurde 1956 die Untergrundorganisation VOLKAN gegründet. Dies fand jedoch keine breite

Unterstützung in der Bevölkerung, was zur Gründung der TMT führte. Diese wurde im Jahre 1958 ins Leben gerufen, um ähnliche Anschläge wie die EOKA zu planen und durchzuführen (vgl. Gülbeyaz 2004: Seite 94).

Ein weiterer Faktor der stark dazu beigetragen hat, dass eine türkische nationale Identität auf Zypern so starken Zustrom fand, war, dass bereits im Jahr 1964 (vier Jahre nach der Unabhängigkeitswerdung der Insel) 90 Prozent der türkisch-zypriotischen Bevölkerung in Enklaven zurückgedrängt leben musste. Diese Enklaven standen unter einer separaten türkisch-zypriotischen Administration, da sie mit einem wirtschaftlichen Embargo zu kämpfen hatten. Dieser Umstand trug sicherlich dazu bei, dass sich die türkisch-sprachigen Zyprioten, als Leidensgenossen, mehr miteinander verbunden fühlten und eine Abgrenzung gegen die griechisch-zypriotische Bevölkerung immer stärker in den Vordergrund trat.

„However, as the scattered nature of the Turkish-Cypriot enclaves testifies, there was no intention on the part of the Turkish-Cypriot leadership, at least initially, to establish a homogenous territory for their community, as the Greek Cypriots maintain. Fear for their lives was the main motive for the Turkish Cypriots' flight“ (Baier-Allen 2004: Seite 78).

Meiner Ansicht zeigt die Autorin in dieser Textpassage sehr deutlich auf, dass das Handeln der türkischzypriotischen Elite zwischen 1960 und 1974 hauptsächlich von der Angst ums eigene Leben geprägt war.

Dies spiegelt sich auch in der Thematik des Nationalismus wieder. Man sah es als Notwendigkeit an in den eigenen Reihen den Nationalismus zu forcieren und durch gesellschaftliche Diskurse zu reproduzieren, um ein Gegengewicht zu griechisch-zypriotischen nationalistischen Strömungen zu schaffen.

Bei den Verhandlungen zwischen den griechisch-sprachigen und türkisch-sprachigen Zyprioten zwischen 1968 und 1971 war die türkischzypriotische Seite bereit einige Kompromisse einzugehen.

So hätte sie zum Beispiel auf das Veto des Vize Präsidenten verzichtet, solange ihr partnerschaftlicher Status nicht zu einem Minderheitenstatus degradiert werden würde (vgl. Baier-Allen 2004: Seite 82).

5.3. Conclusio

Aus den vorhergehenden Teilen des Kapitels wird klar ersichtlich, dass es in Zypern die Herausbildung zwei verschiedener nationaler Identitäten gegeben hat. Beide Volksgruppen, die türkischsprachigen und die griechischsprachigen Zyprioten, haben eine Form des Nationalismus entwickelt, die direkt zu einer Eskalation des Konfliktes und zu Teilung der Insel beigetragen haben.

Die jeweils andere Volksgruppe wurde durch das Prinzip von Exklusion und Inklusion als das Feindbild konstruiert. Dadurch ist es zu keinem identitätsstiftenden Moment gekommen, den die ganze Bevölkerung der Insel mit einander teilt. Der griechisch-zypriotische Nationalismus ist sehr tief verwurzelt und bereits unter der osmanischen Herrschaftsperiode entstanden.

Die meisten Historiker betrachten das Entstehen des türkisch-zypriotischen Nationalismus als eine Reaktion auf griechisch-zypriotische Forderungen. Der türkisch-zypriotische Nationalismus hat sich erst nach dem ersten Weltkrieg bzw. während der britischen Zeit zum entwickeln begonnen. In beiden Fällen war es eine Elite, welche sich darum bemüht hat, den Nationalismus immer wieder diskursiv zu reproduzieren.

Jedoch scheinen die jeweiligen Motive unterschiedlich zu sein. Während die griechisch-zypriotische Elite immer einen Anschluss an Griechenland als das zu erreichende Ziel sah, welches es um jeden Preis zu erreichen galt, stand für die türkischzypriotische Elite im Vordergrund, die eigene Volksgruppe nicht zur Minderheit degradieren zu lassen bzw. Sicherheit für die türkischsprachigen Zyprioten zu bewerkstelligen. Daher stellt der türkisch-zypriotische Nationalismus eine Antwort auf den griechisch-zypriotischen Nationalismus dar.

Eine weitere Gemeinsamkeit zwischen den beiden zypriotischen Nationalismen ist, dass sie stark von den Prozessen in den jeweiligen Mutterländern (Griechenland und Türkei) abhängig waren.

Da das osmanische Reich nicht auf einer Art von ethnischen Konzept basierte, begann sich der türkische Nationalismus auch erst nach dessen Zerfall schneller

zu entwickeln. Mit der Herausbildung des griechischen Staates im 19. Jahrhundert ist hingegen der Beginn des griechischen Nationalismus.

Es geht nicht um eine Bewertung der jeweiligen Nationalismen, sondern darum, aufzuzeigen, dass die in Zypern entstandenen Nationalismen bzw. nationalen Identitäten als Produkt der Moderne entstanden sind. Diese Identitäten sind keineswegs naturgegeben, sondern werden in der Gesellschaft diskursiv konstruiert und reproduziert.

Der Zypernkonflikt, der in der Teilung der Insel im Jahre 1974 mündete, ist ein Produkt dieser Forcierung von nationalen Identitäten.

6. Zypern und die Vereinten Nationen

6.1. Beginn der Internationalisierung der Zypernfrage

Bereits unter britischer Herrschaft wurde der Zypernkonflikt zum ersten Mal vor dem internationalen Gremium der Vereinten Nationen erörtert.

„In einem Antrag vom 16.8.1954 schlugen die Griechen dem Generalsekretär der Vereinten Nationen die »Anwendung des Prinzips der Selbstbestimmung und der Gleichberechtigung für das zypriotische Volk unter Aufsicht der UNO« vor.

Manche Forscher sehen in der Anrufung der UNO einen »schwerwiegenden Mangel«, weil die Griechen dabei zwar die Selbstbestimmung forderten aber die Enosis meinten.“ (Gülbeyaz 2004: Seite 86).

Eine Selbstbestimmung des zypriotischen Volkes würde schließlich die türkisch-zypriotische Bevölkerung miteinschließen, die sich aber gegen einen Anschluss Zyperns an Griechenland aussprach.

Ich schließe mich der Meinung an, dass griechische Forderungen, nach einer Selbstbestimmung des zypriotischen Volkes, die Enosis als Ziel hatten und nicht eine tatsächliche Selbstbestimmung der Bevölkerung der Insel, unter Berücksichtigung aller Volksgruppen.

Auch Susanne Baier-Allen meint, dass der Zweck dieses Antrages eine Herbeiführung der Enosis war. Nachdem eine substantielle Debatte über die Thematik in der UNO Generalversammlung stattgefunden hatte, einigte man sich darauf keine Resolution zu diesem Antrag zu verabschieden.

In einem Beschluss vom Dezember 1954 erklärten die Vereinten Nationen, dass eine Resolution in der Zypernfrage vorläufig nicht notwendig erscheint (vgl. Baier-Allen 2004: Seite 61).

Wie kam es also zu dieser Entscheidung?

Zu diesem Zeitpunkt hatte Großbritannien, welches bis heute einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen inne hat, nicht die Absicht die Insel Zypern als Kronkolonie aufzugeben. Die britische Regierung ließ verlautbaren, dass gewisse Territorien, aufgrund ihrer geostrategischen Lage und ihrer speziellen Umstände, niemals mit einer völligen Unabhängigkeit vom britischen Empire rechnen sollten.

Aus diesem Grund bemühte sich Großbritannien darum, die Türkei in der Zypernfrage stärker zu Wort kommen zu lassen, um griechische Forderungen zu entgegnen.

Die Türkei sprach sich für eine Beibehaltung des Status quo in Zypern aus. Außerdem forderte die türkische Regierung, bei einer Beendigung der britischen Herrschaft in Zypern, die Rückgabe der Insel an die Türkei. Daneben bemühte sich die Türkei darum, die guten Beziehungen die man zu Griechenland unterhielt, nicht aufs Spiel zu setzen (vgl. Dodd 2010: Seite 17f.).

„As an important consequence of the Greek appeal to the UN, Turkey was brought into debate over the future of Cyprus, from which it had kept thus far remarkably aloof. (...) However, when Cyprus was included in the agenda of the General Assembly, and thus the possibility of a British withdrawal arose, Turkey had to react. It took the position that the Treaty of Lausanne, (...), would become invalid when Britain decided to leave and that, consequently, the island should be returned to Turkey. Turkey also pointed out the existence of a Turkish community on the island, which had been completely ignored in the Greek appeal” (Baier-Allen 2004: Seite 61).

Mit den USA gab es jedoch auch einen mächtigen Fürsprecher für eine Lösung der Zypernfrage. In ihrem Bestreben war es, eine Beendigung der kolonialen Machtverhältnisse zu erreichen, um eigene Einflussphären erweitern zu können. Daher drängten die USA auf eine Klärung des Zypernproblems im Rahmen der NATO.

Auch die Sowjetunion, als Antagonist der USA Stellung beziehend, war an einem Ende der britischen Kolonialherrschaft interessiert. Der britische Außenminister Anthony Eden gab jedoch unmissverständlich zu verstehen, dass Großbritannien auf jeden Fall den Status quo wahren möchte (vgl. Gülbeyaz 2004: Seite 88).

„Bis zur Gründung der Republik Zypern sollte es noch vier weitere Apelle (1955, 1956, 1957, 1958) an die Organisation der Vereinten Nationen geben, ohne Erfolg allerdings. 1955 wurde die Zypernfrage von der UNO nicht einmal in die Tagesordnung aufgenommen“ (Gülbeyaz 2004. Seite 88).

Vor der Unabhängigkeitswerdung Zyperns im Jahre 1960 kam es also zu keiner Resolution von Seiten der Vereinten Nationen bezüglich der Zypernfrage. Trotzdem wurde aufgrund der Forderungen Griechenlands erstmals eine Internationalisierung des Zypernkonfliktes erreicht, in der auch die Vereinigten Staaten und Russland Stellung bezogen hatten.

Die Rolle Russlands in der Zypernfrage ist zu dieser Zeit als nicht besonders relevant einzustufen. Die russische Position beschränkte sich darauf, sich als kommunistisches Gegenstück zu den Forderungen der USA zu positionieren, und ebenfalls ein Ende der kolonialen Herrschaft Großbritanniens zu fordern, um eigene Einflussphären erweitern zu können.

Daher war es den Vereinigten Staaten ein wichtiges Anliegen, eine Einigung über die Zypernfrage innerhalb der NATO zu erreichen, da zu diesem Zeitpunkt Griechenland und die Türkei bereits Mitglieder der NATO waren.

Die politischen Prozesse innerhalb der Vereinten Nationen waren von dieser Akteurs-Konstellation geprägt. Auf der einen Seite war Großbritannien darum bemüht den Status quo in Zypern zu erhalten. Sie erhielten Schützenhilfe von der Türkei, welche sich aus eigenen sicherheitsstrategischen Überlegungen gegen einen Anschluss Zyperns an Griechenland stellte.

Außerdem war sowohl Großbritannien als auch der Türkei bewusst, dass ein Anschluss Zyperns an Griechenland gegen den Willen der türkisch-sprachigen Zyprioten passieren würde.

Auf der anderen Seite stand Griechenland, welches die Enosis-Idee zu verwirklichen versuchte, unabhängig von den realen Gegebenheiten auf der Insel Zypern. Die USA unterstützten diese Haltung nicht aufgrund von ethno-nationalen Überlegungen, sondern wegen ihrer wirtschaftlichen Interessen in der Region des Nahen Ostens, in welchem man russische Bestrebungen minimieren wollte.

Das Handeln dieser Akteure im Rahmen der Vereinten Nationen scheint nicht von normativem Gedankengut geprägt gewesen zu sein, sondern von den Interessen der jeweiligen staatlichen Akteure. Insofern gab es zu dieser Zeit innerhalb der UNO kein einheitliches Handlungsvorgehen, sondern die Vereinten Nationen dienten den Akteuren Großbritannien, Griechenland und der Türkei dazu, ihre eigenen Interessen zu formulieren und an deren Durchsetzung auf internationaler Ebene zu arbeiten.

6.2. Das Scheitern der Republik und die Vereinten Nationen

Der Fall Zypern wurde zu Beginn des Jahres 1964 das nächste Mal von den Vereinten Nationen behandelt. Diesmal jedoch unter anderen Rahmenbedingungen, da Zypern im Jahre 1960 ein unabhängiger Staat geworden ist. Bedingt durch die Ereignisse des Jahres 1963, vor allem wegen dem bewaffneten Vorgehen gegen die türkischsprachige Zivilbevölkerung, rückte die Zypernfrage wieder in den Blickwinkel der Vereinten Nationen.

„To settle the violence on the island, and to ward off the Soviet threat, the United States and the United Kingdom now agreed in the principle that a military force, preferably from NATO, should be introduced to the island (...) It was eventually agreed in principle that the UN should be asked to establish a force to maintain the peace in Cyprus. Out of concern for the sufferings of the Turkish Cypriots, Turkey accepted British recourse to the UN Security Council” (Dodd 2010: Seite 59).

Auch in dieser Zeitspanne war das Handeln innerhalb der Vereinten Nationen geprägt von jenen staatlichen Akteuren, welche Einfluss auf die Entwicklungen auf der Insel nehmen wollten. Außerdem sind die Auswirkungen des Kalten Krieges auf den Zypernkonflikt, und die damit verbundene bipolare Weltordnung, nicht zu unterschätzen.

Die Vereinigten Staaten und Großbritannien fürchteten, dass die Sowjetunion ihre Einflussphäre im östlichen Mittelmeerraum erweitern könnte. Sie einigten sich darauf, dass im Rahmen der Vereinten Nationen Soldaten auf Zypern stationiert werden sollten, um den gewaltvollen Auseinandersetzungen ein Ende zu bereiten. Sie wurden in ihrem Vorhaben von der Türkei unterstützt (vgl. Gülbeyaz 2004: Seite 122).

Großbritannien verlautbarte zu dieser Thematik im UN-Sicherheitsrat, dass die territoriale Integrität und Sicherheit der Republik Zypern in Übereinstimmung mit dem Garantievertrag beziehungsweise der Konstitution der 1960 gegründeten Republik zu gewährleisten sei. Diese Abhängigkeit der griechisch-zypriotischen Regierung von der Verfassung von 1960 war der griechisch-zypriotischen Seite ein Dorn im Auge, da die Verfassungsänderungen vom Jahr 1963 im Widerspruch dazu standen.

Aus diesem Grund meinte der griechisch-zypriotische Gesandte bei den Vereinten Nationen, Spyros Kyprianou, dass es notwendig sei die Integrität und Souveränität der Republik Zypern zu schützen, da der türkische Plan eine Teilung der Insel vorsah.

Der Gesandte der türkischen Regierung, Turgut Menemencioglu, entgegnete jedoch, dass die Türkei keinen anderen Wunsch hat, als Schutzmaßnahmen für die türkisch-sprachige Bevölkerung der Insel zu treffen. Die Vereinigten Staaten unterstrichen die Wichtigkeit einer internationalen Streitmacht zur Wiederherstellung des Friedens (vgl. Dodd 2010: Seite 60).

6.2.1. Die Resolution 186

Am 4. März 1964 verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einstimmig die Resolution 186, welche zur Sicherung des Friedens auf der Insel die Bildung einer internationalen Eingreiftruppe vorsah. Außerdem wurde in der Resolution festgehalten, dass der Fall Zypern eine Bedrohung der internationalen Sicherheit darstellt.

Aus diesem Grund wurden die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen dazu angehalten, keine Handlungen zu setzen, welche die Souveränität der Insel untergraben könnten.

Die Vereinten Nationen vereinbarten, in Rücksprache mit den drei Garantiemächten Griechenland, Großbritannien und der Türkei, als Mediator im Zypernkonflikt zu fungieren (UN Resolutions on Cyprus: Res. 186).

Die Resolution 186 stellt die erste Resolution zum Zypernkonflikt dar. Dieser Plan fand von allen beteiligten Seiten Zustimmung und so kam es, dass am 27. März desselben Jahres 6238 UN-Soldaten auf Zypern ihre Mission begannen.

Ursprünglich war die Dauer dieses Einsatzes auf drei Monate beschränkt. In der Praxis jedoch dauert die Mission der UNFICYP bis heute an. Jedoch konnte die UN-Friedenstruppe die gewalttätigen Übergriffe auf der Insel nicht beenden, da sie mit zu wenigen Kompetenzen ausgestattet war.

Die UN-Friedenstruppe hatte nicht die Möglichkeit paramilitärische Gruppen zu entwaffnen und so gingen die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Volksgruppen weiter. Da die türkisch-sprachigen Zyprioten den griechisch-sprachigen Zyprioten zahlenmäßig und militärisch deutlich unterlegen waren, hatten sie die meisten Opfer zu beklagen (vgl. Gülbeyaz 2004: Seite 123f.).

„Mit dieser Entsendung wurde auch der Grundstein für die Akzeptanz der nunmehr ausschließlich aus griechischen Zyprioten bestehenden Regierung als rechtmäßige Vertretung der Republik Zyperns gelegt, da jedwede Entsendung von friedenserhaltenden Truppen die Bewilligung durch die Regierung des Gastlandes benötigt“ (Edlinger 2006: Seite 44).

Diese Entscheidung der Vereinten Nationen die nur mehr aus griechisch-sprachigen Zyprioten bestehende Regierung als legitime Vertretung der Republik Zypern anzuerkennen, ist als entscheidender Fehler der Vereinten Nationen zu werten, da bis in die Gegenwart für die griechisch-sprachigen Zyprioten kein Anreiz für eine Konsolidierung mit den türkisch-sprachigen Zyprioten geblieben ist.

Da die von Makarios vorgenommenen Verfassungsänderungen im Jahr 1963 im eklatanten Widerspruch zu der Verfassung Zyperns standen, hätten die Vereinten Nationen, meiner Ansicht nach, diese Entscheidung nicht in dieser Form treffen dürfen.

„Die Griechischzyprioten bezeichneten die UN-Resolution als Erfolg, weil sie darin offizielle Anerkennung der zypriotischen Regierung sahen, die seit Ende 1963 ohne türkischzypriotische Beteiligung tätig war“ (Gülbeyaz 2004: Seite 124).

Für die griechisch-sprachigen Zyprioten ist also die Resolution 186 als historischer Erfolg zu werten, für die türkisch-sprachigen Zyprioten als entscheidende Niederlage.

„For the Turkish Cypriots it was a major defeat that the Resolution did not safeguard their legal position in the government. They were dejected. Denktas was in tears, knowing full well the intensity of Greek Cypriot convictions that they had the right to rule all Cyprus (...) In its final form the UN Resolution, drafted in consultation with the Council's non-permanent members, did not concentrate on the 1960 treaties“ (Dodd 2010: Seite 62f.).

Inwiefern sind nun die Vereinten Nationen in der Resolution 186 auf die Bedürfnisse der involvierten Konfliktparteien eingegangen?

Die griechisch-sprachigen und die türkisch-sprachigen Zyprioten hatten unterschiedliche Sichtweisen und Erwartungen, was die Rolle der Vereinten Nationen in der Konfliktlösung betrifft.

Wie bereits erwähnt fühlten sich die griechisch-sprachigen Zyprioten durch die Resolution 186 bestärkt, da diese wiederholt auf die Regierung Zyperns Bezug

nimmt. Außerdem war die griechisch-zypriotische Seite davon überzeugt, dass die Vereinten Nationen sie in ihrem Vorhaben unterstützen würde, die Verfassung von 1960 zu revidieren, die türkisch-zypriotischen „Rebellen“ in ihre Schranken zu verweisen und eine türkische Invasion zu verhindern.

Im Gegensatz hierzu erwarteten sich die türkisch-sprachigen Zyprioten, dass die Vereinten Nationen ihnen dabei helfen würden die verfassungsmäßige Ordnung von 1960 wiederherzustellen, damit beide Volksgruppen zusammen friedlich auf der Insel Zypern leben können.

Außerdem wollten die türkisch-sprachigen Zyprioten von den Vereinten Nationen auch Schutz vor griechisch-zypriotischen Übergriffen, welche auf die Zivilbevölkerung abzielten (vgl. Baier-Allen 2004: Seite 79).

Während der Verhandlungen im UN-Sicherheitsrat mussten sich die griechisch-sprachigen Zyprioten nicht ernsthaft dafür rechtfertigen, dass die zypriotische Regierung nur mehr aus griechisch-sprachigen Zyprioten bestand. Dieser Umstand wurde von den Vereinten Nationen stillschweigend hingenommen und somit hatte sich auch die Frage der Legitimität der zypriotischen Regierung erübrigt. In diesem Sinne ist die Resolution 186 für die griechisch-zypriotische Seite als Erfolg zu werten. Der einzige Aspekt, der aus griechisch-zypriotischer Perspektive nicht erfüllt wurde, ist, dass die Türkei nicht namentlich dazu angehalten wurde, die Integrität und Souveränität von Zypern zu respektieren.

Naiver Weise nahm die türkische Regierung an, dass die in der Resolution adressierte zypriotische Regierung, die konstitutionelle Regierung, wie in der Verfassung von 1960 festgeschrieben, meinte. Auch die Frage der Legitimität, der nur mehr aus griechisch-sprachigen Zyprioten bestehenden Regierung, spielte für türkische Forderungen keine wesentliche Rolle.

Die türkische Seite war vorerst damit zufrieden, dass die griechisch-sprachigen Zyprioten einer internationalen Friedenstruppe zustimmen mussten. Dass die Gültigkeit des Garantievertrages von 1960 nicht in Frage gestellt wurde, ist als Erfolg für die türkische Seite zu werten. Außerdem ging die Türkei davon aus,

dass die Debatte im Sicherheitsrat zu dieser Thematik zu einem besseren Verständnis der türkisch-zypriotischen Sichtweise beigetragen hat.

Der britischen Regierung war es ein wichtiges Anliegen, die Vereinigten Staaten in die politischen Prozesse des Zypernkonfliktes zu involvieren, um sich selbst weitgehend von der Thematik Zypern zu befreien können. Sie überzeugten die Vereinigten Staaten davon, dass der Zypernkonflikt die Position der NATO im östlichen Mittelmeerraum schwächen könnte (vgl. Dodd 2010: Seite 63ff.).

Jedoch stellte sich bald heraus, dass die UN-Friedenstruppe in Zypern nichts gegen die gewaltvollen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Volksgruppen ausrichten konnte. Großteils waren die türkisch-sprachigen Zyprioten die Opfer der Gewalttaten.

„In den letzten zwei Monaten waren bei den Kampfhandlungen 324 Menschen ums Leben gekommen. Mehr als 200 wurden vermisst. Einem UN-Bericht zufolge (Ortega-Report) fanden dabei an 2527 dörflichen und 450 städtischen mehrheitlich türkischzypriotischen Wohn- und Geschäftshäusern Zerstörungen sowie Plünderungen statt. Bevor es zu weiteren Auseinandersetzungen kam, konnte am 9. August 1964, nach einer Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates, ein Waffenstillstand vereinbart werden“ (Gülbeyaz 2004: Seite 127).

Bereits wenige Monate, nachdem die Resolution 186 vom UN-Sicherheitsrat verabschiedet wurde, konnte also festgestellt werden, dass die Maßnahmen, welche die UNO im Fall Zypern getroffen hatte, nicht zu einer Besserung der Situation auf der Insel beitragen, da die Gewalt auf der Insel kein Ende genommen hatte.

„By June 1964 it was clear that the UN force was unable to do much to stop the violence against Turkish Cypriots, which continued unabated. In their unprotected villages they were still subjected to merciless attacks for the crime only of being Turkish Cypriot“ (Dodd 2010: Seite 67).

Nun stellt sich die Frage, ob die Vereinten Nationen dazu bereit waren, ihre policy im Zypernkonflikt zu überdenken, um einen neuen Kurs einzuschlagen. Die Leidtragenden dieser gewaltvollen Auseinandersetzungen waren

mehrheitlich die türkisch-sprachigen Zyprioten, welche kaum Unterstützung durch die Vereinten Nationen bekamen.

6.2.2. Konsolidierungsversuche der Vereinten Nationen 1965 bis 1974

Am 4. März 1965 präsentierte der Generalsekretär der Vereinten Nationen Sithu U Thant dem UN-Sicherheitsrat seinen Zypernbericht. Demnach standen sich auf der Insel 12 000 türkisch-zypriotische und 30 000 griechische beziehungsweise griechisch-zypriotische Soldaten gegenüber. Die griechisch-sprachigen Zyprioten verfügten über mehr und schwerere Waffen. Außerdem erhielten sie Unterstützung von Griechenland im Kampf gegen die türkisch-zypriotische Volksgruppe.

„In the spring of 1965, fresh weapons were imported by the Greeks, and instructors from mainland Greece arrived in increasing numbers to train the Cypriots in the use of tanks, armoured personnel carriers, anti-aircraft guns and radar” (Gibbons 1997: Seite 263).

Der UN-Vermittler Galo Plaza überreichte dem UN-Generalsekretär Ende März einen Bericht, welcher kaum zu einer Annäherung der beiden Seiten beziehungsweise zu einer Beruhigung der Situation beitrug.

Plaza sprach sich für einen freiwilligen Verzicht der griechisch-sprachigen Zyprioten auf die Enosis aus und plädierte für ein Zusammenleben der beiden Volksgruppen in der unabhängigen Republik, die den türkisch-sprachigen Zyprioten Minderheitenrechte gewährleisten sollte.

Dieser Schritt hätte die türkisch-sprachigen Zyprioten von einer staatstragenden Volksgruppe zu einer bloßen Minderheit degradiert, was für die türkische Seite unannehmbar war. Die Türkei verlangte sogar die Ablösung Galo Plasas als Schlichter (vgl. Gülbeyaz 2004. Seite 128).

Clement Dodd bezeichnet den Plan von Galo Plaza als merkwürdig beziehungsweise skurril. Plaza forderte die türkisch-zypriotische Seite dazu auf an den Diskussionen teilzunehmen, deren formuliertes Endziel die Dominanz

der griechisch-sprachigen Zyprioten über die türkisch-sprachigen Zyprioten gewesen wäre.

Galo Plaza erwähnte mit keinem Wort die Gesetzesänderungen, welche die Regierung unter Makarios vorgenommen hatte und die im eklatanten Widerspruch zur Konstitution von 1960 standen. Clement Dodd jedoch bezeichnet diese Gesetzesänderungen als essentiell.

Die griechisch-zypriotische Regierung sorgte für einen verpflichtenden Militärdienst, die Polizei bestand nunmehr aus Mitgliedern der griechisch-zypriotischen Gemeinde, das juristische System wurde geändert, die getrennten Gemeindeverbände wurden verboten und die Anzahl der Sitze im Parlament wurde verändert. Außerdem kam es zu einer Änderung des Wahlrechts, damit die beiden Volksgruppen ihre Repräsentanten nicht mehr getrennt voneinander wählen konnten (vgl. Dodd 2010: Seite 71f.).

Die Stellungnahme zum Zypernkonflikt vom Schlichter Galo Plaza zeigt, meiner Ansicht nach, dass dieser nicht gewillt war der türkisch-zypriotischen Seite entscheidende Zugeständnisse zu machen. Plaza sollte eigentlich als überparteilicher Schlichter im Zypernkonflikt fungieren und Lösungen anbieten, die, mit Abstrichen, für beide Konfliktparteien tragbar gewesen wären.

Für die Zypernpolitik der Türkei war entscheidend, dass die Alleinregierung der griechisch-sprachigen Zyprioten nicht zur Selbstverständlichkeit wurde, da türkisch-zypriotische Forderungen darunter zu leiden hätten.

„Am 18. Dezember 1965 veranlassten die Vereinten Nationen eine neue Resolution, die in allen Punkten der Zypernpolitik der Türkei widersprach. Darin wurde bestätigt, dass die Republik Zypern nach den Gesetzen der Vereinten Nationen ein unabhängiger Staat sei und eine »fremde Intervention und Einmischung« in die Angelegenheiten dieses Staates, selbst von der Türkei, nicht erlaubt sei. (...) Damit wurden die Türkischzyprioten von der UNO – entgegen den Abkommen von Zürich und London, die von zwei

gleichberechtigten Volksgruppen ausgingen, jetzt zu einer Minderheit erklärt“ (Gülbeyaz 2004: Seite 129).

Dieser Schritt der Vereinten Nationen ist als weiterer Misserfolg für die türkisch-sprachigen Zyprioten zu werten. In der Resolution 186, aus dem Jahre 1964, wurde die griechisch-zypriotische Regierung bereits als rechtmäßige Vertretung der Bevölkerung der Insel anerkannt, um UN-Truppen ins Land schicken zu können. Jedoch wurde die Gültigkeit der Abkommen von Zürich und London nicht in Frage gestellt.

Dies änderte sich im Dezember 1965. Die Resolution kann als weitere Unterstützung der Regierung Makarios gewertet werden, da sie ein Eingreifen fremder Truppen entschieden ablehnt, obwohl Großbritannien, Griechenland und die Türkei, laut Garantievertrag, das Recht dazu hätten.

So wie bereits im Jahr 1964 konnte die türkische Regierung nicht viel für die türkisch-sprachigen Zyprioten im UN-Sicherheitsrat erreichen. Jedoch gab es zumindest einen Funken Hoffnung für die türkische Seite. Großbritannien und die Vereinigten Staaten betrachteten die Abkommen von 1960 noch immer als gültig. Außerdem gab es eine weitere neue Entwicklung.

Der sowjetische Repräsentant im UN-Sicherheitsrat versuchte nicht den griechisch-zypriotischen Standpunkt zu verteidigen, was 1964 noch der Fall war. Die sowjetische Regierung kam zu dem Standpunkt, dass in Zukunft die Türkei ein wichtigerer strategischer Verbündeter für sie sei, als Griechenland und Zypern zusammen. Dieser policy-Wechsel der Sowjetunion hatte jedoch der Türkei und den türkisch-sprachigen Zyprioten im UN-Sicherheitsrat nicht weitergeholfen, da die besagte Resolution vom 18. Dezember 1965 trotzdem verabschiedet wurde. Clement Dodd sieht in dieser eine Bekräftigung der Resolution 186 (vgl. Dodd 2010: Seite 76).

„Die noch immer gültigen Verträge von Zürich und London, die den Inseltürken viele Rechte einräumten, wurden inzwischen von vielen Nationen als überholt angesehen. Die Tatsache, dass die Insel von den Griechischzyprioten regiert wurde, bekam immer mehr den

unausgesprochenen Status internationaler Gültigkeit“ (Gülbeyaz 2004: Seite 129).

Die Resolution vom 18. Dezember 1965 hielt auch fest, dass sich die zypriotische Regierung zu den Menschenrechten und zu Minderheitenrechten bekenne. Insofern bekam die policy der zypriotischen Regierung Unterstützung, die die türkisch-sprachigen Zyprioten als Minderheit betrachtete, und nicht als gleichwertigen Partner.

Makarios war wegen seiner geschickten politischen Führung am aufsteigenden Ast. Durch die internationale Unterstützung war er sich sicher, dass die türkisch-sprachigen Zyprioten seinem Vorgehen bald unterliegen würden. Jene unter ihnen, welche in den Enklaven lebten hatten unter den wirtschaftlichen Embargos der griechisch-sprachigen Zyprioten, wodurch es an essentiellen Gütern fehlte. Auch aus diesem Grund war Ankara an Verhandlungen für eine Lösung interessiert, die einer Veränderung der Situation mit sich führen würde. Die Türkei richtete sich kurz nach der Resolution im Dezember 1965 in einem Schreiben an die Vereinigten Staaten und Großbritannien, in welchem sie Unterstützung in ihren Forderungen erhalten wollten, dass die inhumanen Beschränkungen beendet werden müssten, unter denen die türkisch-sprachigen Zyprioten vor allem in den Enklaven zu leiden hatten.

Außerdem unterstrich die türkische Regierung, dass wenn die humanitäre und wirtschaftliche Unterdrückung der türkisch-zypriotischen Volksgruppe nicht bald ende, die Türkei Maßnahmen ergreifen würde, um die genannte Forderung durchzusetzen. Jedoch brachten London und Washington Ankara von diesem Kurs ab (vgl. Dodd 2010: Seite 78f.).

„Eine Normalisierung der Situation und eine Rückkehr der türkischen Zyprioten in ihre Positionen im Staat scheiterte 1965, als die türkisch-zypriotischen Abgeordneten wieder ihre Parlamentssitze übernehmen wollten, sich jedoch weigerten, alle in der Zwischenzeit verabschiedeten Gesetze (...) zu akzeptieren“ (Edlinger 2006: Seite 44).

Zwischen den Jahren 1968 und 1974 kam es, mit Unterbrechungen, zu Gesprächen zwischen dem griechisch-zypriotischen Vertreter Clerides und dem türkisch-zypriotischen Vertreter Denktas unter Aufsicht des UN-Generalsekretärs.

Alle Resolutionen, welche zwischen 1968 und 1973 von den Vereinten Nationen erlassen wurden, stellen im Wesentlichen eine Bestätigung der Resolution 186 dar. Sie fordern die Konfliktparteien dazu auf, nichts zu unternehmen, was die Lage auf der Insel verschlechtern könnte. Die Vereinten Nationen setzten ihre Hoffnungen auf die direkten Gespräche zwischen den beiden Volksgruppen.

„The representation of the U.N. Secretary-General managed to institute direct talks between the two communities. The Representatives met for the first time at the beginning of June 1968, and on the 24th June the Intercommunal Talks started officially with the Special Representative in Cyprus for the U.N. Secretary-General, Mr. Osorio Tafall, as Chairman. Mr. Glafcos Clerides represented the Greek side and Mr. Raouf Denktash the Turkish side” (Vanezis 1977: Seite 38f.).

Diese Gespräche markieren einen wichtigen Wendepunkt in der Beziehung der beiden Volksgruppen zueinander, da die griechisch-sprachigen Zyprioten den türkisch-zypriotischen Gesandten als gleichwertigen Gesprächspartner akzeptieren mussten (vgl. Baier-Allen 2004: Seite 82).

Dass beide Volksgruppen miteinander in direkten Verhandlungen standen, ist in erster Linie nicht den Bemühungen der Vereinten Nationen zu verdanken, sondern vielmehr ein Produkt der immer schlechter gewordenen Beziehungen zwischen der griechisch-zypriotischen Regierung und dem Militärregime in Athen, welches durch einen Putsch im April 1967 in Griechenland an die Macht gekommen war.

Nachdem es auch in der Türkei im März 1971 zu einem Militärputsch gekommen war, schienen sich Athen und Ankara besser zu verstehen als je zuvor. Griechenland und die Türkei verhandelten in direkten Gesprächen. Dies geschah unter dem Ausschluss der beiden zypriotischen Volksgruppen, da sowohl Griechenland als auch die Türkei eine Einigung in der Zypernfrage auf

der Grundlage der Vereinbarungen von Zürich und London als beste Möglichkeit zur Konfliktbeilegung erachteten (vgl. Gülbeyaz 2004: Seite 135).

Während dem Ablauf der ersten Verhandlungsreihe, zwischen 1968 und 1971, war die türkisch-zypriotische Seite zu entscheidenden Zugeständnissen bereit, wie dem Verzicht auf die Vetorechte des Vizepräsidenten und dem Verzicht auf den Anspruch, dass die Mitglieder des Parlaments von den Volksgruppen getrennt gewählt werden müssten. Im Gegenzug erwarteten sie sich, dass ihr partnerschaftlicher Status, aus der Verfassung von 1960, nicht zu dem einer Minderheit degradiert werden würde.

Griechisch-zypriotische Forderungen konzentrierten sich auf den konstitutionellen Aufbau einer Zentralregierung und auf einen starken Einheitsstaat. Diese sollten nicht vollständig zwischen den beiden Volksgruppen aufgeteilt werden.

Während der Verhandlungen konnte keine zufriedenstellende Lösung zwischen den beiden Konfliktparteien erreicht werden. Im September 1971 kam es zu einem Stillstand in den Verhandlungen. Auf Initiative des UN-Generalsekretärs hin vereinbarten die griechisch-sprachigen und die türkisch-sprachigen Zyprioten die Verhandlungen im darauffolgenden Sommer wieder aufzunehmen (vgl. Baier-Allen 2004: Seite 82f.).

„Die heftigen politischen Auseinandersetzungen zwischen Zypern und Griechenland schienen aus zypriotischer Sicht eine Basis für neue Verhandlungen zur Lösung des Konfliktes geschaffen zu haben. (...) Im Juni 1972 begannen in Nikosia unter der Obhut des UN-Generalsekretärs Kurt Waldheim die erweiterten interkommunalen Gespräche zwischen Klerides und Denktas“ (Gülbeyaz 2004: Seite 137).

Diesmal erschienen die Gespräche sehr gute Aussichten auf Erfolg zu haben und die Bemühungen diverser Experten aus Griechenland und der Türkei ihre Früchte zu tragen. Ein ausgefeiltes Konzept kam zustande, in welchem beiden Seiten entscheidende Zugeständnisse gemacht wurden.

Die Anzahl der türkisch-sprachigen Zyprioten in der Regierung und im Verwaltungsapparat wurde den tatsächlichen Verhältnissen in der Bevölkerung

angepasst, die Vetorechte des Vize-Präsidenten aufgehoben und der Bereich der Judikative vereinheitlicht. Die türkisch-sprachigen Zyprioten würden ihren Status als staatstragende Volksgruppe nicht verlieren, jedoch weniger Kompetenzen erhalten, als in der Verfassung von 1960 festgeschrieben.

Laut Clement Dodd kam dieser Lösungsvorschlag jedoch zu spät für Makarios, der zu dieser Zeit großen Druck, einerseits von Athen und andererseits aus den eigenen Reihen, ausgesetzt war. Um eine Lösung zu erreichen hätte Makarios die Enosis öffentlich zurückweisen müssen, was er aufgrund der politischen Umstände nicht wagte (vgl. Dodd 2010: Seite 99f.).

„The second round of inter-communal talks (1972-1974) progressed remarkably well and by early 1974 a comprehensive settlement concerning the constitutional set-up was within reach. However, this round was overshadowed by attempts from within the Greek-Cypriot community, as well as the Greek junta, at undermining the talks. (...) Moreover, from 1972 onwards, the Greek junta made public its determination to bring the Makarios government under its control, which included ousting Makarios, if necessary“ (Baier-Allen 2004: Seite 83).

6.2.3. Die Vereinten Nationen und die Teilung der Insel

Wie haben die Vereinten Nationen nun auf den griechischen Putsch gegen Makarios und das daraus resultierende militärische Eingreifen der Türkei reagiert?

„Der Sicherheitsrat trat am 20. Und 21. Juli zusammen und rief die Parteien auf, das Feuer einzustellen. Beide Seiten folgten dem Aufruf“ (Gülbeyaz 2004: Seite 152).

Am 27. Juli kam es zu einem weiteren Treffen des Sicherheitsrates, indem Vertreter Griechenlands, der Türkei und Zyperns als Beobachter teilnehmen durften. Der Generalsekretär informierte den Sicherheitsrat darüber, dass es zu einigen Verletzungen des Waffenstillstandsabkommens gekommen war.

Zeitgleich kam es in Genf zu Verhandlungen zwischen Griechenland, der Türkei und Zypern. Der Großteil der Sitzungsteilnehmer war davon überzeugt, dass die Genfer Gespräche unterstützt werden müssten, um eine Besserung der Situation auf der Insel zu erreichen (vgl. Savvidou 1997: Seite 110).

In der Resolution 353 vom UN-Sicherheitsrat brachten die Vereinten Nationen zum Ausdruck, dass die anhaltende Gewalt und das Blutvergießen auf Zypern eine ernstzunehmende Gefahr für den internationalen Frieden darstellt. Aus diesem Grund fühlte sich der Sicherheitsrat zu einer ständigen Beobachtung der Situation in Zypern veranlasst.

Außerdem bemühten sich die Vereinten Nationen, um eine Mediation des Konfliktes und befürworteten jegliche Versuche den Zypernkonflikt auf diplomatischem Wege zu lösen (UN Resolutions on Cyprus: Res. 353).

„The work of the (...) Geneva conference was guided by UN security Council Resolution 353. The first task was consequently to monitor the cease-fire already agreed, and then, secondly, to obtain an immediate end to foreign intervention, and to bring about without delay the withdrawal of all military personnel not authorized under the 1960 settlement. (...) The Third major task was to negotiate (...) to restore peace in the area, and constitutional government in Cyprus” (Dodd 2010: Seite 117).

Die Genfer Verhandlungen wurden also in ihren Prämissen und Zielen von der Resolution 353 des UN-Sicherheitsrates maßgeblich geprägt, um der Situation akuter Kriegsgefahr entgegenzuwirken. Die Genfer Verhandlungen brachten jedoch wenig nennenswerte Resultate.

Die Waffenstillstandsvereinbarungen, die getroffen wurden, hatten keine der beiden Seiten eingehalten. Auch der sofortige Abzug der militärischen Einheiten, welche laut den Verträgen von London und Zürich nicht das Recht hatten auf der Insel zu sein, stellte sich von türkischer Seite als nicht realisierbar dar bevor keine langfristige Einigung zwischen den beiden Volksgruppen zustande kommen würde. Auch im dritten Aufgabenbereich, einer friedlichen Lösung des Zypernkonflikts und einer Rückkehr zu einer konstitutionellen

Regierung unter den Verträgen von 1960, konnte in den Genfer Verhandlungen keine Einigung erzielt werden.

Die Politik der Vereinten Nationen, bezogen auf den Zypernkonflikt vor Teilung der Insel 1974, hatte also durchaus positive Schritte in der Mediation des Konfliktes leisten können. Die Vereinten Nationen haben dazu beigetragen, dass die direkten Gespräche zwischen den beiden Volksgruppen über die Jahre hinweg eine Fortsetzung gefunden haben.

Auch eine Lösung war 1974 bereits in greifbarer Nähe. Jedoch scheiterten diese am Widerstand jener griechisch-sprachigen Zyprioten und Griechen, die um jeden Preis einen Anschluss Zyperns an Griechenland erreichen wollten.

Zu kritisieren an der policy der Vereinten Nationen zu dieser Zeit bleibt jedoch, dass sie mehr für den Schutz der türkisch-sprachigen Zivilbevölkerung hätte tun müssen. Dies hätte meiner Ansicht nach auch einen positiven Einfluss auf die Konsolidierung zur Lösung des Konfliktes gehabt.

Obwohl die UN-Friedenstruppe UNFICYP machtlos gegen die gewaltvollen Auseinandersetzungen auf der Insel Zypern war, so spielte sie jedoch eine entscheidende Rolle in der Versorgung der türkisch-zypriotischen Enklaven.

6.3. Die Vermittlungsversuche der UNO 1974 bis 1990

„As has been shown, the 1974 coup and Turkey's intervention marked a watershed in the Cyprus conflict, changing both the physical reality on the ground and the psychological state of the Greek-Cypriot and Turkish-Cypriot communities. Both communities found themselves in a new situation" (Baier-Allen 2004, Seite 91).

Die Teilung der Insel im Jahr 1974 veränderte die Rahmenbedingungen in einem entscheidenden Ausmaß unter denen die Vereinten Nationen eine Lösung des Konfliktes erreichen konnten.

„Unbestreitbar führten die Ereignisse des Jahres 1974 zu einer Stabilisierung des Konfliktes, welcher sich mit der Zeit zu einem, wenn auch suboptimalen, Gleichgewicht einpendelte, das durch die physische Trennung der beiden Seiten und die Stationierung von UN-Truppen entlang der Pufferzone aufrechterhalten werden konnte“ (Edlinger 2006: Seite 46).

Wie bereits erwähnt blieb auch für die internationale Gemeinschaft die griechisch-zypriotische Regierung die einzig rechtmäßige Vertretung der Insel und der türkisch-zypriotische Nordteil konnte bis heute international keine Anerkennung finden.

Auch das Verhältnis der beiden Volksgruppen der Insel, zu ihren jeweiligen Mutterländern, veränderte sich nach 1974 nachhaltig. Durch die internationale Isolation und Nicht-Anerkennung Nord-Zyperns bedingt, wurde auch die Bindung zwischen den türkisch-sprachigen Zyprioten und der Türkei, aus der Notwendigkeit heraus, stärker. Ab 1974 übernahm die Türkei eine Art Schutzmachtfunktion für die türkisch-zypriotische Gemeinde.

Wegen der Ereignisse des Jahres 1974 und dem Putschversuch gegen Makarios, welchen Athen unterstützte, kam es zu einer deutlichen Verschlechterung der Beziehung zwischen den griechisch-sprachigen Zyprioten und Griechenland. Viele griechisch-sprachige Zyprioten fühlten sich durch den Putsch gegen Makarios von der griechischen Seite betrogen. Auch die Enosis-Idee wurde nach der Teilung der Insel von den griechisch-sprachigen Zyprioten endgültig aufgegeben. Griechenlands Außenpolitik veränderte sich zu diesem Zeitpunkt und von nun an galt der Slogan 'Nikosia entscheidet und Athen unterstützt'. (vgl. Baier-Allen 2004: Seite 89f.).

„Am 1. November 1974 beschloss die UN-Generalversammlung einstimmig »den schnellen Abzug aller ausländischen Streitkräfte aus Zypern, die Beendigung jeder ausländischen Einmischung und die Rückkehr aller Flüchtlinge in ihre Heimatstätten«. Wie viele andere in der Vergangenheit wurde auch diese Resolution nicht befolgt, Einheiten der türkischen Armee

sind bis heute auf der Insel stationiert. (...) Die Türkei, die in der ersten Phase der Intervention bei ihrem Vorgehen die Zustimmung der internationalen Gemeinschaft genossen hatte, wurde nach der Besetzung Nordzyperns zunehmend isoliert“ (Gülbeyaz 2004: Seite 160f.).

Obwohl die Militäraktion der Türkei ein Ende der gewaltvollen Auseinandersetzungen auf Zypern zur Folge hatte und es zu keinen weiteren Gefechten zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen Zyperns mehr kommen konnte, erschwerte dieses Handeln ein Konsens im Konflikt auf internationaler Ebene zu erreichen.

Im März 1975 bekräftigte der UN-Sicherheitsrat den Inhalt der Resolution vom 1. November 1974 und ein damit verbundenes politisches Vorgehen. Außerdem erteilte der Sicherheitsrat der einseitigen Entscheidung der türkisch-sprachigen Zyprioten eine Absage, in welcher diese erklärten, dass im Norden der Insel ein föderalistischer Staat entstehe und die Verhandlungen auf gleichberechtigter Basis der beiden Teile fortlaufen würden.

Der UN-Sicherheitsrat forderte die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen dazu auf, die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Republik Zypern zu wahren (vgl. Dodd 2010: Seite 131).

Am 28. April 1975 begannen in Wien Verhandlungen zwischen den beiden Volksgruppen unter der Schirmherrschaft des UN-Generalsekretärs Kurt Waldheim.

Die Gesprächspartner waren Glafkos Klerides und Rauf Denktas, welche innerhalb der kommenden zwei Jahre zu fünf Gesprächen zusammenkamen, deren Ziel eine Annäherung der beiden Seiten war (vgl. Vanezis 1977: Seite 92).

Im Jahr 1975 wurde auf internationaler Ebene vermehrt Druck auf die Türkei ausgeübt, da ein Großteil der internationalen Gemeinschaft zunehmend mit der Sichtweise der griechisch-sprachigen Zyprioten sympathisierte, was jedoch wenig Einfluss auf den Verlauf der Gespräche hatte.

In den Wiener Gesprächen wurden keine nennenswerten Kompromisse beziehungsweise Lösungen erreicht, außer einer Einigung in der Frage eines

anstehenden Bevölkerungsaustausches zwischen den beiden Teilen. Dieser ermöglichte türkisch-sprachigen Zyprioten, welche im Süden der Insel waren, in den Nordteil der Insel zu gelangen und griechisch-sprachigen Zyprioten den umgekehrten Weg einzuschlagen (vgl. Gülbeyaz 2004: Seite 166).

6.3.1. Das historische Abkommen von 1977

Nachdem die Wiener Verhandlungen erfolglos zu einem Ende kamen, gab es wenig Hoffnung eine Lösung des Konfliktes voranzutreiben. Jedoch überzeugte der Vertreter des UN-Generalsekretärs in Zypern, Perez de Cuellar, Denktas davon, Makrios einen Brief zu schreiben, in welchem er mit diesem ein Treffen forderte, um das Zypernproblem nochmals zu besprechen. Makarios war einverstanden und so fand das erste Treffen zwischen ihnen am 27. Jänner 1977 statt (vgl. Dodd 2010: Seite 134).

„During a high-level meeting between Makarios and Denktas in February 1977, for the first time, a tangible set of guidelines for negotiations were agreed:

1. We are seeking an independent, non-aligned, bi-communal, federal Republic;
2. The territory under the administration of each community should be discussed in the light of economic viability or productivity and land-ownership;
3. Questions of principles like freedom of movement, freedom of settlement, the right of property and other specific matters are open for discussion by taking into consideration the fundamental basis of a bi-communal federal system and certain practical difficulties which may arise for the Turkish Cypriot community;
4. The powers and functions of the central federal government will be such as to safeguard the unity of the country, having regard to the bi-communal character of the State” (Baier-Allen 2004: Seite 92).

Diese Richtlinien stellen einen historischen Durchbruch in den Verhandlungen zwischen den beiden Seiten dar und es ist der Initiative der Vereinten Nationen zu verdanken, dass es zu diesem Kompromiss zwischen Makarios und Denktas gekommen ist.

Die policy der Vereinten Nationen beziehungsweise des UN-Generalsekretariats sah vor, immer wieder direkte Verhandlungen zwischen den beiden Konfliktparteien zu organisieren und diese nicht zu einem Stillstand kommen zu lassen.

Diese vier Richtlinien sollten die Rahmenbedingungen für zukünftige Verhandlungen zwischen den beiden Volksgruppen bilden. Trotzdem gab es in den darauffolgenden Jahren keinen nennenswerten Fortschritt bei den interkommunalen Verhandlungen. Man kann sagen, dass die vier aufgestellten Richtlinien von den beiden Gruppen unterschiedlich verstanden und ausgelegt wurden.

Die griechisch-sprachigen Zyprioten wollten einen Großteil der Kompetenzen auf der Ebene des Gesamtstaates verwirklicht haben, in welchem diese aufgrund ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit eine starke Mehrheit bilden würden. Im Unterschied hierzu schwebte den türkisch-sprachigen Zyprioten eine Föderation vor, in der der Zentralstaat nur über beschränkte Kompetenzen verfüge und in dem beide Seiten als gleichwertige Partner agieren würden (vgl. Dodd 2010: Seite 136).

„In seinem Bericht an den Sicherheitsrat am 31. Mai 1978 stellte der Generalsekretär fest, dass die Beibehaltung von UNFICYP notwendig ist, um die gefährliche Situation kontrollieren zu können, den Waffenstillstand aufrechtzuerhalten, den status quo beizubehalten und Zwischenfälle (...) zu lösen“ (Lugert 1993: Seite 61).

Ein Einsatz der friedenssichernden Truppen der UNO war also weiterhin notwendig, da, trotz des historischen Kompromisses keine Einigung zwischen den beiden zypriotischen Volksgruppen erreicht werden konnte.

6.3.2. Ära der ergebnislosen Verhandlungen

„At the beginning of the 1980s, both communities were entrenched in their positions with seemingly little room for negotiation. Undeterred, the UN made a persistent effort of keeping the inter-communal talks process going“ (Baier-Allen 2004: Seite 93).

Im Jahr 1981 kam es zu einer Verhärtung in den gegenseitigen Positionen. Neben den gescheiterten interkommunalen Gesprächen, kam in Griechenland mit Andreas Papandreou ein weiterer Hardliner an die Macht. Dieser unterstützte die griechisch-zypriotische Führung in ihren Bemühungen den Konflikt zu internationalisieren. Die griechisch-sprachigen Zyprioten versuchten ihren Status als einzig legitime Führung der Insel in sämtlichen internationalen Foren auszuspielen und so einen Vorteil in den Verhandlungen zu erreichen.

Die griechisch-zypriotische Führung konnte mit dieser Strategie durchaus Erfolge im Bereich der internationalen Beziehungen erzielen, was zur Folge hatte, dass sich die Position der türkisch-sprachigen Zyprioten zunehmend verhärtete.

Schließlich wurde als Reaktion am 15.11.1983 die Unabhängigkeit der Türkischen Republik Nord-Zypern proklamiert. Die neu gegründete Republik fand jedoch international keine Anerkennung (vgl. Edlinger 2006: Seite 49).

„Auch der Sicherheitsrat verurteilte die Ausrufung der unabhängigen Republik in Nordzypern in einer Resolution als illegal und rief die Staatengemeinschaft auf, die TRNZ nicht anzuerkennen. (...) Doch auch wenn der TRNZ die Eigenstaatlichkeit abgesprochen wird, ist sie dennoch mehr oder etwas anderes als ein völkerrechtliches Nichts“ (Gülbeyaz 2004: Seite 171f.).

Für dieses Problem hätten die Vereinten Nationen, meiner Ansicht nach, eine geeignetere Lösung finden müssen. Schließlich war die Ausrufung der Türkischen Republik Nord-Zypern das Produkt neun Jahre ergebnisloser Verhandlungen zwischen den beiden Volksgruppen nach der Teilung der Insel.

„For the Turkish Cypriots, Turkey’s intervention brought physical security and an end on an oppressed and deprived life in enclaves. After ten years, they were now once again able to build a more prosperous future. As a result, they had a strong incentive to preserve their newly won position, especially their security, and defend it at the negotiating table” (Baier-Allen 2004: Seite 92).

Nachdem die türkisch-sprachigen Zyprioten zwischen 1963 und 1974 in Enklaven zurückgedrängt leben mussten, ist es verständlich, dass sie ihre neue Freiheit nicht aufgeben, sondern weiter ausbauen wollten.

Die türkisch-zypriotische Führung wollte ihr Selbstbestimmungsrecht als Volk realisiert wissen. Im Gegensatz hierzu nahm die griechisch-zypriotische Regierung Kurs auf Europa. Ein Schritt der als ein weiterer Versuch einer Internationalisierung des Zypernkonfliktes gewertet werden kann.

Bis in die Gegenwart ist es ein wesentliches Ziel der griechisch-zypriotische Seite geblieben, eine internationale Anerkennung der Türkischen Republik Nordzypern zu verhindern. Die unterschiedliche Entwicklung der beiden Inselteile und die Unnachgiebigkeit der Konfliktparteien in ihren Forderungen führte zu einer Verfestigung des Status quo (vgl. Edlinger 2006: Seite 49f.).

In den kommenden Jahren gab es immer wieder Verhandlungen zwischen den beiden Seiten. Die Rahmenvorschläge entstanden unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen. Deren Generalsekretär Perez de Cuellar war sehr bemüht zwischen den Jahren 1984 und 1986 eine Lösung des Konfliktes herbeizuführen.

Den Plan den dieser auf Basis griechisch-zypriotischer Forderungen ausgearbeitet hatte, sah im Groben vor, die tote Stadt Varosha unter die Kontrolle der UNO zu stellen und die türkischen Truppen von der Insel abziehen. Außerdem hatte im Plan eine Versöhnung sowie Kooperation der beiden Volksgemeinschaften einen großen Stellenwert, in welchem den türkisch-sprachigen Zyprioten 25 Prozent der Inselfläche und eine „bedeutende

Autonomie“ zugestanden wurden. Jedoch lehnten Denktas und Ankara diesen Plan ab.

Im Juni 1984 bewegte sich Denktas zunächst auf die griechisch-zypriotische Führung zu und schlug ihnen eine Beendigung ihrer nordzypernfeindlichen Kampagne in den internationalen Foren vor. Im Gegenzug würde er nicht mehr um die Anerkennung der Türkischen Republik Nordzypern kämpfen.

Im September 1984 verhandelten Klerides und Denktas in New York und waren kurz davor eine Einigung zu erzielen. Dieser Vertrag hätte im Jänner 1985 unterzeichnet werden sollen, jedoch machte diesmal Klerides im letzten Moment doch noch einen Rückzieher (vgl. Gülbeyaz 2004: Seite 172f.).

In den darauffolgenden Jahren wurde auch keine Einigung in den Verhandlungen erreicht. Obwohl Ende der 1970er Jahre ein historischer Kompromiss zwischen den beiden Volksgruppen erreicht wurde, welcher eine bi-zonale und bi-kommunale Föderation vorsah, konnten sich die griechisch-sprachigen und die türkisch-sprachigen Zyprioten schlussendlich nicht einigen. Beide Seiten interpretierten die Richtlinien für eine Lösung möglichst nah an ihren eigenen Idealen, im griechisch-zypriotischen Fall an einem Einheitsstaat und im türkisch-zypriotischen Fall an einer Konföderation. Laut Susanne Baier-Allen gab es in der Realität, auf beiden Seiten, während der Verhandlungen nie den Raum für ernsthafte und endgültige Zugeständnisse (vgl. Baier-Allen 2004: Seite 96).

„In twenty-six years of involvement, the UN proved powerless to bridge an ever-widening gap between the two communities“ (Baier-Allen 2004: Seite 96).

Ich schließe mich der Meinung der Autorin an. Die Vereinten Nationen haben es zwar über die Jahrzehnte hinweg geschafft, direkte Gespräche zwischen den beiden Konfliktparteien zu initiieren, jedoch zeigten sich die Vereinten Nationen machtlos darin, eine nachhaltig positive Annäherung der beiden Volksgruppen zu erwirken.

6.4. Die Vermittlungsversuche der Vereinten Nationen 1991 bis 2004

Bevor sich das Verhältnis zwischen den beiden zypriotischen Volksgruppen wieder zunehmend verschlechtern sollte, gab es noch eine wesentliche Initiative der Vereinten Nationen zu Beginn der 90er Jahre.

Im Juli 1992 kam es in New York erneut zu direkten Gesprächen zwischen der griechisch-zypriotischen und der türkisch-zypriotischen Führung unter der Ägide vom neuen UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali. Dieser legte den beiden Konfliktparteien eine Verhandlungskarte vor, nach welcher die türkisch-sprachigen Zyprioten 28 Prozent der Inselfläche bekommen sollten.

Demnach hätten die Städte Morphou, im Westen der Insel gelegen, und Varosha, im Osten der Insel gelegen, an die griechisch-sprachigen Zyprioten abgetreten werden sollen (vgl. Gülbeyaz 2004: Seite 174).

Auch diesmal konnte keine Einigung zwischen den Konfliktparteien erreicht werden.

„In seinem Bericht konstatierte Boutros-Ghali ‚a deep crisis of confidence‘ zwischen den beiden Seiten, auf die er mit der Ausarbeitung von acht vertrauensbildenden Maßnahmen reagierte. (...) Doch auch die Gespräche von Februar bis April 1994, trotz vorheriger prinzipieller Einigung, über die Implementierung vertrauensbildender Maßnahmen scheiterten an den Details und altbekannten Problemen der Anerkennung der Souveränität“ (Edlinger 2006: Seite 73f.).

Die Initiative von Boutros-Ghali brachte also keinen Erfolg mit sich und für die nächsten Jahre gab es keine positive Annäherung zwischen den griechisch-sprachigen und den türkisch-sprachigen Zyprioten.

Drei Jahre nach der Initiative von Boutros-Ghali kam es im Jahr 1997 erneut zu Verhandlungen unter der Schirmherrschaft des neuen UN-Generalsekretärs Kofi Annan. Diese Gespräche sind das Produkt einer großen Initiative, an der die Vereinigten Staaten, Rußland, die UNO und die Europäische Union beteiligt waren, zur Lösung des Konfliktes. Ziel war es eine Einigung zu erreichen,

bevor die Europäische Union direkte Beitrittsverhandlungen mit der Republik Zypern beginnen werde (vgl. Baier-Allen 2004: Seite 186).

„Dabei drohte Denktas die Verhandlungen abubrechen, wenn die griechisch-zypriotische Führung Beitrittsverhandlungen mit der EU aufnähme. Von der EU forderte er, dass sie bis Ende 1997 auf Beitrittsverhandlungen mit der griechisch-zypriotischen Regierung verzichte. Die Verhandlungen wurden ergebnislos abgebrochen“ (Gülbeyaz 2004: Seite 176).

Selbst die Versuche des UN-Generalsekretärs die zwei Konfliktparteien zu einer Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung zu überreden, scheiterten. Im März 1998 wurden die Beitrittsverhandlungen der EU mit der Republik Zypern begonnen. Von nun lehnte Denktas alle weiteren Gespräche mit der griechisch-zypriotischen Führung ab (vgl. Edlinger 2006: Seite 79).

Auf politischer Ebene gab es in den darauffolgenden Jahren keine Annäherung der beiden Seiten, im Gegenteil es herrschte Funkstille. Am 16. Jänner 2002 beschlossen die beiden alten Herren der Zypernpolitik, Glafkos Klerides und Rauf Denktas, unter der Leitung des UN-Generalsekretärs Kofi Annan erneut direkte Gespräche miteinander zu führen (vgl. Gülbeyaz 2004: Seite 176).

Die ersten Besprechungen waren vielsprechend, da Klerides und Denktas ohne Verzögerung die zentralen Themen einer Wiedervereinigung zu besprechen begannen. Jedoch zeichnete sich bereits zur zweiten Gesprächsrunde ab, dass beide Konfliktparteien wieder die gewohnten Differenzen in den Vordergrund stellen würden. Beide Seiten hielten an ihren festgefahrenen Positionen fest, welche sich um den konstitutionellen beziehungsweise den politischen Aufbau eines wiedervereinigten Zyperns drehten.

In der dritten Sitzung wies Denktas eine gewisse Flexibilität auf, indem er meinte, dass sein partnerschaftliches Modell nicht im Widerspruch zu einem zypriotischen Einheitsstaat steht. Für Denktas war Belgien ein passendes Beispiel hierfür. Trotzdem wollte sich die griechisch-zypriotische Seite nicht auf eine Annäherung in dieser Thematik einlassen.

Diese argumentierten, dass die Vorschläge von Denktas trotzdem auf zwei getrennte Staaten hinauslaufen würden. Bis zum Endtermin der Verhandlungen im Juni gab es, wie zu erwarten, keine Einigung zwischen den beiden Seiten (vgl. Baier-Allen 2004: Seite 196f.).

„The persistence of the UN in trying to broker a deal, backed principally by the United States and the United Kingdom, was demanded by the forthcoming well nigh inevitable acceptance of Cyprus into the European Union at the Copenhagen Summit in December 2002” (Dodd 2010: Seite 218).

Die anhaltenden Vermittlungsversuche der Vereinten Nationen in dieser Zeitspanne waren eng mit dem geplanten EU-Beitritt Zyperns verbunden. Das erklärte Ziel war es eine Lösung des Zypernkonfliktes zu erreichen, bevor die Insel der EU beitreten würde. Aus diesem Grund versuchte man erneut eine Mediation des Konfliktes über das Forum der Vereinten Nationen zu bewerkstelligen.

6.5. Der Annan-Plan

Der Annan-Plan ist ein von den Vereinten Nationen ausgearbeiteter Plan, welcher sowohl den Aufbau eines neuen zypriotischen Staates festlegt als auch einige Übergangsbestimmungen enthält.

Dieser ist sehr detailliert und umfassend und zählt sicherlich zu den bedeutendsten Beiträgen der Vereinten Nationen eine Lösung des Zypernkonfliktes zu erreichen. In seiner Ausarbeitung wurden Anleihen aus der belgischen und der schweizerischen Verfassung genommen (vgl. Edlinger 2006: Seite 118).

„The first point to make about the UN Plan is that it was very different from previous UN plans. The Draft framework Agreement and the Set of Ideas essentially sought to modify the 1960 constitution. (...) Annan plan moved from an attempt to modify the 1960 Constitution chiefly by locating a solution within the framework of the European Union. (...) In the new globalized world

nationalism was rightly considered to be both dangerous and unnecessary. (...) In the case of a divided society like that of Cyprus it meant that a solution needed to find means of toning down national animosities" (Dodd 2010: Seite 223f.).

Neben den Anleihen des Annan Plans aus der belgischen und der schweizerischen Verfassung ist dieser in großen Zügen an der Verfassung von 1960 orientiert. Außerdem versucht dieser eine Lösung des Zypernkonfliktes durch den Beitritt zur Europäischen Union zu erreichen.

Für Clement Dodd spielt der Hintergrund einer globalisierten Welt auch für die Lösungsvorschläge im Annan-Plan eine tragende Rolle, da Nationalismen als gefährlich und unwichtig gesehen werden. Der Annan-Plan versucht daher nationalistische Feindseligkeiten zwischen den beiden Volksgruppen zu entschärfen, um eine Wiedervereinigung der Insel herbeizuführen.

Der Annan-Plan sieht vor, dass die Vereinte Republik Zypern einen unabhängigen, souveränen Staat mit ungeteilter internationaler Rechtspersönlichkeit bildet, bestehend aus zwei Teilstaaten. Der neugegründete Staat würde auf dem Prinzip der Gleichheit der griechisch-sprachigen und türkisch-sprachigen Zyprioten beruhen. Außerdem würden beide Teilstaaten einen gleichwertigen Status erhalten und ihre Kompetenzen in souveräner Art und Weise ausführen. Jene Kompetenzen, die nicht durch die Verfassung Aufgabe des Bundes sind, fallen in den Kompetenzbereich der beiden Teilstaaten (vgl. Edlinger 2006: Seite 119).

An der Spitze der Vereinten Republik Zypern soll ein sechsköpfiger Präsidialrat stehen, der aus vier griechisch-sprachigen Zyprioten und zwei türkisch-sprachigen Zyprioten bestehen würde. International soll dieser von einem Präsidenten vertreten werden, um mit einer Stimme zu sprechen.

Für zwanzig Monate würde ein griechisch-sprachiger Zypriot dieses Amt ausüben, danach käme für zehn Monate ein türkisch-sprachiger Zypriot. Unter einem griechisch-sprachigen Präsidenten sollte dann ein türkisch-sprachiger Vize-Präsident dienen und umgekehrt (vgl. Gülbeyaz 2004: Seite 186).

„Die Einführung eines ‘Presidential Council’ bildet eine wesentliche Neuerung des Annan-Plans zu vorangegangenen UN Plänen, die meist, (...), einen Präsidenten und einen Stellvertreter aus der anderen Bevölkerungsgruppe vorgesehen hatten. Der Annan-Plan nahm die Forderung der türkischen Zyprioten nach einer rotierenden Präsidentschaft auf, verringerte aber gleichzeitig mit Einführung des Rates die Bedeutung des Amtes“ (Edlinger 2006: Seite 120).

Der Annan Plan sieht ein Regierungssystem vor, dass die politische Gleichheit der beiden Volksgruppen gewährleisten soll, um die Dominanz einer Volksgruppe in den politischen Bereichen zu verhindern. Außerdem spielt im Annan-Plan die Entmilitarisierung der Insel eine Rolle. Die Militärkontingente der Garantiemächte Türkei und Griechenland sollen demnach schrittweise von der Insel abgezogen werden. Trotzdem sollten Großbritannien, Griechenland und die Türkei weiterhin als Garantiemächte der Insel fungieren (vgl. Gülbeyaz 2004: Seite 187).

Zur Konfliktbeilegung, zwischen den beiden Teilstaaten beziehungsweise der Bundesregierung, sieht der Annan-Plan einen obersten Gerichtshof vor, dem Richter aus beiden Teilstaaten und auch nichtzypriotische Richter angehören würden. Der Oberste Gerichtshof würde unter bestimmten Umständen auch die Möglichkeit haben, interimistische Entscheidungen zu treffen, um das Funktionieren von Institutionen des Staatsapparates nicht zu gefährden (vgl. Edlinger 2006: Seite 120).

Der Annan-Plan ist als ausgewogen zu bewerten, da er beiden Seiten gewisse Zugeständnisse abverlangt, jedoch einen umsetzbaren Kompromiss für eine Wiedervereinigung der Insel bildet. Außerdem stellt der Plan eine vernünftige Möglichkeit für die Bevölkerung der Insel dar, friedlich zusammenzuleben, ohne dass die Mehrheit die Minderheit dominieren würde.

„Der UN-Plan ist durchaus realistisch, verlangt aber von beiden Seiten Zugeständnisse in grundlegenden Fragen. Die Verhandlungsführer der Inseltürken müssten auf ihre Hauptforderung, die Anerkennung des einseitig ausgerufenen türkischen Staates im Norden der Insel, und auf einige Gebiete

verzichten, und die Inselgriechen müssten die Macht mit der Gegenseite als gleichberechtigte Partner teilen“ (Gülbeyaz 2004: Seite 191).

Dass der neu gegründete Staat, die Vereinte Republik Zypern, ein Mitglied der Europäischen Union sein würde, ist ein wichtiger Umstand. Dies bedeutet nämlich, dass ein Großteil der Gesetzgebung nicht in Zypern sondern in Brüssel passieren würde. Dies hätte zur Folge, dass gewisse Spannungsfelder in der Legislative zwischen den beiden Volksgruppen entschärft wären.

Eine weitere wichtige Auswirkung hätte die Tatsache, dass laut EU-Norm jeder EU-Bürger das Recht hat frei im gesamten Gebiet der Europäischen Union zu wohnen und zu arbeiten.

Obwohl dies der Annan-Plan temporär verhindert hätte, würde diese Gegebenheit früher oder später zum tragen kommen. Dadurch würde die Autonomie, welche eine Hauptforderung der türkisch-zypriotischen Seite war, langfristig sicherlich untergraben werden (vgl. Dodd 2010: Seite 224).

Der Annan-Plan wurde weiter ausgearbeitet und kam schließlich in seiner fünften und letzten Version zur Abstimmung durch die Bevölkerung der Insel. Am 24. April 2004 kam es in beiden Landesteilen der Insel zu getrennten Referenden, um über eine Annahme des Annan-Plans zu entscheiden.

Ein Großteil der türkisch-sprachigen Zyprioten, nämlich 76,8%, stimmten mit ‚Ja‘. Im Unterschied hierzu wurde der Plan von den griechisch-sprachigen Zyprioten mit einer deutlichen Mehrheit von 64,9% der Stimmen abgelehnt.

Dies hatte zur Folge, dass am 1. Mai 2004 nur der südliche Teil Zyperns der Europäischen Union beigetreten ist. Somit ist von diesem Zeitpunkt an der Zypernkonflikt auch ein Problem der EU geworden.

Nach jahrzehntelangen Verhandlungen mit Misserfolgen und Rückschritten schien man diesmal so kurz davor den historischen Durchbruch endlich zu schaffen. Trotzdem kam es in Folge zu diesem enttäuschenden Ergebnis (vgl. Edlinger 2006: Seite 97).

„After the referenda Günther Verheugen said, ‘I feel cheated by the Greek Cypriot Government’. The UN Secretary-General described the South’s

rejection as a major setback. (...) He called upon the Security Council, in the meantime, to give a lead to all states to help eliminate the unnecessary restrictions and embargoes on the North" (Dodd 2010: Seite 253).

Die Reaktionen über den Ausgang der Referenden von Seiten der UNO beziehungsweise der EU waren der griechisch-zyprischen Seite gegenüber durchaus vorwurfsvoll formuliert. Der UN-Generalsekretär riet dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sogar dazu, die Restriktionen beziehungsweise das Embargo gegenüber Nord-Zypern aufzuheben oder zu lockern.

„Schon im Anschluss (...) hatte Annan wiederholt versucht darauf hinzuweisen, dass bei einem negativen Ausgang realistischer Weise auf lange Zeit keine bessere Lösung zu erwarten wäre“ (Edlinger 2006: 101).

Durch den einseitigen EU-Beitritt Süd-Zyperns wurde in den kommenden Jahren das Zypernproblem immer mehr zu einem Problem der Europäischen Union. Die Vereinten Nationen hatten in der Mediation des Zypernkonfliktes aber immer noch einen entscheidenden Stellenwert.

6.6. Die Vermittlungsversuche der Vereinten Nationen nach dem Scheitern des Annan-Plans

Nach dem Scheitern des Annan-Plans ist durchaus eine Änderung in der Policy der UNO erkennbar, obwohl das Hauptaugenmerk der Vereinten Nationen weiterhin auf der Mediation des Konfliktes lag.

„In the post-referendum period, the UN has recognized that it would be useful to strengthen civil society and implement some transitional justice approaches. Greater focus in these fields would bridge the long-acknowledged gap between track-one peacemaking and track-two peacebuilding. The EU, in close cooperation with the UN, is now more concertedly funding projects in Cyprus that develop civil society on both sides of the island, (...)“ (Yakinthou 2009: Seite 245).

Im Jahr 2006 sahen die Vereinten Nationen wieder die Möglichkeit einen Fortschritt in der Zypernfrage erreichen zu können. Aus diesem Grund wurde im Mai desselben Jahres wieder ein spezieller Gesandter von der UNO ernannt, nämlich Ibrahim Gambari, der sich der Zypernfrage annehmen sollte.

Dieser veranlasste ein Treffen zwischen den beiden Konfliktparteien, die sich dann im Juli 2006 auch auf fünf Richtlinien einigen konnten, welche für die kommenden Verhandlungen handlungsleitend sein sollten.

Die Vertreter der beiden Volksgruppen stimmten einem wiedervereinigten Zypern zu, welches eine bi-zonale und bi-kommunale Föderation werden sollte. Außerdem stimmten diese zu, vertrauensbildende Maßnahmen zu ergreifen und sich auch Fragen zu widmen, welche Auswirkungen auf das alltägliche Leben haben. Trotz dieser Übereinkünfte wurde auch in diesen Verhandlungen kein nennenswerter Fortschritt erreicht.

Im Dezember 2007 berichtete der UN-Generalsekretär, dass gegenseitige Anschuldigungen auf beiden Seiten den Fortschritt in den Verhandlungen untergraben.

Am 28. April 2008 wurden erneut Gespräche zwischen den beiden Seiten aufgenommen, mit dem Ziel zuallererst die wesentlichen konstitutionellen Fragen zu klären. Am 23 Mai legten sich griechisch- und türkisch-zypriotische Vertreter erneut darauf fest, eine bi-zonale und bi-kommunale Föderation mit politischer Gleichheit anzustreben, wie es in den relevanten Resolutionen des UN-Sicherheitsrates bereits definiert wurde und die Gültigkeit der fünf Richtlinien aus dem Jahr 2006 bestätigt. Auch diese Runde der Gespräche stand unter der Beobachtung der Vereinten Nationen. Auch diesmal konnte keine Annäherung der beiden Seiten erreicht werden (vgl. Dodd 2010: Seite 260ff.).

Die interkommunalen Gespräche unter der Leitung der Vereinten Nationen dauern bis heute an. Obwohl die Vermittlungsversuche der UNO keine Lösung des Konfliktes mit sich führten, so ist doch eine Veränderung der Herangehensweise der UNO nach dem Referendum von 2004 zu erkennen. In Zusammenarbeit mit der EU sind die Vereinten Nationen nun stärker um eine

Zusammenführung der beiden Volksgruppen auf ziviler Ebene bemüht, was aber eher Aufgabe der Europäischen Union zu sein scheint.

6.7. Conclusio

Die Vereinten Nationen stellen einen der entscheidendsten Akteure dar, welcher in den Zypernkonflikt, von seinem Beginn an, involviert war. Dazu hat die UNO den Verlauf des Zypernkonfliktes, durch ihre politischen Entscheidungen, maßgeblich mitgeprägt.

Bereits im Jahr 1964, vier Jahre nach der Unabhängigkeitswerdung der Insel Zypern, verabschiedete die UNO ihre erste Resolution zum Zypernkonflikt, welche als Folge der gewaltvollen Auseinandersetzungen zwischen den beiden zypriotischen Volksgruppen zu sehen ist, denen hauptsächlich türkischsprachige Zyprioten zum Opfer gefallen sind.

In der Resolution 186 wird der Einsatz der UN-Friedenstruppe UNFICYP festgelegt. Die Entsendung friedenserhaltender Truppen braucht eine Bewilligung durch die Regierung des Gastlandes. Dadurch wurde in dieser Resolution der Grundstein dafür gelegt, dass die nur mehr aus griechischsprachigen Zyprioten bestehende Regierung als einzig legitime Vertretung der Bevölkerung der Insel gesehen wurde. Die griechisch-zypriotische Regierung musste sich auch nicht für ihr Vorgehen gegen die türkischsprachige Zivilbevölkerung vor den Vereinten Nationen rechtfertigen. Diese Entscheidung hat die Zypernpolitik der Vereinten Nationen bis in die Gegenwart entscheidend geprägt.

Aus diesem Grund hätte meiner Ansicht nach die UNO ihre policy im Zypernkonflikt verändern müssen. Nicht nur dem Südteil der Insel eine international anerkannte Staatlichkeit zuzusprechen, sondern auch der TRNZ, hätte als Folge gleiche Voraussetzungen für beide auf der Insel lebenden Volksgruppen geschaffen.

Die policy der UNO, bezogen auf den Zypernkonflikt, bestand hauptsächlich aus zwei wesentlichen Bereichen. Zum einen wäre die Entsendung von friedenssichernden Truppen zu nennen, die bis in die Gegenwart auf Zypern stationiert sind. Zum anderen spielt die UNO bis in die Gegenwart eine tragende Rolle in der Mediation des Konfliktes. Seit der Teilung der Insel waren die Vereinten Nationen sehr bemüht darum, die beiden zypriotischen Volksgruppen immer wieder zu Verhandlungen miteinander zu motivieren, um eine Wiedervereinigung der beiden Inselteil zu erreichen.

Meiner Ansicht nach schafften es die Vereinten Nationen jedoch nicht, genügend Anreize für die griechisch-zypriotische Seite zu schaffen, um eine Lösung des Konfliktes herbeizuführen, wie auch der Ausgang des Referendums über den Annan Plan aus dem Jahre 2004 bestätigt.

Während die international nicht anerkannte TRNZ bis heute mit starken wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hat und die Bevölkerung somit großes Interesse an einer Wiedervereinigung der Insel hat, gab es für die griechischsprachigen Zyprioten keine stichhaltigen Gründe für eine Wiedervereinigung zu stimmen. Diese erhofften sich zu einem späteren Zeitpunkt eine für sie günstigere Lösung erreichen zu können.

Die Vereinten Nationen waren bis ins Jahr 2004 nicht gewillt, die gewählten policies zu überdenken und schließlich zu verändern, um einen nachhaltigen Fortschritt in der Mediation des Konfliktes zu erreichen. In den interkommunalen Verhandlungen zeigten beide Konfliktparteien zwar den Willen eine Lösung zu erreichen, jedoch ist über die Jahrzehnte hinweg kein wirklicher Fortschritt ersichtlich.

7. Zypern und die Europäische Union

7.1. Die Beziehungen der EG/EU und Zypern 1972 bis 1990

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Zypern reichen bis in die 60er des 20. Jahrhunderts zurück. Diese waren stark mit wirtschaftlichen Interessen verbunden. Nach der Unabhängigkeit der Insel blieb die zypriotische Wirtschaft stark vom britischen Markt abhängig, da zu dieser Zeit ein Großteil der Erzeugnisse Zyperns nach Großbritannien exportiert wurde.

Der EWG-Beitrittsantrag der Republik Zypern aus dem Jahre 1962 ist also aus ökonomischen Überlegungen heraus entstanden und eine Reaktion auf die Bewerbung der Briten im Jahr zuvor (vgl. Baier-Allen 2004: Seite 97).

Aus diesem Grund ist es nicht verwunderlich, dass mit dem Veto de Gaulles gegen Großbritannien auch die Beitrittsbestrebungen Zyperns nachließen. Im Jahr 1970 wurden diese, gleichzeitig mit Großbritannien, wieder aufgenommen. Im Unterschied zu 1962 waren jedoch keine Vertreter der türkisch-sprachigen Zyprioten in der Regierung beziehungsweise in anderen Institutionen des Staates vertreten. Trotz dieses Umstandes wurde am 19. Dezember 1972 das Assoziierungsabkommen unterschrieben (vgl. Edlinger 2006: Seite 55).

„The Association Agreement between Cyprus and the European Community was signed in 1972. The agreement underlined the importance which the Community attached to the condition that the Association Agreement should benefit both the Greek and Turkish Cypriot communities. The EEC obligation is to the peoples of Cyprus, and not to the Greek Cypriots alone” (Necatigil 1989: Seite 299).

Ziel des Assoziierungsabkommens war die schrittweise Errichtung einer Zollunion. Im Unterschied zu den Assoziierungsabkommen welche die EWG

mit Griechenland und der Türkei abgeschlossen hatte, beinhaltete das Abkommen mit Zypern jedoch keine Erwähnung einer Beitrittsperspektive.

Durch die Ereignisse des Jahres 1974 verzögerte sich die Implementierung des Abkommens sehr entscheidend. Die Europäische Gemeinschaft betonte, dass das Assoziierungsabkommen beiden Bevölkerungsgruppen zugutekommen solle. Aus diesem Grund pochte die EG in den 1970er Jahren auf eine schnellst mögliche Lösung des Konfliktes (vgl. Edlinger 2006: Seite 56).

Der Beitritt Griechenlands in die EG im Jahre 1981 hatte langfristig gesehen sicherlich einen entscheidenden Einfluss auf die Beziehung der EG zu Zypern und dem Zypernkonflikt. Jedoch darf dieser, laut Baier-Allen, in den ersten Jahren der griechischen Mitgliedschaft nicht überschätzt werden, da Griechenland zu dieser Zeit darauf achten musste, sich selbst in der Europäischen Gemeinschaft zu integrieren. Die einseitige Unabhängigkeitserklärung der Türkischen Republik Nordzypern hatte sicherlich einen größeren Einfluss auf die Verschlechterung der Beziehung zwischen der EG und der türkisch-sprachigen Zyprioten.

Die Haltung der Europäischen Gemeinschaft gegenüber dem Zypernkonflikt war also in dieser Zeitspanne durchaus von einer gewissen Konstanz geprägt. Die Verantwortung für die Lösung des Zypernkonfliktes oblag für die EG bei den Vereinten Nationen. Nur im Jahre 1974 beteiligte sich die EG aktiv am Krisenmanagement. Baier-Allen meint hierzu, dass die Initiativen der EG, bezogen auf den Zypernkonflikt, reaktiv waren und sich hauptsächlich auf humanitäre Unterstützung beschränkten (vgl. Baier-Allen 2004: Seite 112).

Dieser Umstand lässt sich auf das Nichtvorhandensein einer effektiven gemeinsamen Außenpolitik der EG zurückführen. Außerdem hatten die meisten Mitgliedstaaten der Gemeinschaft kein spezifisches Interesse an Zypern, mit Ausnahme von Großbritannien und Griechenland. Jedoch war die Sicht Großbritanniens, dass sich die EG aus dem Zypernkonflikt raushalten solle. Daher schaffte es der Zypernkonflikt nur 1974 und 1983 auf die gemeinsame Agenda der Europäischen Gemeinschaft.

Bezogen auf den Zypernkonflikt begnügte sich die EG in dieser Zeitspanne also damit, die Bemühungen des UNO-Generalsekretärs in der Mediation des Konfliktes zu unterstützen. Außerdem brachte die Gemeinschaft in Stellungnahmen wiederholt ihre Unterstützung für eine Wiedervereinigung der Insel entsprechend der UN-Resolutionen zum Ausdruck (vgl. Edlinger 2006: Seite 57).

In Luxemburg wurde schließlich am 19. Oktober 1987 ein Abkommen unterzeichnet, welches die Weichen für Umsetzung der Zollunion zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Zypern stellte (vgl. Gülbeyaz 2004: Seite 183).

Neben den wirtschaftlichen Interessen wollte die griechisch-zypriotische Seite eine Europäisierung des Zypernkonfliktes erreichen, um eine Internationalisierung des Konfliktes am internationalen Parkett zu forcieren.

Diese Skizzierung der Beziehungen zwischen der EG/EU und Zypern soll bestimmte Richtlinien aufzeigen, durch welche auch die Beitrittsverhandlungen geprägt sein werden.

Zum einen ist das der Verzicht der Europäischen Gemeinschaft auf eigene Mediationsversuche im Zypernkonflikt zugunsten der etablierten Mediatorrolle der UNO unter der Ägide des UN-Generalsekretärs. Zum anderen wird auch schon in dieser Zeitspanne offensichtlich, dass das Dilemma zwischen der Gleichbehandlung beider Konfliktparteien und der Anerkennung der griechisch-zypriotischen Regierung als einzig legale Vertretung der Insel zunehmend zugunsten letzterer gelöst wird.

7.2. Der Beitrittsantrag

Am 3. Juli 1990 stellte die Republik Zypern der Europäischen Gemeinschaft einen offiziellen Antrag auf Vollmitgliedschaft. Vertreter der türkischsprachigen Zyprioten und die Türkei protestierten mit Nachdruck gegen diesen Antrag, da die griechisch-zypriotische Regierung kein Alleinvertretungsrecht für die gesamte Insel habe (vgl. Dodd 2010: Seite 167).

Die türkisch-sprachigen Zyprioten argumentierten, dass der bi-kommunale Charakter der Verfassung von 1960 den griechisch-sprachigen Zyprioten nicht das Recht gebe, solch weitreichende Entscheidungen im Namen der ganzen Insel zu treffen. Somit lehnten die türkisch-sprachigen Zyprioten nicht den Antrag per se ab, sondern die Art und Weise der Bewerbung. Die Entscheidung über einen möglichen EG/EU-Beitritt dürfte also erst nach einer Lösung des Zypernproblems getroffen werden.

Es bestand auch durchaus Hoffnung für die türkisch-zypriotische Seite, denn die EG/EU ließ sich drei Jahre Zeit, um eine Stellungnahme zum Beitrittsantrag Zyperns zu verfassen (vgl. Edlinger 2006: Seite 63).

„In der Stellungnahme der EG-Kommission am 30. Juni 1993 hieß es jedoch:

»(...) Die Regierung der Republik Zypern, die von der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten als die alleinige legitime Regierung der Bevölkerung Zyperns anerkannt worden ist, hat den Beitrittsantrag im Namen der gesamten Insel gestellt. (...) Trotz der Proteste seitens der Türkei und der türkischzypriotischen Führung hat die Gemeinschaft entsprechend ihrem bisherigen Standpunkt, der auch mit demjenigen der Vereinten Nationen in der Frage der Rechtmäßigkeit der Regierung der Republik Zypern und der Nicht-Anerkennung der Türkischen Republik Nordzypern übereinstimmt, diesen Antrag als zulässig angesehen und die vertraglich vorgesehenen Verfahren für die Prüfung des Antrags eingeleitet«“ (Gülbeyaz 2004: Seite 184).

Aus der Stellungnahme der Europäischen Gemeinschaft geht also hervor, dass diese den Antrag der Republik Zypern für zulässig erklärt und die Beitrittsverhandlungen, entgegen der Proteste, eröffnen wird. Dieser Schritt setzt die Legitimität der Regierung von Zypern und die Nichtanerkennung der Türkischen Republik Nordzypern voraus.

Die griechisch-sprachigen Zyprioten erwarteten sich durch einen EU-Beitritt mehr Druck auf die Türkei ausüben zu können und dadurch eine günstigere Lösung in den Verhandlungen über eine Wiedervereinigung der Insel erreichen zu können. Auch wenn kein Umschwenken der türkischen und türkisch-zypriotischen Führungen während des Beitrittsprozesses erreicht werden

könnte, so würde ein EU-Beitritt viele Vorteile für die griechisch-sprachigen Zyprioten mit sich bringen. Als Mitglied der Europäischen Union hätte die Republik Zypern die Möglichkeit, die Beitrittsbemühungen von der Türkei durch Vetorechte zu blockieren. Außerdem würde die Ansicht weiter gestärkt werden, dass die griechisch-zypriotische Regierung die einzig legitime und international anerkannte Vertretung der Insel ist. Aus diesem Grund kann der angestrebte EG/EU-Beitritt der Republik Zypern als weitere Bemühung angesehen werden, die Kräfteverhältnisse im Konflikt zu ihren Gunsten zu ändern. Aus diesem Grund waren die politischen Gründe ausschlaggebend dafür, dass alle politischen Parteien in der Republik Zypern den Beitrittsantrag unterstützten (Edlinger 2006: Seite 59f.).

Ein EU-Beitritt der Republik Zypern würde also aus dem Zypernkonflikt ein europäisches Problem machen. Die griechisch-zypriotische Führung erwartete sich auch eine stärkere Unterstützung im Zypernkonflikt von der Europäischen Gemeinschaft zu erhalten als von den Vereinten Nationen, bei welchen die Türkei auch eine Stimme verfüge (vgl. Dodd 2010: Seite 167).

Auch die Europäische Gemeinschaft war sich dessen sicher, dass die Beitrittsverhandlungen eine Katalysatorwirkung im Zypernkonflikt mit sich bringen würden.

„Despite strong protests from Turkish Cypriot authorities, the commission was convinced that Cyprus’s inclusion would enhance security and assist in bringing the two communities closer. (...) The EC admitted that its timing was coincidental, and that it wanted to send »a positive signal« to Cypriots in support of the Secretary-General’s efforts” (Michael 2009: Seite 134).

Was die Mediation des Zypernkonfliktes betrifft, so setzte die EG/EU auf die Vermittlungsversuche der Vereinten Nationen unter der Ägide des UN-Generalsekretärs und startete keine eigenen Versuche, eine Lösung des Konfliktes herbeizuführen.

Nun ist auch die Frage zentral, ob sich die EU eine Mitgliedschaft Zyperns vorstellen kann, ohne zuvor eine Lösung des Zypernkonfliktes zu erreichen. Schließlich würde die endgültige Teilung beziehungsweise der Beitritt nur

eines Inselteiles den Grundprinzipien der EG/EU widersprechen. Außerdem hätte ein EU-Beitritt Zyperns, ohne Lösung des Zypernproblems, einen negativen Einfluss auf die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei.

Aus diesem Grund war es der Europäischen Union ein Anliegen, eine Möglichkeit zu finden, eine türkisch-zypriotische Delegation in die Beitrittsverhandlungen mit einzubeziehen. Diese Möglichkeit scheiterte jedoch am Widerstand der Regierung der Republik Zypern (vgl. Tamer 2004: Seite 87f.).

7.3. Kopenhagener Kriterien

Der Europäische Rat hat im Jahr 1993 in Kopenhagen jene Kriterien beschlossen, die für eine Beitrittsperspektive der mittel- und osteuropäischen Staaten ausschlaggebend sein sollten. Diese umfassten im Großen und Ganzen wirtschaftliche und politische Kriterien und die Fähigkeit des Kandidatenlandes zur Übernahme der Gesamtheit des EU-Rechts.

Ich möchte nun auf den Stellenwert dieser Kriterien für das Kandidatenland Zypern eingehen.

Im Vergleich zu den mittel- und osteuropäischen Staaten stellte Zypern einen idealen Beitrittskandidaten für die EU dar, sofern man nur den griechisch-zypriotischen Süden der Insel betrachtet (vgl. Edlinger 2006: Seite 65).

Susanne Baier-Allen beschreibt die Kopenhagener Kriterien folgendermaßen:

„Membership requires that the candidate country has achieved stability of institutions guaranteeing democracy, the rule of law, human rights and respect for and protection of minorities, the existence of a functioning market economy as well as the capacity to cope with competitive pressures and market forces within the Union. Membership presupposes the candidate's ability to take on the obligations of membership including adherence to aims of political, economic and monetary union” (Baier-Allen 2004: Seite 128).

Was die politischen Aspekte der Kopenhagener Kriterien betrifft, so erfüllte die Republik Zypern den Großteil dieser Kriterien. Die Republik Zypern ist eine funktionierende und stabile Demokratie, welche auf einer Rechtsstaatlichkeit beruht. Auch was die Minderheitenrechte und die Durchsetzung der Menschenrechte betrifft, war Zypern zu dieser Zeit durchaus mit anderen EG/EU-Mitgliedstaaten vergleichbar.

Schließlich lief auch die Problematik des Zypernproblems an diesen Kriterien vorbei, da sich die türkisch-zypriotische Seite als zweites gleichberechtigtes Staatsvolk verstand und nicht zu einer Minderheit degradiert werden wollte. Der Minderheitenschutz der Kopenhagener Kriterien trifft also nicht die türkisch-sprachige Bevölkerung der Insel.

Auch in den wirtschaftlichen Aspekten konnte Zypern schon zu Beginn der 1990er Jahre mit einigen EG/EU-Mitgliedstaaten konkurrieren. So verfügte Zypern über eine funktionierende Marktwirtschaft und der Lebensstandard überstieg jenen mancher Mitgliedstaaten wie Griechenland und Portugal. Sofern man die Teilung der Insel nicht berücksichtigt und den Zypernkonflikt ausklammert, ist Zypern also der ideale Beitrittskandidat.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft akzeptierte daher die Republik Zypern als Beitrittskandidaten, stellte aber die Bedingung auf, dass einem EG/EU-Beitritt eine Lösung des Zypernkonfliktes und ein Ende der Teilung der Insel vorausgehen muss (vgl. Edlinger 2006: Seite 66f.).

7.4. Der Amsterdamer Vertrag

Durch den Vertrag von Amsterdam aus dem Jahr 1997 wurden in der EU in außen- und sicherheitspolitischen Fragen neue Strukturen und Entscheidungsmechanismen geschaffen, um weitreichendere Handlungsspielräume zu haben, mit deren Hilfe integrative Politikkonzepte entwickelt werden sollten.

Bezogen auf den Zypernkonflikt vertrat die Europäische Union die Ansicht, dass die kommenden Beitrittsgespräche positiv zur Suche einer politischen Lösung im Zypernkonflikt beitragen werden (vgl. Tamer 2004: Seite 61f.).

Jedoch wurde zuvor auf dem Gipfel von Korfu im Jahr 1994, unter griechischer Ratspräsidentschaft, die Grundbedingung einer Lösung des Zypernkonflikts vor einem EU-Beitritt bereits abgeschwächt. Um die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei vertiefen und eine Zollunion errichten zu können, was bis dahin am Veto Griechenlands gescheitert war, beschloss der Rat der Europäischen Union die Konditionalität eines Fortschrittes der interkommunalen Gespräche zwischen den beiden zypriotischen Volksgruppen aufzuheben, obwohl Frankreich, Italien, die Niederlande und Deutschland Vorbehalte anmeldeten (vgl. Edlinger 2006: Seite 67f.).

„Am 24. Juni und 9. Dezember 1994 bestätigte der Europäische Rat, der auf Korfu und in Essen zusammengekommen war, Zypern und Malta als die nächsten Beitrittskandidaten (...) Alle Zeichen deuteten darauf hin, dass die EU bereit war, Zypern in das europäische Bündnis aufzunehmen (...)“ (Gülbeyaz 2004: Seite 184).

Im Jahr 1997 hatte also die Bedingung einen EU-Beitritt Zyperns nur nach einer Lösung des Konfliktes zu ermöglichen, keine entscheidende Relevanz mehr. Die griechisch-zypriotische Seite hatte es also geschafft den EU-Beitritt der Insel alleine verhandeln zu können.

Diese entscheidende Weichenstellung ist der griechischen Strategie zu verdanken, den EU-Beitritt Zyperns mit anderen wichtigen Entscheidungen innerhalb der EU zu koppeln. Dadurch hatte Griechenland die Möglichkeit gewisse Entscheidungen mit einem Veto zu blockieren (vgl. Edlinger 2006: Seite 69).

„Instead, it stipulated that ‘any solution of the Cyprus problem must respect the sovereignty, independence, territorial integrity and unity of the country in accordance with the relevant UN resolutions and high-level agreements’. It was a major victory for the Greek Cypriots. ‘The conditionality of the Commission’s Opinion was seriously eroded ... Greece succeeded primarily because it had

threatened to block the accession of Austria, Finland and Sweden'. The Turkish Cypriot press had a word for it, 'blackmail'" (Dodd 2010: Seite 181).

Die Bedingung, einen EU-Beitritt Zyperns von der Lösung des Zypernkonfliktes abhängig zu machen, ist also nicht aus normativen Überlegungen fallen gelassen worden, sondern ein Resultat der griechischen Politik innerhalb der Europäischen Union. Die griechische Regierung drohte nämlich damit, den EU-Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens zu verhindern, wenn die Konditionalität einer Lösung des Konfliktes im Falle Zyperns nicht fallengelassen werde.

Die Politik der Europäischen Union, bezogen auf den EU-Beitritt Zyperns, lässt zu dieser Zeit also folgende Schlussfolgerungen zu. Zuerst macht die EU klar, dass die Teilung der Insel ein ernst zu nehmender und entscheidender Faktor für die Beitrittsverhandlungen sein wird. Jedoch zeigte die Europäische Union auch auf, dass eine Lösung des Zypernkonfliktes keine Grundbedingung für einen EU-Beitritt der Republik Zypern sei und die Verhandlungen nicht an der Teilung der Insel scheitern werden. Außerdem war es der EU ein Anliegen die beiden zypriotischen Volksgruppen dazu zu bringen, zusammen an einer Lösung zu arbeiten, um den Zypernkonflikt zu beenden.

Auf diesem Weg sollte Druck auf die türkisch-zypriotische Seite ausgeübt werden, da es mit oder ohne den türkisch-sprachigen Zyprioten zu einem EU-Beitritt kommen würde (vgl. Baier-Allen 2004: Seite 153).

Die Europäische Union baute also darauf, dass in den interkommunalen Gesprächen unter der Leitung des UN-Generalsekretärs eine Annäherung zwischen den beiden Volksgruppen erreicht werden kann, welche schlussendlich zu einer Lösung des Konfliktes führen würde. So war sich die EU ihrer Katalysatorwirkung im Konflikt sicher.

In diesen Jahren, noch vor Beginn der Beitrittsgespräche, lässt sich bereits ein Einfluss der EU auf den Verhandlungsprozess erkennen. Dieser ist jedoch eindeutig als negativ zu bewerten.

Die türkisch-zypriotische Seite fühlte sich von der EU ungerecht behandelt. Anstatt die EU als Möglichkeit zu sehen einen wirtschaftlichen Aufstieg zu bewerkstelligen und einen Beschützer der eigenen Rechte in einem wiedervereinigten Staat zu haben, wie sich die EU das erwartete, nahmen die türkisch-sprachigen Zyprioten die Union als Bedrohung wahr.

Für die EU schien auch die türkisch-zypriotische Seite für den zunehmenden Stillstand in den Verhandlungen verantwortlich zu sein. Der 1994 bestellte EU-Beobachter Serge Abou schien auch mit der griechisch-zypriotischen Sicht stärker zu sympathisieren (vgl. Edlinger 2006: Seite 75).

Es waren vor allem zwei Entscheidungen der Europäischen Union, welche einen negativen Einfluss auf den Verlauf der interkommunalen Gespräche unter der Ägide des UN-Generalsekretärs hatten.

Erstens die Entscheidung der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union beim Gipfel von Korfu, Zypern für die nächste EU-Erweiterungsrunde zuzulassen, entgegen der Proteste von türkisch-zypriotischer und türkischer Seite. Die zweite Entscheidung wurde vom Europäischen Gerichtshof im selben Jahr (1994) getroffen und besagte, dass jegliches Produkt, welches aus Nord-Zypern in die EU importiert werde, von der Republik Zypern zertifiziert werden müsse.

Dies hatte zur Folge, dass jeglicher direkte Handel zwischen den türkisch-sprachigen Zyprioten und der EU zum Erliegen kam. Aus Sicht der türkisch-sprachigen Zyprioten haben diese Entscheidungen jegliche Grundlagen für eine Lösung des Konfliktes zunichte gemacht (vgl. Baier-Allen 2004: Seite 185).

Aus diesem Grund verhärtete sich der türkisch-zypriotische Standpunkt, was zur Folge hatte, dass die Positionen und Sichtweisen der griechisch-sprachigen Zyprioten glaubwürdiger erschienen.

Somit schien die griechisch-zypriotische Strategie in ihren Grundzügen aufzugehen. Diese hatte als Ziel Unterstützung für die eigenen Standpunkte auf internationalen Foren zu gewinnen, um die türkisch-sprachigen Zyprioten zu einer Veränderung der eigenen Standpunkte zu bewegen.

In dieser Zeitspanne lag das Hauptaugenmerk der griechisch-zypriotischen Führung darin, die Europäische Union davon zu überzeugen, dass die interkommunalen Verhandlungen wegen der türkisch-sprachigen Zyprioten scheiterten (vgl. Edlinger 2006: Seite 76).

Anstatt der erhofften Katalysatorwirkung durch den angestrebten EU-Beitritt schienen sich die Positionen der griechisch-sprachigen und türkisch-sprachigen Zyprioten immer mehr zu verhärten.

Trotzdem war sich die EU darin sicher, dass eine Wiedervereinigung der Insel Zypern mit Hilfe der EU, durch ihre gesetzlichen Rahmenbedingungen, leichter umsetzbar wäre.

„The hope for a settlement lies in the argument that a federal Cyprus of two largely autonomous states could function within the European Union (with its guarantees of free movement of goods, services, capital, and persons) in a way that would be difficult or impossible to achieve outside it“ (Piening 1997: Seite 90).

7.5. Die Beitrittsverhandlungen

Am 13. Dezember 1997 fasste die EU schlussendlich jene Beschlüsse, die den Beginn des Beitrittsprozesses von Zypern darstellten. Dies bedeutete mit den damit verbundenen Anpassungen der Verträge zu beginnen.

Aus diesem Grund wurden 23 Arbeitsgruppen gebildet, welche in den Bereichen der Gesetzgebung, der Politik und der Wirtschaft die Strukturen Zyperns jenen der Europäischen Union angleichen sollten. Mit Beginn des Jahres 1998 wurden dann die offiziellen Beitrittsverhandlungen zwischen der Republik Zypern und der Union begonnen (Gülbeyaz 2004: Seite 185).

Die Beitrittsverhandlungen wurden mit den Kandidatenländern getrennt voneinander durchgeführt. Die EU versuchte jedoch diese möglichst parallel zueinander zu gestalten und jeweils die gleichen Kapitel mit den verschiedenen Beitrittskandidaten zu besprechen.

In diesem Prozess spielten die spezifischen zypriotischen Merkmale, wie das Problem der Teilung der Insel, keine besondere Rolle. Während der Beitrittsverhandlungen nahm die Republik Zypern die Rolle des Musterschülers ein, da diese die Acquis der Europäischen Union am schnellsten umsetzen konnte. Der Zypernkonflikt bedeutete im Prozess der Beitrittsverhandlungen für die Union lediglich die Nichtanwendbarkeit der Acquis im Norden der Insel. So waren Kontakte zwischen der EU und der TRNZ nur in sehr geringem Ausmaß vorhanden. Aus Sicht der Europäischen Union war an diesem Umstand die Blockadehaltung der türkisch-zypriotischen Regierung Schuld (vgl. Edlinger 2006: Seite 80f.).

So versuchte amerikanische Diplomat Holbrooke, Denktas zu überzeugen an den EU-Beitrittsverhandlungen der Republik Zypern teilzunehmen, ohne einer vorherigen Lösung des Zypernproblems. Die Idee dahinter war, dass durch den Prozess der Beitrittsverhandlungen beide zypriotischen Volksgruppen erkennen würden, dass der EU-Beitritt für sie eine große Chance darstellt. Durch die Umsetzung der Acquis der Union, zum Beispiel, wäre ein großer Teil der rechtlichen Basis eines vereinigten zypriotischen Staates gegeben. Außerdem würden beide Seiten begrüßen Teil der „europäischen Familie“ zu werden.

Jedoch war für Denktas die Grundbedingung hierfür, dass die TRNZ internationale Anerkennung findet. Die türkisch-zypriotische Seite fürchtete auch, dass von einer Anwendung der EU-Normen hauptsächlich die griechisch-zypriotische Seite profitieren würde (vgl. Dodd 2010: Seite 198f.).

Auf ganzheitlicher europäischer Ebene betrachtet, stand der Zypernkonflikt nur sehr selten im Fokus des allgemeinen Interesses. Während der laufenden Beitrittsverhandlungen gab es keine spezifischen Bemühungen der Europäischen Union in der Mediation des Konfliktes. In dieser Zeit war die Kluft zwischen den beiden Volksgruppen größer geworden.

Erst im Jahr 1999 schienen sich die Rahmenbedingungen für weitere interkommunale Gespräche wieder zu verbessern. Griechenland und die Türkei waren wieder stärker an einer gegenseitigen politischen Annäherung

interessiert. Auch die EU bemühte sich vermehrt um eine weitere Vertiefung der Beziehungen zur Türkei (vgl. Edlinger 2006: Seite 83).

So kam es im Herbst 1999 erneut zu Verhandlungen zur Lösung des Zypernkonfliktes zwischen den griechisch-sprachigen und türkisch-sprachigen Zyprioten unter der Ägide des UN-Generalsekretärs Kofi Annan.

Jedoch war bereits durch die Stellungnahmen von Klerides und Denktas im Vorfeld klar, dass diese unterschiedliche Erwartungen hatten und andere Ziele in den Verhandlungen verfolgten. Daher gab es in der ersten Runde der Verhandlungen im Dezember 1999 auch keinen nennenswerten Fortschritt.

Am EU-Gipfel in Helsinki 1999 kam es zu einer relevanten Entscheidung bezüglich des EU-Beitritts der Republik Zypern. Von diesem Zeitpunkt an stand endgültig fest, dass eine Lösung des Zypernkonfliktes keine Bedingung für einen EU-Beitritt sei.

Jedoch gab der Europäische Rat bekannt, dass alle relevanten Faktoren vor einem Beitritt im selben Maße berücksichtigt werden. Eine weitere wichtige Entscheidung des EU-Gipfels in Helsinki war, dass der Türkei von der Europäischen Union der Kandidatenstatus gewährt wurde.

Im Geiste Helsinkis und aufgrund der verbesserten Beziehungen zwischen der EU und der Türkei beziehungsweise zwischen Griechenland und der Türkei stellte die Europäische Union höhere Erwartungen an die weiteren Runden der interkommunalen Gespräche unter der Führung des UN-Generalsekretärs, welche zwischen Jänner 2000 und Jänner 2001 stattgefunden hatten (vgl. Baier-Allen 2004: Seite 191f.).

Durch den herannahenden EU-Beitritt der Republik Zypern erhoffte sich die Europäische Union, dass die beiden zypriotischen Volksgruppen verstärkt an einer Lösung des Zypernproblems interessiert wären. Jedoch gab es in den Gesprächen zwischen den beiden Volksgruppen keine nennenswerten Erfolge. Während die griechisch-zypriotische Seite eine Föderation als Ziel hatte, wollte die türkisch-zypriotische Seite eine Wiedervereinigung der Insel über eine Konföderation verwirklicht wissen. Der Verlauf der Gespräche wurde bereits im Kapitel über Zypern und die Vereinten Nationen genauer skizziert.

Für Clement Dodd war ein Hauptproblem der Verhandlungsrunden im Anschluss an den Vertrag von Helsinki, dass die griechisch-zypriotische Seite von dem Modell der Konföderation hätte überzeugt werden müssen.

Dodd meint, dass in einem föderalistischen Staat klarerweise die größere Volksgruppe dominieren würde, gerade innerhalb der Europäischen Union. Aus diesem Grund stellt seiner Ansicht nach die Konföderation die bessere Möglichkeit einer Wiedervereinigung der Insel dar (vgl. Dodd 2010: Seite 205).

„Confederation would be much safer, and would reunite the island more peacefully. It seems that neither the United States nor the United Kingdom took any serious steps to persuade the Greek Cypriots to follow that route” (Dodd 2010: Seite 205).

Dadurch, dass der einseitige EU-Beitritt der Republik Zypern immer wahrscheinlicher wurde, veränderte sich Ende des Jahres 2001 die Position der türkisch-zypriotischen Führung. Denktas war starker interner Kritik für seine bisherige Handhabung der Verhandlungen ausgesetzt und die Forderungen nach einer Wiederaufnahme der Gespräche über eine Wiedervereinigung fanden auf immer breiterer Basis Gehör. Aus diesem Grund lud Denktas im November 2001 Klerides zu direkten Gesprächen nach Nord-Nikosia ein. Klerides nahm die Einladung an, wollte aber die Einbindung der UNO in die Gespräche gesichert wissen (vgl. Baier-Allen 2004: Seite 196).

Auf den Verlauf der interkommunalen Verhandlungen hatte der Zeitplan der EU-Beitrittsverhandlungen einen entscheidenden Einfluss. Außerdem wurde während der Verhandlungen auch inhaltlich vermehrt auf Beispielmuster aus dem EU-Bereich zurückgegriffen, um eigene Standpunkte und Ideen zu untermauern. Hierfür wäre zum Beispiel der Vorschlag einer Konföderation von Denktas zu nennen, um auch im Rahmen einer EU-Mitgliedschaft die Bikommunalität und Bizonalität des wiedervereinigten Staates sicherzustellen. In diesem Zusammenhang wurde von türkisch-zypriotischer Seite verstärkt das belgische Modell als umsetzbare Möglichkeit aufgezeigt.

So konnte vor dem Gipfel der Europäischen Union in Kopenhagen im Dezember 2002 keine Einigung zwischen den griechisch-sprachigen und den türkisch-sprachigen Zyprioten gefunden werden. Trotzdem war der Europäische Rat von Kopenhagen darum bemüht, die Möglichkeit für eine Lösung des Zypernproblems vor dem tatsächlichen EU-Beitritt offen zu halten. So wurde zum Beispiel nicht die „Republik Zypern“, sondern „Zypern“ dazu eingeladen, der Europäischen Union beizutreten (vgl. Edlinger 2006: Seite 87).

„Trotz der Drohgebärden der Türkei sprach man sich in Kopenhagen für Zyperns Beitritt in die EU – gegebenenfalls auch ohne den türkischen Norden – zu Mitte 2004 aus. Obwohl die EG in der Vergangenheit die Lösung des Zypernproblems zur Voraussetzung für eine Aufnahme gemacht hatte, handelte die EU nun zu Gunsten der Griechischzyprioten“ (Gülbeyaz 2004: Seite 185).

Die griechisch-sprachigen Zyprioten hatten also während dem Kopenhagener Gipfel ihren Beitritt in die EU endgültig für das Jahr 2004 fixieren können. Im Jänner 2003 kam es erneut zu direkten Gesprächen zwischen den beiden zypriotischen Volksgruppen, welche jedoch im März desselben Jahres wieder abgebrochen wurden. Schließlich kam es in Athen im April 2003 zur Unterzeichnung der Beitrittsverträge für acht mittel- und osteuropäischen Staaten plus Malta und Zypern. Von diesem Zeitpunkt an war die Aufnahme eines geteilten Landes in die Europäische Union eine vertraglich beschlossene Realität (vgl. Edlinger 2006: Seite 88).

In den Augen des Europäischen Rates von 2003 waren hauptsächlich die türkisch-sprachigen Zyprioten beziehungsweise die Haltung der türkischen Regierung für das Scheitern der bisherigen Lösungsversuche im Zypernkonflikt, unter der Ägide des UN-Generalsekretärs, verantwortlich.

Außerdem brachte der Rat der Europäischen Union zum Ausdruck, dass dieser die Vermittlungsversuche der Vereinten Nationen voll und ganz unterstütze, um eine Lösung des Konfliktes im Rahmen der *Acquis communautaire* der EU zu erreichen. Zusätzlich sicherte der Rat der Europäischen Union dem Nordteil der Insel finanzielle Unterstützung zu, falls eine Lösung im Zypernkonflikt

erreicht wird, um eine Anwendung der Acquis in Nordzypern so schnell wie möglich umsetzen zu können (vgl. Michael 2009: Seite 155).

Erst Anfang des Jahres 2004, nur wenige Monate vor dem für 1. Mai 2004 geplanten EU-Beitritt, kam es erneut zu Verhandlungen zwischen den beiden zypriotischen Volksgruppen, denen der Annan-Plan als Verhandlungsgrundlage diente.

Dieser unerwartete Schritt war ein Produkt des internationalen Druckes doch noch eine Lösung im Zypernkonflikt zu finden, um die Aufnahme eines geteilten Staates in die Europäische Union zu verhindern. Außerdem waren für diese Entwicklung auch innenpolitische Gründe mitverantwortlich. So kam es im Dezember 2003 in der TRNZ zu einem Wahlerfolg der EU-freundlichen Oppositionsparteien. Auch in der Türkei wurden jene Kräfte stärker, die für eine rasche Beilegung des Konfliktes einstanden (vgl. Edlinger 2006: Seite 95).

Die darauf folgenden Referenden am 24. April 2004, welche die Wiedervereinigung Zyperns auf Basis des Annan-Plans als Ziel hatten, zeigten jedoch, dass die griechisch-sprachigen Zyprioten nicht dazu bereit waren, eine Lösung des Zypernkonfliktes zu akzeptieren.

Webster meint, dass es aus diesem Grund wichtig für zukünftige Lösungsansätze sein wird, sich zunehmend mit der griechisch-zypriotischen Bevölkerung zu beschäftigen.

„Future research into Greek Cypriot public opinion is crucial because it is the Greek Cypriot electorate that was the major stumbling block to a solution in April 2004 and may well be the major stumbling block again in the future. Such research should examine the mindset of Greek Cypriots in general and of young Greek Cypriots more specifically“ (Webster 2005: Seite 308).

Clement Dodd führt diesen Umstand auf mehrere Faktoren zurück. So waren zum Beispiel die griechisch-zypriotischen Medien von Anfang an gegen eine Lösung des Zypernproblems mit Hilfe des Annan-Plans, was sich durchgehend in deren Berichterstattung ausdrückte. Außerdem sprach sich ein Großteil der Parteien gegen den Annan-Plan aus. Diese Faktoren hatten einen großen Einfluss auf die öffentliche Meinung, die Clement Dodd als fremdenfeindlich

und introvertiert bezeichnet. Dazu kommt noch der Umstand, dass man sich nach einem EU-Beitritt bessere Möglichkeiten zur Lösung des Zypernkonfliktes erwartete, da schließlich auch die Türkei einen EU-Beitritt anstrebte (vgl. Dodd 2010: Seite 253f.).

Der Annan-Plan, welcher eine Initiative des UN-Generalsekretärs darstellte, wurde bereits im vorangegangenen Kapitel genauer beschrieben. Er stellte die letzte internationale Initiative zur Mediation des Zypernkonfliktes vor dem einseitigen EU-Beitritt der Republik Zypern am 1. Mai 2004 dar.

„Am 1. Mai 2004 trat nur der griechischzypriotische Süden der EU bei und erhielt das Recht – trotz praktischer Teilung und der Existenz eines nicht-anerkannten türkischzypriotischen Staates – die gesamte Insel zu repräsentieren. Vor der Wahl ist nach der Wahl, und der Zypernkonflikt ist nun auch ein Problem der EU“ (Gülbeyaz 2004: Seite 206).

Die Initiativen der EU und die von ihr gewählten policies, um den Zypernkonflikt vor dem Beitritt der Republik Zypern in die Union zu lösen, hatten also keinen Erfolg. Mit dem einseitigen EU-Beitritt der Republik Zypern ist der Zypernkonflikt endgültig ein Problem der Europäischen Union geworden. Das folgende Kapitel wird beleuchten, welche politischen Maßnahmen die EU nach dem EU-Beitritt der Republik Zypern getroffen hat.

7.6. Die EU und Zypern nach 2004

Obwohl eine Lösung des Zypernkonfliktes auf Basis des Annan-Plans scheiterte, ist die gesamte Insel Zypern seit 2004 Mitglied der Europäischen Union. Im Nordteil der Insel, der nicht von der Republik Zypern kontrolliert wird, findet die Gesetzgebung der EU keine Anwendung. Diese Maßnahme wird im Protokoll 10 des EU-Beitrittsabkommens aus dem Jahre 2003 festgehalten. Sobald eine Lösung des Konfliktes erreicht wird, wäre es möglich EU-Recht auf der ganzen Insel geltend zu machen.

Diese Regelung hat jedoch keine Auswirkung auf die persönlichen Rechte der türkisch-sprachigen Zyprioten als EU-Bürger. Laut EU sind sie Bürger eines Mitgliedstaates, der Republik Zypern, obwohl diese im Nordteil der Insel sesshaft sind (vgl. Homepage European Commission Enlargement).

Die Einbindung der EU in den Zypernkonflikt begann im Jahr 1995 und ist das erfolgreiche Resultat griechischer und griechisch-zypriotischer Diplomatie. Nach dem Beitritt der Republik Zypern zur Europäischen Union fühlte sich die EU dazu veranlasst, die Lage in der TRNZ zu verbessern, um dem Land aus seiner ökonomischen, politischen und sozialen Isolation zu helfen.

Im Juli 2004 gab die Europäische Kommission bekannt, die TRNZ mit einem Maßnahmenpaket zu unterstützen, welches dem Nordteil der Insel wirtschaftliche und soziale Fortschritte ermöglichen soll. Aus diesem Grunde eröffnete die EU ein eigenes Büro im Nordteil von Nikosia, entgegen griechisch-zypriotischer Einwände, um die Verteilung der Förderungsgelder besser koordinieren zu können.

Die Einmischung der Europäischen Union hatte durchaus die Prosperität der TRNZ erhöht. Es kam auch zu einer leichten Steigerung des Tourismus im Nordteil der Insel, da es nun möglich war ohne Einschränkung die Türkische Republik Nordzypern zu bereisen (vgl. Dodd 2010: Seite 255f.).

Die interkommunalen Gespräche fanden im Jahr 2006, unter der Ägide des UN-Generalsekretärs, eine Fortsetzung, jedoch ohne konkrete Fortschritte zu erreichen. Die EU initiierte nach dem EU-Beitritt der Republik Zypern keine direkten Gespräche, sondern beschränkte sich darauf den Nordteil der Insel finanziell zu unterstützen. Die Souveränität der Republik Zypern über die gesamte Insel wurde weiterhin nicht in Frage gestellt.

7.7. Das EU-Hilfspaket für die TRNZ

Am 27. Februar 2006 bestätigte die Europäische Union, dass sie für die türkisch-zypriotische Bevölkerung Förderungsmittel in der Höhe von 259 Millionen

Euro bereitstellt. Das Ziel dieses EU-Hilfspaketes ist es die Isolation der türkisch-zypriotischen Gemeinschaft zu beenden und den Nordteil der Insel auf eine Wiedervereinigung vorzubereiten. Die von der EU implementierten Programme sollen über fünf Jahre, also bis Ende 2011, laufen.

Die Union hat folgende Hauptziele für die vom EU-Hilfspaket finanzierten Programme formuliert:

1. Soziale und ökonomische Entwicklung der TRNZ;
2. Verbesserung der Infrastruktur in den Bereichen der Energieversorgung, dem Transportwesen, der Telekommunikation und der Wasserversorgung;
3. Schaffung vertrauensbildender Maßnahmen und Unterstützung der Zivilgesellschaft;
4. Heranführung der türkisch-sprachigen Zyprioten an die EU durch Information und Kontakten zwischen den türkischen-sprachigen Zyprioten und anderen EU-Bürgern;
5. Vorbereitung der türkisch-zypriotischen Gemeinschaft auf eine Implementierung des EU-Rechts, im Falle einer Konfliktlösung (vgl. Homepage European Commission Enlargement).

Dadurch, dass Nord-Zypern seit der Teilung der Insel im Jahr 1974 wirtschaftlich, sozial und politisch isoliert ist, wird das EU-Hilfspaket als eine Heranführung der TRNZ an die Union gesehen, welches vor allem soziale und wirtschaftliche Facetten abdecken soll. Im Falle einer Lösung des Zypernproblems könnte dann die *Acquis communautaire* der EU ohne Verzögerung auch im Nordteil der Insel umgesetzt werden.

Das Hauptaugenmerk des EU-Hilfspaketes soll auf der ökonomischen Entwicklung des Nordteils der Insel liegen. Dies würde unter anderem auch durch bessere Beziehungen zwischen den beiden Inselteilen erreicht werden. Aus diesem Grund finanziert die EU auch Projekte, welche das Ziel haben, die Bevölkerung der beiden Inselteile wieder näher aneinander zu bringen. Die Unterstützung der TRNZ durch das EU-Hilfspaket inkludiert jedoch nicht die

Anerkennung der TRNZ als unabhängigen Staat (vgl. Council Regulation No 389/2006).

„The overall objective of the Aid Programme is to facilitate the reunification of Cyprus by encouraging the economic development of the Turkish Cypriot community with particular emphasis on the economic integration of the island, on improving contacts between the two communities and with the EU, and on preparation for the implementation of the EU law in case of a comprehensive settlement of the Cyprus problem“ (Fifth Annual Report 2010, Seite 3).

Da die meisten durch das EU-Hilfspaket finanzierten Programme mit dem Jahr 2011 enden, wird sich erst dann oder gar noch später weisen, ob die Europäische Union ihre hochgesteckten Ziele tatsächlich erreichen kann. Es bleibt auch fraglich, ob die Maßnahme eines EU-Hilfspaketes für die TRNZ tatsächlich zu einer Lösung des jahrzehntelang andauernden Zypernkonfliktes beitragen kann.

Im fünften jährlichen Bericht über den Fortschritt der Implementierung, der durch das EU-Hilfspaket finanzierten Projekte, aus dem Jahre 2010, wird bereits auf wesentliche Problemfelder eingegangen. Um die Ziele des EU-Hilfspaketes erreichen zu können ist die Kooperation zwischen den beiden zypriotischen Volksgruppen von großer Bedeutung. Im fünften jährlichen Bericht über das EU-Hilfspaket wird bereits angekündigt, dass es mehr Zeit in Anspruch nehmen würde, um eine gute Kooperation zwischen den beiden zypriotischen Volksgruppen erreichen zu können. Als weiteres Problemfeld wird in diesem Bericht auch die geringe Kapazität der türkisch-zyprischen Gemeinschaft erwähnt, die implementierten Programme im schnellstmöglichen Maße aufzunehmen und umzusetzen.

Jedoch gibt es in diesem Bereich anhaltende Verbesserungen. Durch die geringen Kenntnisse der TRNZ mit den Verfahren der EU kommt es in einigen von der Union finanzierten Projekten zu einer verspäteten Implementierung. Als letzter Punkt wird in diesem Bericht auch die Frage der Nachhaltigkeit der

Projekte angesprochen und nicht als gegeben angenommen (Fifth Annual Report 2010, Seite 10f.).

Persönlich denke ich, dass in den Bereichen der Energieversorgung, dem Transportwesen, der Telekommunikation und der Wasserversorgung durchaus relevante Verbesserungen erreicht werden können. Auch was die Heranführung der türkisch-sprachigen Zyprioten an die EU durch Information beziehungsweise durch intensivere Kontakte zwischen den türkischen-sprachigen Zyprioten und anderen EU-Bürgern betrifft, so denke ich, dass mit dem EU-Hilfspaket durchaus Fortschritte in diesem Bereich erzielt werden können. Jedoch hat die einseitige Aufnahme der Republik Zypern im Jahr 2004 sicherlich die Skepsis der türkisch-sprachigen Zyprioten gegenüber der EU erhöht.

Was die Schaffung vertrauensbildender Maßnahmen zwischen den beiden Volksgruppen betrifft, so bin ich mir nicht sicher, ob in diesem Bereich, durch die Implementierung von EU-Projekten, Besserungen erreicht werden können. Schließlich war es ja die türkisch-zypriotische Gemeinde, welche für eine Wiedervereinigung im Jahre 2004 gestimmt und somit ein klares Zeichen für eine Wiedervereinigung gesetzt hatte. In diesem Punkt wäre wohl eine Implementierung von Projekten in der Republik Zypern sinnvoller.

7.8. Conclusio

Bereits vor dem EU-Beitrittsantrag der Republik Zypern wurden jene Rahmenbedingungen geschaffen, welche die Beziehungen zwischen der EU und Zypern maßgeblich geprägt haben.

Zum einen verzichtete die EU durch ihre gewählten policies auf eine eigene Mediatorrolle im Zypernkonflikt, zugunsten der bereits etablierten Mediation des Konfliktes durch die Vereinten Nationen. Zum anderen hatte die EG/EU das Dilemma zwischen der Gleichbehandlung der beiden Konfliktparteien und

der Anerkennung der griechisch-zypriotischen Regierung zugunsten der griechisch-sprachigen Zyprioten gelöst.

Aufgrund des Standpunktes der UNO, welche die griechische-zypriotische Regierung als einzig rechtmäßige Vertretung der Bevölkerung der Insel akzeptierte, konnte sich auch in der EU die türkisch-zypriotische Seite kaum Gehör verschaffen.

Die Europäische Union hat den Beitrittsantrag der Republik Zypern für zulässig erklärt, was die Legitimität der Regierung von Zypern und die Nichtanerkennung der Türkischen Republik Nord-Zypern voraussetzt.

Die Europäische Union hätte, trotz dieser Ungleichbehandlung der Konfliktparteien, während der Beitrittsverhandlungen mit der Republik Zypern, große Möglichkeiten gehabt, einen positiven Einfluss auf den Zypernkonflikt zu nehmen.

Aus diesem Grund hätte die Konditionalität einer Lösung des Konfliktes vor einem EU-Beitritt Zyperns nicht fallen gelassen werden dürfen, da die endgültige Teilung beziehungsweise der Beitritt nur eines Inselteiles den Grundprinzipien der EG/EU eklatant widerspricht. Bereits im Jahr 1997, noch vor dem Beginn der Beitrittsverhandlungen, hatte die Konditionalität einer Lösung des Zypernkonflikts vor einem EU-Beitritt der Republik Zypern keine entscheidende Relevanz mehr.

Trotzdem war sich die EU sicher, eine Katalysatorwirkung im Zypernkonflikt erzeugen zu können und dass die Beitrittsverhandlungen positiv zu einer Lösung im Konflikt beitragen würden.

Jedoch lässt sich noch vor Beginn der Beitrittsgespräche bereits ein negativer Einfluss der EU auf den Verhandlungsprozess erkennen. Es waren vor allem zwei Entscheidungen der EU, welche einen negativen Einfluss auf den Verlauf der interkommunalen Gespräche hatten.

Erstens die Entscheidung der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union beim Gipfel von Korfu, Zypern für die nächste EU-Erweiterungsrunde zuzulassen, entgegen der Proteste von türkisch-zypriotischer und türkischer Seite. Die zweite Entscheidung wurde vom Europäischen Gerichtshof im selben

Jahr (1994) getroffen und besagte, dass jegliches Produkt, welches aus Nord-Zypern in die EU importiert werde, von der Republik Zypern zertifiziert werden müsse. Dies hatte zur Folge, dass jeglicher direkte Handel zwischen den türkisch-sprachigen Zyprioten und der EU zum Erliegen kam. Aus Sicht der türkisch-sprachigen Zyprioten haben diese Entscheidungen jegliche Grundlagen für eine Lösung des Konfliktes zunichte gemacht.

Bis zum einseitigen EU-Beitritt der Republik Zypern ist kein Wandel in der policy der EU erkennbar und während der Beitrittsverhandlungen verschlechterten sich die Beziehungen zwischen den beiden Konfliktparteien sogar.

Ich möchte mich der Meinung von Susanne Baier-Allen anschließen, dass die Aussicht auf einen EU-Beitritt eine negative Auswirkung auf den Bereich der Konfliktlösung im Fall Zypern gehabt hat (vgl. Baier-Allen 2004: Seite 209).

Clement Dodd meint, dass es ein Hauptproblem der Verhandlungsrunden im Anschluss an den Vertrag von Helsinki war, dass die griechisch-zypriotische Seite von dem Modell der Konföderation hätte überzeugt werden müssen. Dodd meint auch, dass in einem föderalistischen Staat klarerweise die größere Volksgruppe über die kleiner Volksgruppe dominieren würde, gerade innerhalb der Europäischen Union. Aus diesem Grund stellt seiner Ansicht nach die Konföderation die bessere Möglichkeit einer Wiedervereinigung der Insel dar (vgl. Dodd 2010: Seite 205).

Die Europäische Union war also nicht in der Lage, ihre gewählten policies zu verändern, um der griechisch-zypriotischen Seite aufzuzeigen, dass eine Lösung des Konfliktes auch im ihren Interesse sei.

So brachte auch der Annan-Plan keine Lösung im Zypernkonflikt vor dem EU-Beitritt Zyperns, da die griechisch-zypriotische Bevölkerung dagegen stimmte und obwohl er von Experten als durchwegs ausgewogene und gerechte Lösung eingestuft wurde.

Außerdem haben die EU-Beitrittsverhandlungen nicht die Sichtweisen der beiden Volksgruppen verändern können, wie sie einzelne Themenbereiche des

Konfliktes sehen, sondern haben dazu beigetragen neue Verhaltensweisen auf beiden Seiten entstehen zu lassen (vgl. Baier-Allen 2004: Seite 207).

Nach dem einseitigen EU-Beitritt der Republik Zypern und dem Scheitern des Annan-Plans reagierte die EU mit der Implementierung des EU-Hilfspaketes für Nord-Zypern. Diese Maßnahme ist als eindeutiger policy Wechsel in der Herangehensweise der EU zu bewerten. Es bleibt abzuwarten, ob dieser Schritt einer Lösung des Zypernkonfliktes dienlich sein beziehungsweise eine Heranführung der beiden zypriotischen Volksgruppen aneinander erreichen kann.

8. Schluss und Ausblick

Das Ziel der hier vorliegenden Arbeit war zweigeteilt. Das erste Ziel war es, die Herausbildung und Forcierung der verschiedenen nationalen Identitäten auf der Insel Zypern zu untersuchen, ein Prozess, der bereits vor der Unabhängigkeitswerdung der Insel begonnen hat.

Das zweite Ziel war es, den Zypernkonflikt anhand der politischen Entscheidungen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union zu erörtern, um den Konflikt über seine Internationalisierung greifbar zu machen.

Um die von mir dazu erarbeiteten Fragestellungen zu beantworten, habe ich für jedes der beiden Ziele eine forschungsleitende Hypothese entwickelt:

1. Die Herausbildung und Forcierung zwei verschiedener nationaler Identitäten auf der Insel Zypern hat maßgeblich zur Entfremdung der griechisch-sprachigen und der türkisch-sprachigen Zyprioten voneinander beigetragen, was die Teilung der Insel erst möglich gemacht hat.
2. Wegen der fortlaufenden Ungleichbehandlung der beiden Konfliktparteien durch die Vereinten Nationen bzw. der Europäischen Union konnte keine dauerhafte Lösung des Zypernkonfliktes, in denen von der UNO und von der EU initiierten Verhandlungen, erreicht werden.

Die verschiedenen Teile dieser Arbeit zeigen auf, dass beide Hypothesen zutreffend sind und somit beide Hypothesen zu verifizieren sind. Wie im 5. Kapitel klar ersichtlich wird, hat es in Zypern die Herausbildung zwei verschiedener nationalen Identitäten gegeben, die zweifelsfrei zu einer Entfremdung der griechisch- und der türkisch-sprachigen Zyprioten

beigetragen haben. Dieser Umstand bildet die Basis des Zypernkonfliktes und führte auch zur Teilung der Insel.

Seit der Gründung der Republik Zypern im Jahr 1960 waren die griechischsprachigen Zyprioten darum bemüht den ganzen Staatsapparat zu übernehmen, ein Prozess der bereits 1964 weitgehend abgeschlossen war. Als Antwort darauf forcierten türkisch-zypriotische Nationalisten Bestrebungen eine Teilung der Insel beziehungsweise eine Rückgabe der Insel an die Türkei umsetzen zu können.

Aus dem 6. und dem 7. Kapitel geht eindeutig hervor, dass die beiden zypriotischen Konfliktparteien von den Vereinten Nationen und der Europäischen Union nicht gleich behandelt wurden. Aus diesem Grund konnte auch bis in die Gegenwart keine dauerhafte Einigung in den interkommunalen Gesprächen erreicht werden.

Sowohl die Vermittlungsversuche der Vereinten Nationen als auch die der Europäischen Union konnten nicht dazu beitragen, eine Lösung des Zypernkonfliktes, im Sinne einer Wiedervereinigung der beiden Inselteile, zu erreichen. Dabei wäre eine friedliche Koexistenz der beiden zypriotischen Volksgruppen durchaus denkbar, wie ein Blick in die Geschichte der kosmopolitisch geprägten Insel zeigt.

Während den griechischsprachigen Zyprioten seit der Resolution 186 der Vereinten Nationen die einzig legitime Vertretung der Insel zugesprochen wurde, kämpfen die türkischsprachigen Zyprioten seit der Teilung der Insel um Anerkennung und Gleichbehandlung ihrer Volksgruppe in den internationalen Foren.

Außerdem waren sowohl die UNO als auch die EU nicht dazu bereit die von ihnen gewählten policies zu verändern und neu auszurichten.

„Die Leidtragenden des Scheiterns der Wiedervereinigung sind die Türkischzyprioten, denen die EU-Mitgliedschaft versagt wird. Trotz wirtschaftlicher Unterstützung der EU und der Zusammenarbeit mancher Staaten wird der türkischzypriotische Norden aus der Armut und der

politischen Isolation so schnell nicht herauskommen können“ (Gülbeyaz 2004: Seite 206).

Durch den Beitritt der Republik Zypern in die Union hat also auch die EU ihre Möglichkeit vertan, als neutraler Vermittler positiv auf die Konsolidierung im Zypernkonflikt einzuwirken. Meiner Ansicht nach war es ein schwerwiegender Fehler der EU, die Konditionalität einer Lösung des Zypernkonfliktes vor einem EU-Beitritt der Republik Zypern fallen zu lassen, da auch sieben Jahre nach dem EU-Beitritt keine Einigung absehbar ist.

Bezogen auf den Zypernkonflikt sind die politischen Herangehensweisen der EU und der UNO sehr eng miteinander verbunden. So hat die EU, welche erst in den 90er Jahren zunehmend in den Zypernkonflikt als Akteur involviert war, keine eigenen Bemühungen in der Mediation des Konfliktes durch direkte Gespräche der Vertreter der beiden Volksgruppen. Die Vermittlungsversuche im Konflikt standen stets unter der Ägide der UNO. Außerdem hat die EU die Sichtweise der UNO übernommen, dass die Republik Zypern die einzig rechtmäßige Vertretung der Insel darstellt.

Was ist nun aus der erhofften Katalysatorwirkung der Europäischen Union im Zypernkonflikt geworden?

Zu Beginn der EU-Beitrittsgespräche hätte die EU noch die Möglichkeit gehabt, eine Katalysatorwirkung im Konflikt einzunehmen. Jedoch hätte die EU eine aktivere Rolle in der Mediation des Konfliktes einnehmen müssen. Die Konditionalität einer Lösung des Konfliktes vor einem EU-Beitritt hätte die griechisch-sprachigen Zyprioten dazu gebracht, eigene Sichtweisen nochmals überdenken zu müssen, um der EU beitreten zu können.

Dies bringt mich wieder zurück dem Aspekt, dass die EU zu wenig Anreize für die griechisch-sprachigen Zyprioten geschaffen hat, um ihre Politik bezüglich der Wiedervereinigung der Insel zu überdenken und neu auszurichten, was auch für die Politik der UNO gilt.

Neben dem Scheitern einer zypriotischen Wiedervereinigung mittels der Politik der Europäischen Union und der Vereinten Nationen, denke ich, dass vor allem die Vereinten Nationen über die Jahrzehnte auch durchaus umsetzbare Pläne ausgearbeitet haben, welche die Basis für ein wiedervereinigtes Zypern hätten bilden können. Vor allem der Annan-Plan wurde von Experten als für beide Seiten im gleichen Maße annehmbare Lösung eingestuft.

Daher möchte ich die These vertreten, dass neben dem Scheitern der Politik der Vereinten Nationen und der Europäischen Union die Konfliktparteien selbst noch nicht dazu bereit waren, eine endgültige Lösung des Konfliktes anzunehmen.

Während im Jahr 2004 ein Großteil der türkisch-sprachigen Zyprioten für eine Wiedervereinigung stimmte, kam es im griechisch-zypriotischen Südteil der Insel zu einem entgegengesetzten Ergebnis. Aus diesem Umstand schließe ich, dass besonders unter den griechisch-sprachigen Zyprioten die nationalen Identitätsmuster noch eine tragende Rolle spielen.

„Bis heute werden nicht selten griechische Zyprioten, die ihre jüngste Vergangenheit kritisch hinterfragen, genauso als „schlechte Patrioten“ bezeichnet wie diejenigen, die sich für einen Kompromiss mit der türkisch-zypriotischen Seite einsetzen“ (Choisi 1993: Seite 389).

Um eine Lösung des Zypernkonfliktes erreichen zu können, ist es wichtig nationalistische Identitätsmuster zu überwinden, um eine dauerhafte und friedliche Beilegung des Konfliktes, im Sinne einer Wiedervereinigung der Insel zu garantieren.

In diesem Sinne hoffe ich, dass die von der EU initiierten Projekte, welche eine Annäherung der beiden Konfliktparteien auf ziviler Ebene forcieren sollen, eine tatsächliche Besserung der Verhältnisse der beiden Volksgruppen zueinander, mit sich führen.

Ich blicke der Zukunft der Insel positiv entgegen und hoffe, dass sowohl griechisch-sprachige als auch türkisch-sprachige Zyprioten wieder

zueinanderfinden und sich der verbindenden Elemente ihrer gemeinsamen Geschichte und Tradition bewusst werden.

Was die zukünftige Politik der UNO und der EU bezogen auf den Zypernkonflikt betrifft, so denke ich, dass nur eine absolute Gleichbehandlung der beiden Konfliktparteien dem jahrzehntelang andauernden Konflikt ein Ende bereiten kann.

9. Bibliographie

9.1. Literaturverzeichnis

ALBRECHT, Peter J.

1993 Nord-Zypern. Berlin, Havellia Verlag.

BAIER-ALLEN, Susanne

2004 Exploring the Linkage between EU Accession and Conflict Resolution: The Cyprus Case. Baden-Baden, Nomos Universitätsschriften.

BECKINGHAM, D.F.

1957 In: The Journal of the Royal Anthropological Institute of Great Britain and Ireland. Volume 87, Part 2, Seite 165-174.

BLUM, Sonja

2009 Politikfeldanalyse. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften.

BRYANT, Rebecca

2004 Imaging the modern: The cultures of nationalism in Cyprus. London, Tauris Verlag.

CHOISI, Jeanette

1993

Wurzeln und Strukturen des Zypernkonfliktes 1878 bis 1990: Ideologischer Nationalismus und Machtbehauptung im Kalkül konkurrierender Eliten. Stuttgart, Franz Steiner Verlag.

COBHAM, C.D.

1908

Excerpta Cypria. Cambridge University Press.

DIEZ, Thomas

2005

Die Konflikttheorie postmoderner Konflikttheorien internationaler Beziehungen. In: Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften.

DODD, Clement H.

1998

The Cyprus Imbrolio. Huntingdon, the Eothen Press.

DODD, Clement H.

2010

The History and Politics of the Cyprus Conflict. Basingstoke, Palgrave Macmillan.

EDLINGER, Harald

2006

EU-Erweiterung als Lösung ethno-nationaler Konflikte: der Fall Zypern. Wien, Diplomarbeit an der Universität Wien.

ERIKSEN, Thomas Hylland

1995

Ethnicity and Nationalism: Anthropological Perspectives. London, Pluto Press.

ETZERSDORFER, Irene

2007

Krieg: Eine Einführung in die Theorien bewaffneter Konflikte. Wien, Böhlau Verlag.

GAZIOGLU, Ahmet C.

1990

The Turks in Cyprus - A Province of the Ottoman Empire (1571-1878). London, K. Rustem & Brother.

GELLNER, Ernest

1997

Nationalismus: Kultur und Macht. London, Weidenfeld and Nicolson.

GIBBONS, Henry Scott

1997

The genocide files. London, Bravos Verlag.

GINGRICH, Andre

2001

Ethnizität für die Praxis: drei Bereiche, sieben Thesen und ein Beispiel.

In: Ethnohistorie: Rekonstruktion und Kulturkritik. Wien, Promedia.

GÜLBEYAZ, Halil

2004

Zypern: Insel der Liebe – Friedhof der Diplomatie. Berlin, Parthas – Verlag.

HÄRPFER, Christian

1980

Politikwissenschaft als historisch-systematische Sozialwissenschaft: Ein genetisch-vergleichendes Modell der frühmodernen europäischen

Staatsbildung. Wien, Dissertation an der Universität
Wien

KLUTE, Andreas

1999 Zyperns europäische Option. Münster, Univ.
Dissertation.

LUDWIG SALVATOR

1873 Levkosia – Die Hauptstadt von Cypern. Prag, Verlag
Heinr. Mercy.

LUGERT, Alexandra Maria

1993 Die friedenserhaltenden Maßnahmen der Vereinten
Nationen im Zypernkonflikt. Wien, Diplomarbeit an
der Universität Wien.

MARATHEFTIS, F.S.

1969 In: Cyprus To-day, Medieval Cyprus through the
Eyes of Western Visitors. Vol. VII, No. 1, Seite 25-27.

MAUTZ, Josef

1990 Das Osmanische Reich – Grundlinien seiner
Geschichte. Darmstadt, Wissenschaftliche
Buchgesellschaft.

MICHAEL, Michális Stavrou

2009 Resolving the Cyprus conflict – negotiating history.
New York, Palgrave Macmillan.

NECATIGIL, Zaim M.

1989 The Cyprus Question and the Turkish position in
International Law. Oxford, Oxford University Press.

NIYAZI, Margarete Maria

1999 Die traditionellen textilen Techniken in Nord-
Zypern: ein Beitrag zur Geschichte der zypriotischen
Volkskunst. Wien, Diplomarbeit an der Universität
Wien.

NOHLEN, Dieter

2003 Kleines Lexikon der Politik. München, C.H. Beck.

NOHLEN, Dieter

2010 Lexikon der Politikwissenschaft: Theorien, Methoden
und Begriffe. München, C. H. Beck.

PAPAVASSILIOU, A.N.

1987 Kirchengeschichte Zyperns. In: Ganslmayr H. /
Pistofidis A. (Hg.). Aphrodites Schwestern, 9000
Jahre Kultur Zyperns. Übersee Museum Bremen, S.
102-104.

PARKER, Robin

1962 Aphrodite's Realm - An Illustrated Guide and
Handbook to Cyprus. London.

PIENING, Christopher

1997 Global Europe: The European Union in World
Affairs. London, Lynne Rienner Publishers.

SAVVIDOU, Tania

1997

Die Republik Zypern mit besonderer Berücksichtigung der UNO-Initiative in der Zypernfrage, Wien.

SCHMIDT, Rainer

1989

Nord-Zypern, Kunst- und Reiseführer. Tübingen, Schwäbische Verlagsgesellschaft.

SCHNECKENER, Ulrich

2002

Auswege aus dem Bürgerkrieg: Modelle zur Regulierung ethno-nationalistischer Konflikte in Europa. Frankfurt am Main, Suhrkamp.

STAVRINIDES, Zenon

1999

The Cyprus conflict: National identity and statehood. Lefkosia, Cyprus Research & Publishing Centre.

TAMER, Ercan

2004

Zyperns Beitritt in die Europäische Union: Ein Kandidat wie kein anderer. Marburg, Tectum Verlag.

TAMKOC, Metin

1988

The Turkish Cypriot State: The Embodiment of the Right of Self-determination. Oxford, K. Rustem & Brothers.

VANEZIS, P.N.

1977 Cyprus: The Unfinished Agony. London, Abelard-Schuman Limited.

WEBSTER, Craig

2005 Division or unification in Cyprus? The role of demographics, attitudes and party inclination on Greek Cypriot preferences for a solution to the Cyprus problem.
In: Ethnopolitics 4:3, London.

YAKINTHOU, Christalla

2009 Reflections on a Meditrated Conflict.
In: Ethnopolitics 8:2, London.

9.2. Internetquellen

Resolutionen der Vereinten Nationen zu Zypern

<http://www.un.int/cyprus/resolut.htm>

Resolution 186 des UN-Sicherheitsrates

<http://www.un.int/cyprus/scr186.htm>

Resolution 353 des UN-Sicherheitsrates

<http://www.un.int/cyprus/scr353.htm>

Homepage European Commission Enlargement

http://ec.europa.eu/enlargement/turkish_cypriot_community/index_en.htm

Official Journal of the European Union: Council Regulation No 389/2006

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:065:0005:0008:EN:PDF>

Fifth Annual Report 2010 on the implementation of Community assistance under Council Regulation (EC) No 389/2006 of 27 February 2006

http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/turkish_cypriot_community/20110531_annual_report_economic_development_turkish_cypriot_community.pdf

Alle Internetpfade zuletzt überprüft am 4. August 2011

10. Anhang

10.1. Abstract

Thema der Arbeit ist der Zypernkonflikt im Lichte der Politik der Vereinten Nationen und der Europäischen Union. Im ersten Teil wird die Herausbildung und Forcierung der verschiedenen nationalen Identitäten auf der Insel Zypern untersucht.

Im zweiten Teil wird der Zypernkonflikt anhand der politischen Entscheidungen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union erörtert, um den Konflikt über seine internationale Dimension greifbar zu machen. Hierbei stehen die interkommunalen Gespräche und die EU-Beitrittsverhandlungen im Vordergrund.

Theoretischer Ausgangspunkt für diese Analyse ist ein postmodernes Konfliktverständnis. Um die Herausbildung der verschiedenen nationalen Identitäten auf der Insel Zypern aufzuzeigen und zu analysieren, wird auf die Nationalismustheorien von Ernest Gellner und Thomas Hylland Eriksen Bezug genommen. Die Zypernpolitik der Vereinten Nationen und die der Europäischen Union werden mit Hilfe der historisch-genetischen Methode dargestellt und analysiert.

Die Ergebnisse dieser Arbeit zeigen, dass die Herausbildung und Forcierung zwei verschiedener nationaler Identitäten auf der Insel maßgeblich zur Entfremdung der griechisch- und der türkisch-sprachigen Zyprioten voneinander beigetragen hat.

Außerdem zeigt diese Analyse, dass aufgrund der fortlaufenden Ungleichbehandlung der beiden Konfliktparteien durch die UNO und durch die EU keine dauerhafte Lösung des Zypernkonfliktes, in denen von der UNO und von der EU initiierten Verhandlungen, erreicht werden konnte.

10.2. Lebenslauf

Persönliche Daten:

Name:	Badi NIYAZI
Geburtsdatum:	10. März 1984
Geburtsort:	Wien
Staatsbürgerschaft:	Österreich

Schulausbildung:

1990 – 1994	Besuch der Volksschule (Wiener Neustadt, NÖ)
1994 – 1995	Besuch des Bundesrealgymnasiums (Wiener Neustadt)
1995 – 2002	Besuch des Bundesrealgymnasiums (Bruck/Leitha)

Präsenzdienst:

Jan. – Aug. 2003	Wallensteinkaserne (Götzendorf/Leitha, NÖ)
	Internationale Kursvorbereitung für Auslandseinsätze

Studien:

2003 –	Studium der Politikwissenschaft
2004 –	Studium der Kultur- und Sozialanthropologie

Praktische Erfahrungen:

2009 –	Repräsentant der Bahá'í International Community im: NGO Committee on Peace (UNO Wien) NGO Committee on the Status of Women (UNO Wien)
--------	---

Fremdsprachen:

Englisch
Türkisch (Grundkenntnisse)
Latein (Maturakenntnisse)